

LEITANTRAG

DER BUNDESPROGRAMMKOMMISSION

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND FÜR DIE WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG

zum 16. Bundesparteitag der AfD in Riesa 11. bis 12. Januar 2025

WT Energiesysteme Arena Am Sportzentrum 5 | 01589 Riesa

Stand: 28. November 2024

ZEIT FÜR WOHLSTAND	ZEIT FÜR SICHERHEIT	ZEIT FÜR ZUSAMMENHALT
 Wirtschaft & Infrastruktur Wirtschaft Bauen & Wohnen Infrastruktur & Energie Digitalisierung 	 Äußere Sicherheit Außenpolitik Verteidigungspolitik Diplomatische Beziehungen Handelspolitik Auswärtige Kulturpolitik Entwicklungspolitik 	 Demokratie & Rechtsstaat Sicherung Bürgerrechte Gewaltenteilung gewährleisten Europäische Union
Rente, Soziales & Gesundheit Rente Soziale Sicherung Gesundheit	Asyl- & Migrationspolitik	Familie & Demografie Starke Familien Demografische Wende Willkommenskultur für Kinder Nur zwei biologische Geschlechter Kinderbetreuung Trennungsfolgen mindern Inobhutnahmen regeln
 Finanzen & Steuern Haushaltspolitik Steuern Währungspolitik 	 Innere Sicherheit Kriminalitätsbekämpfung Extremismusbekämpfung Bundespolizei & Grenzschutz 	Bildung, Wissenschaft & Technologieoffenheit Schulbildung Berufliche Bildung Migration und Bildung Hochschulsystem & Wissenschaft Forschung & Technik
Landwirtschaft, Umwelt & Klima Agrarpolitik Ländlicher Raum Verbraucherschutz Tierschutz & -wohl Klima Umweltschutz Jagd, Artenschutz und Fischerei Wald & Forst Gewässer & Trinkwasserschutz		Kultur & Medienpolitik Leitkultur Brauchtum & Gedenken Schutz deutscher Sprache Kulturförderung Umsatzsteuerpflicht für Kulturschaffende Grundfunk statt GEZ Filmförderung

Inhaltsverzeichnis

1

2 Zeit für Wohlstand

3	Wirtschaft und Infrastruktur	8
4	Den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherstellen	8
5	Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden	8
6	Freies Unternehmertum und Wirtschaftsstandort stärken	9
7	Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten	
8	Vorrang für den Wettbewerb - für einen attraktiven Wirtschaftsstandort	10
9	Eigenverantwortung der Bürger stärken, Handlungsspielräume vergrößern	
10	Unsere Bürger im Mehltau des linken Zeitgeistes	
11	Unsere Maßnahmen für starke Bürger	12
12	Wir wollen ein Volk von Eigentümern werden	13
13	Wohn- und Baunebenkosten senken	13
14	Baurecht muss nationales Recht bleiben	13
15	Bestandsschutz	13
16	Mieter zu Eigentümern machen	13
17	Einheimische fördern	13
18	"Alles wieder zurück auf Start": Kein erleichtertes Baurecht für großflächige	
19	Energieerzeugungsanlagen	13
20	Eine Infrastruktur für Deutschlands Zukunft	14
21	Energieinfrastruktur und Energiepolitik	14
22	Verkehrspolitik – ideologiefrei und bedarfsgerecht	16
23	Den Motorisierten Individualverkehr schützen	
24	Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern	
25	Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr	
26	Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken	17
27	Digitalisierung	18
28	Analoges Leben	18
29	Datensammelkrake Staat und Social Scoring (Sozialbewertung)	18
30	Digitale Assistenzsysteme	18
31	Kampf gegen Desinformation	19
32	DSGVO	
33	Digitale Souveränität	19
34	Künstliche Intelligenz	20
35	Rente, Soziales und Gesundheit	21
36	Unser Konzept für eine faire und auskömmliche Rentenversicherung	21
37	Die desolate Situation im deutschen Rentensystem	21
38	Unser Rentenkonzept gegen Altersarmut	21
39	Weitere Bausteine, die die Rente langfristig stabilisieren	22
40	Unser Konzept für eine faire Arbeitslosenversicherung	22

41	Unser Konzept für eine Grundsicherung	23
42	Das derzeitige Bürgergeld funktioniert nicht	
43	Für eine funktionierende Grundsicherung für Arbeitssuchende	
44	Mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau	24
45	Hilfe für alle, die sich nicht selbst helfen können	25
46	Zweckentfremdung der Sozialversicherungen beenden	25
47	Unser Konzept einer zukunftssicheren Kranken- und Pflegeversicherung	25
48	Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik	26
49	Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherstellen	26
50	Ambulante Versorgung verbessern	26
51	Ambulante und stationäre Versorgung sichern	26
52	Arzneimittelversorgung gewährleisten	
53	Organspende	27
54	Geschlechtsidentität	27
55	Sterbehilfe	27
56	Cannabis	27
57	Impfpflicht	28
58	Heilpraktiker	28
59	Patientendaten und Telematik	28
60	WHO – Reform oder Austritt	28
61	Personal aus dem Ausland – nur nach deutschen Standards	29
62	Corona aufarbeiten	29
63	Entbürokratisierung des Gesundheitswesens	29
64	Finanzen und Steuern	. 30
65	Bundeshaushalt konsolidieren, Steuerverschwendung beenden, Schuldenbremse	
66	einhalten	30
67	Konnexitätsprinzip einhalten	30
68	Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen reduzieren	30
69	Wahre Kosten der Asylpolitik freilegen	30
70	Steuerfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung drastisch kürzen	
71	Steuerrecht stark vereinfachen	
72	Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 %	
73	Abschaffung aller CO2-Abgaben	
74	Arbeit muss sich lohnen – Niedriglohnsektor und Mittelstand entlasten	
75	Grundsteuer abschaffen und Steuerausfälle kompensieren	32
76	Familiensplitting einführen	
77	Kein eigenes Besteuerungsrecht der Europäischen Union	33
78	Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen	
79	Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro	33
80	Währungspolitik – Das Euro-System scheitert	
81	Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden	
82	Deutschland muss aus dem Euro-System austreten	
83	Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren und Staatsgold zurückholen .	
84	Beendigung der planwirtschaftlichen Politik der EU	
Oľ		
85 86	Keine Schuldenaufnahme durch die EU: Kredite nur auf nationaler Ebene Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	

87	Target-2-Risiko beenden	36
88	Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung	37
89	Recht auf analoges Leben: ohne Vermögensregister und digitalen Euro	
90	Bitcoin: Erhalt von Freiheit und Staatsferne	38
91	Landwirtschaft, Umwelt und Klima	39
92	Agrarpolitik in Deutschland entscheiden	
93	Ländlicher Raum und Familienbetriebe	
94	Verbraucherschutz	
95	Düngung, Pflanzenschutz und Gentechnik	41
96	Tierschutz und Tierwohl	
97	Klima	
98	Umweltschutz statt Wind- und Solarausbau	
99	Jagd, Artenschutz und Fischerei	
100	Waldpflege und Forstwirtschaft	
101	Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung	44
102	Zeit für Sicherheit	
103	Äußere Sicherheit	46
104	Außenpolitik muss Realpolitik in deutschem Interesse sein	46
105	Verteidigungspolitik – Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands	47
106	Zivilschutz in Deutschland ausbauen	
107	Deutschland in Europa und der Welt	
108	Eine neue Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent	
109	Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten	
110	Handelspolitik – Deutschland muss wirtschaftliche Stärken ausbauen	
111	Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands	
112	Entwicklungspolitik neugestalten	
113	Asyl- und Migrationspolitik	52
114	Zuwanderung wieder national regeln	
115	Asylparadies Deutschland schließen	53
116	Ökonomische Anreize senken	54
117	Deutschland braucht eine umfassende Rückführungsoffensive	55
118	Integration	56
119	Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verschenkt werden	57
120	Migration und Wohnungsmarkt	
121	Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte	58
122	Innere Sicherheit	59
123	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität	59
124	Jugendstrafrecht	
125	Stärkung der Polizei	
126	Justiz, Strafvollstreckung und -vollzug verbessern	61

127	Waffenrecht überarbeiten	61
128	Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen	61
129	Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus	62
130	Strafbarkeit der Forderung nach einem KalifatKalifat	62
131	No-go-Areas und Parallelgesellschaften	62
132	Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen	
133	Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen	
134	Körper- und Gesichtsbedeckung	
135	Bundespolizei für nationalen Grenzschutz rüsten	64
136	Zeit für Zusammenhalt	
137	Demokratie und Rechtsstaat - Das Volk ist der Souverän	65
138	Für eine Sicherung der Bürgerrechte	65
139	Supranationale Organisationen und die deutsche Souveränität	
l40	Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild	
141	Grundrecht der Meinungsfreiheit – keine Zensur in der öffentlichen Debatte	
142	Gewaltenteilung gewährleisten	67
143	Reform des Parlamentsrechts	
144	Freie Listenwahl und freies Mandat	
145	Die Selbstbedienung der Parteien beenden	
146	Kampf der Parteibuchwirtschaft	
147	Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen	
1 4 7 148	Lobbyismus kontrollieren	
149	Entpolitisierung der Justiz	
150	Verfassungsschutz grundsätzlich reformieren	
151	Hinweisgeber (Whistleblower) schützen	
	_	
152	EU: Entrechtung von Nationalstaaten und Bürgern	
153	Unser Ziel: Ein Europa der Vaterländer als Bund souveräner Staaten	70
154	Familie und Demografie	<i>7</i> 1
155	Starke Familien für eine starke Gesellschaft	71
156	Demografische Wende für Deutschlands Zukunft	72
157	Willkommenskultur für Kinder	
158	Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache	74
159	Verantwortungsvolle Kinderbetreuung	
160	Trennungsfolgen mindern	
161	Inobhutnahmen einheitlich regeln und Familien schützen	
162	Pildung Wissenschaft und Tachnologieoffenheit	77
163	Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit Mut zur Leistung	
	9	
164	Mehrgliedriges Schulsystem erhalten	
165	Schulpflicht zur Bildungspflicht umwandeln	
166	Wiedereinführen von Vorschulklassen	
167	Förderschulen als Bildungschance erhalten	
168	Meinungsvielfalt statt einseitiger Ideologie	
169	Sinnvolle Digitalisierung	
170	Disziplinarrechte der Lehrer und Schulen stärken	79

171	Berufliche Bildung stärken: mehr Meister statt Master	79
172	Migration und Bildung	79
173	Islamisierung an deutschen Schulen beenden	
174	Hochschulsystem und Wissenschaft	80
175	Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wiedereinführen	80
176	Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren	80
177	Forschung und Technik	80
178	Subventionen, Dirigismus und Halbleiterindustrie	81
179	Kerntechnik	
180	Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft	
181	Gentechnik	82
182	Luft- und Raumfahrt	82
183	Kultur und Medienpolitik	83
184	Deutsche Leitkultur statt "Multikulturalismus"	83
185	Brauchtum und Gedenken	
186	Schutz der deutschen Sprache	84
187	Kulturförderung	84
188	Keine Umsatzsteuerpflicht für Musiker, Künstler und freie Pädagogen	84
189	Medienpolitik	84
190	GRUNDFUNK statt GEZ-Zwangsabgabe	84
191	Filmförderung	85
192		

194

Zeit für Wohlstand

Wirtschaft und Infrastruktur

195	Den Wirtschaftsst	andort Doute	schland	wieder	harstallan
195	Den wirtschaftsst	andort veut	sullallu	wieder	nerstenen

- 196 Wir stehen fest zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die seit Jahrzehnten
- 197 Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land sichern.
- 198 Wir wollen in einer Zeit globaler Herausforderungen die Grundwerte unserer
- 199 Wirtschaftsordnung bewahren und so weiterentwickeln, dass wir eine freiheitliche und
- 200 erfolgreiche Gesellschaft gewährleisten, in der die Bürger ihr Leben eigenverantwortlich
- 201 und selbstbestimmt führen können.
- 202 Wir setzen uns für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ein, die Innovation und
- 203 Unternehmertum fördert, Wohlstand für alle schafft und insbesondere dem Mittelstand
- 204 neue Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet.
- 205 Wir treten dafür ein, dass Arbeitnehmer immer deutlich bessergestellt sind als
- 206 Empfänger von Sozialleistungen. Ihre Arbeit soll eine auskömmliche und sichere Rente
- 207 gewährleisten.
- 208 Wir tragen Sorge dafür, dass wirklich Bedürftige in den Grundsicherungssystemen
- 209 aufgefangen werden. Ein selbstgewähltes Leben auf Kosten der Allgemeinheit wird nicht
- 210 gefördert.

214

- 211 Mit unseren Maßnahmen bringen wir wieder Optimismus und Zuversicht in die
- 212 Gesellschaft. Viele Regelungen der EU schwächen Wirtschaft und Wettbewerb, statt sie
- 213 zu stärken. Beispiele dafür sind der "Green Deal" und der Einfluss auf Energiefragen.

Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden

- 215 Deutschland ragte in früheren Jahrzehnten international heraus durch wirtschaftliche
- 216 und wissenschaftliche Exzellenz. Die gegenwärtige Situation ist hingegen von einem
- 217 wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Niedergang geprägt. Technologievorgaben,
- 218 Auflagen und Verbote setzen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in Teilen außer
- 219 Kraft; suboptimale technische Lösungen und Produkte sind die Folge. Viele davon sind
- ohne staatliche Subventionen nicht marktfähig, zum Beispiel alternative Energien und
- 221 Elektroautos. Viele Auflagen sind zudem mit den Ressourcen unseres Landes nicht zu
- vereinbaren. Dies gilt für den eingeschränkten Zugang zu Rohstoffen wie seltene Erden
- 223 für alternative Energien und Antriebe, zu preiswerter fossiler oder nuklearer Energie
- 224 genauso wie für gut ausgebildete in- und ausländische Fachkräfte.
- 225 Unsere Schulbildung erfolgt nicht mehr nach dem Leistungsprinzip. Auch mangelt es an
- 226 Basiswissen in Mathematik und Deutsch am Ende der Grundschule. Dies setzt sich im
- 227 weiteren Schulverlauf fort, wodurch zahlreiche Schulabgänger nicht mehr
- 228 ausbildungsfähig sind. Während fast alle anderen Länder ihre Schulleistungen
- verbessern konnten, ist das einst führende Deutschland im weltweiten Vergleich auf ein
- 230 mittleres Niveau zurückgefallen. Nachfolgende Generationen sind so nicht mehr
- 231 international wettbewerbsfähig.

- 232 Für gut ausgebildete Fachkräfte aus dem In- und Ausland ist Deutschland nicht mehr
- 233 attraktiv: Zu abschreckend sind hohe Steuern und Abgaben, mangelnde Sicherheit im
- 234 öffentlichen Raum, unzureichende Schulbildung in öffentlichen Schulen, knapper,
- 235 teurer Wohnraum sowie geringe Chancen auf Eigentumsbildung und eine
- 236 auskömmliche Alterssicherung.
- 237 Deutsche Unternehmenssteuern sind im internationalen Vergleich zu hoch und hindern
- 238 unsere Unternehmen daran, dringend benötigte Zukunftsinvestitionen vorzunehmen.
- 239 Das kaum noch zu überblickende Ausmaß an Regulierung und Verboten senkt die
- 240 Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts für in- und ausländische Investoren. Eine
- 241 fortschrittliche wirtschaftliche Entwicklung wird dadurch zusätzlich erschwert. So fließt
- seit einigen Jahren viel mehr Investitionskapital aus Deutschland heraus als hereinfließt.
- 243 Vor allem für Mittelstand und Landwirtschaft sind die strangulierenden Vorgaben der
- 244 Politik nicht mehr zu bewältigen. Viele Betriebe geben auf oder suchen neue Chancen im
- 245 Ausland.

263

- 246 Die immense Steuer- und Abgabenlast führt in Teilbereichen der Wirtschaft vermehrt zu
- 247 Schwarzarbeit, schwarzen Kassen und Lohndumping in verschachtelten
- 248 Subunternehmer-Pyramiden. Dadurch entsteht an Staat und Steuer vorbei eine
- 249 Parallelwirtschaft in einer Größenordnung von Hunderten Milliarden.

Freies Unternehmertum und Wirtschaftsstandort stärken

- 251 Wir streben eine funktionierende Wirtschaft an, die aus eigener Kraft und Profitabilität
- 252 in Forschung und Entwicklung investiert, um dem internationalen Markt innovative und
- 253 wettbewerbsfähige Angebote zu machen. Deutsche Unternehmen sollen an der
- 254 Weltspitze der Exportunternehmen stehen und "Made in Germany" wieder zu einem
- 255 Markenzeichen für Exzellenz und Einzigartigkeit machen.
- 256 Dafür streben wir eine auf Leistung und Talentförderung ausgelegte Schul- und
- 257 Berufsbildung an. Unsere Universitäten sollen in die Lage versetzt werden, erstklassige
- 258 Talente aus Deutschland und aller Welt anzuziehen und unser Land in den Top-Branchen
- 259 zu einem internationalen Innovationsführer zu machen.
- 260 Dazu zählen wir neben den Traditionsbranchen wie Automobilbau, Maschinenbau,
- 261 Chemie auch moderne Hochtechnologien wie Dual-Fluid-Nukleartechnik,
- 262 Weltraumtechnologie, Nano-Technologie und Künstliche Intelligenz.

Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten

- 264 Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und
- 265 Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand,
- 266 insbesondere der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des
- Verbrennungsmotors. Es ist daher die Aufgabe der Bundesregierung, auf nationaler und
- 268 europäischer Ebene für eine technologieoffene Gesetzgebung zu sorgen. Die heutige
- 269 einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist sofort zu stoppen, ebenso die
- 270 Finanzierung der Ladeinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln. Diese kann aus Gründen
- 271 mangelnder Stromkapazitäten und Infrastruktur gar nicht flächendeckend eingesetzt
- 272 werden. Die Batterieproduktion belastet die Umwelt außerdem weit stärker als der
- 273 Verbrennungsmotor.

- 274 Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird
- oder weiter existiert, muss wieder eine Frage des technischen Fortschritts sowie des
- 276 Marktes werden und darf nicht auf ideologischer Verbotspolitik basieren. Wenn die
- 277 bestehende, realitätsfremde EU-CO₂-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht
- 278 verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für
- 279 Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche
- 280 mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich Ihrer
- 281 Abgabenlast gegenüber elektrisch angetriebenen Fahrzeugen eine Gleichbehandlung
- 282 erfahren. Dies gilt sowohl für den Energieträger selbst als auch für das Fahrzeug
- 283 insgesamt.

284 Vorrang für den Wettbewerb - für einen attraktiven Wirtschaftsstandort

- 285 Staatliche Eingriffe in den Markt werden wir auf ein Minimum reduzieren. Wir sorgen
- 286 stattdessen für Rahmenbedingungen, die Deutschland wieder attraktiv machen und
- 287 unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Damit Unternehmer an
- 288 die Zukunft des Standorts Deutschland glauben können, werden wir
- 289 Den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie wiederherstellen durch:
- Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke
- Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie
- Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Nord Stream-Pipelines
- Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizungen
- Abschaffung der CO₂-Abgabe
- Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum
- Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopp
- 297 Strangulierende Bürokratie und wettbewerbsverzerrende Vorschriften reduzieren wir
- 298 durch:
- Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie
- Abschaffung des Verpackungsgesetzes
- Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung
- Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung
- Vereinfachung des Vergaberechts
- drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten
- 305 für Mittelstand und Landwirte
- Aufhebung des Verbrennerverbots und der unerreichbaren Flottengrenzwerte
- Wiedereinführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie
- 308 Die deutsche Infrastruktur modernisieren wir durch:
- planvolle, kontinuierliche Sanierung von Straßen, Schienenwegen und Brücken
- Beschleunigung notwendiger Neuinvestitionen durch Vereinfachung von Planungsund Genehmigungsverfahren
- Beschleunigung des Aufbaus der digitalen Infrastruktur
- Vorantreiben der Digitalisierung der Verwaltung
- ein KMU-freundliches Weltraumgesetz, das unsere Möglichkeiten im All voranbringt

- 315 Den internationalen Handel fördern wir indem wir:
- den Austausch mit anderen Märkten erleichtern und intensivieren
- vorhandene Handelshemmnisse beseitigen
- vorteilhafte Handelsabkommen für unser Land abschließen, die dazu beitragen,
- 319 unsere Rohstofflieferketten zu sichern
- wirtschaftsschädliche Sanktionen beenden
- 321 Mehr Netto vom Brutto schaffen wir durch:
- Senkung der Einkommensteuer durch einen deutlich höheren Grundfreibetrag
- Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle
- 325 Mehr kluge Köpfe und Ideen gewinnen wir durch:
- zu erstklassiger Bildung, Ausbildung, Forschung und Wissenschaft zurückkehren
- die Abwanderung heimischer Fachkräfte stoppen und Ausgewanderte zurückholen
 durch attraktive Rahmenbedingungen für Arbeit, Vermögensbildung, Ausbildung
- 329 und Sicherheit
- einen zusätzlichen Steuerfreibetrag für Rentner bereitstellen, um Senioren im
 Arbeitsmarkt zu halten
- durch unser Konzept "Aktivierende Grundsicherung" hunderttausende
- arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in den Arbeitsmarkt zurückbringen
- von Technologieverboten auf Technologieoffenheit umsteigen
- den CO₂-Grenzausgleich abschaffen

336 Eigenverantwortung der Bürger stärken, Handlungsspielräume vergrößern

- 337 Eigenverantwortung als Einstehen für die Folgen des eigenen Handelns ist ein
- 338 unverzichtbares Merkmal jeder freien Gesellschaft und gleichzeitig unabdingbarer
- 339 Bestandteil der Menschenwürde auch im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen
- 340 Teilhabe.
- 341 Ausgangspunkt für die Stärkung der Eigenverantwortung ist für uns neben der Stärkung
- des familiären Lebens eine umfassende Schulbildung, die unsere jungen Bürger zu gut
- 343 gebildeten und kritischen Mitgliedern unserer Gesellschaft macht, den Grundstein für
- 344 eine erfolgreiche berufliche Entwicklung legt und sie zur Mitwirkung in Staat und
- 345 Ehrenamt befähigt. Unser Verständnis von Bildung schließt neben geistigen Fähigkeiten
- 346 und handwerklichem Können auch soziale Kompetenz mit ein.

347 Unsere Bürger im Mehltau des linken Zeitgeistes

- 348 Die Stimmung der Bürger unseres Landes ist heute von Verunsicherung und
- 349 Pessimismus geprägt: Unsicherheit durch bürgerferne Politik Unsicherheit darüber, was
- 350 man noch sagen darf; Unsicherheit über die Sicherheit in unseren Städten; Angst vor
- 351 einem großen Krieg und Sorge um die finanzielle Zukunft.
- 352 Maßgeblich dazu beigetragen hat die bewusste Panikmache der Regierung während der
- 353 Corona-Pandemie. Der Ukrainekrieg, die angeblich existenzbedrohende Klimakrise und
- die exorbitante Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Jahren hat vielen Bürgern
- 355 den Zukunftsoptimismus genommen. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen, auch viele

- 356 unserer Leistungsträger haben das Vertrauen in die aktuelle Politik und den Standort
- 357 Deutschland verloren.

358 Unsere Maßnahmen für starke Bürger

- 359 Wir wollen selbstbewusste und kritische Bürger, die ihre demokratischen Rechte
- 360 kompetent wahrnehmen, und wollen deshalb die Bürger durch staatliche Vorgaben nicht
- 361 unnötig einschränken. Diese Ziele wollen wir verwirklichen durch
- Wiederherstellung eines funktionierenden, politisch neutralen Bildungswesens als
 Ort der Vorbereitung auf den späteren Leistungswettbewerb,
- Vermittlung praxisorientierter Kenntnisse in den Bereichen Sozialversicherungen,
 Wirtschaft und Geldanlage bereits in der Schule,
- grundlegende, vereinfachende Reformen zur besseren Verständlichkeit des Steuer und Sozialsystems,
- Senkung der Steuer- und Abgabenlast zur Erweiterung des finanziellen
 Handlungsspielraums der Bürger,
- Förderung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen unter anderem
 durch Abbau von Vorschriften auf das notwendige Minimum,
- erweiterte steuerliche Absetzbarkeit für die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge,
- Förderung der privaten Vermögensbildung und des privaten Wohneigentums.

Wir wollen ein Volk von Eigentümern werden

- 375 In weiten Teilen Deutschlands herrscht unter anderem durch unkontrollierte
- 376 Einwanderung Wohnungsnot. Ausufernde gesetzliche Vorgaben zum Bau- und
- 377 Mietrecht, wie das sogenannte Heizungsgesetz, behindern die Erstellung preiswerter
- 378 Wohnungen.

374

- 379 Wir werden den Wohnungsbau von diesen Fesseln befreien, damit sich in Zukunft wieder
- 380 jeder Bürger eine Wohnung oder ein Haus leisten kann. Wohlstand entsteht aus
- 381 Wohneigentum. Siebzig Prozent aller EU-Bürger leben im Eigentum, während die
- 382 Mehrheit der Deutschen nicht in den eigenen vier Wänden sondern zur Miete wohnt.

383 Wohn- und Baunebenkosten senken

- 384 Neben den Baukosten sind die Wohnnebenkosten deutlich zu senken, um Wohnen für
- die Bürger wieder bezahlbar zu machen. So sind die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer,
- 386 die Grundsteuer und der Rundfunkbeitrag (GEZ) aufzuheben, sowie die
- 387 Grunderwerbssteuer für ausländische Käufer mit Hauptwohnsitz außerhalb der EU auf
- 388 20% zu erhöhen, so wie in Österreich. Ideologiegetriebene Kosten wie EEG-Umlage, CO₂-
- 389 Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden wir abschaffen.

390 Baurecht muss nationales Recht bleiben

- 391 Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind Entscheidungen zum Baurecht den
- 392 Nationalstaaten vorzubehalten. Die kostentreibenden Vorschriften der EU in diesem
- 393 Bereich lehnen wir ab.

394 **Bestandsschutz**

- 395 Zum Schutz von Eigentum und Bestand vor veränderten Bauvorschriften muss immer
- 396 das Baurecht aus dem Erstellungszeitraum anwendbar bleiben.

397 Mieter zu Eigentümern machen

- 398 Eigentum ist Freiheit, schützt vor Altersarmut und vor Mietsteigerungen.
- 399 Umwandlungshemmnisse wollen wir aufheben. Mieter sollen beim Kauf von
- 400 selbstgenutztem Wohneigentum z.B. durch Eigenkapitalersatz unterstützt werden.
- 401 Zur Förderung der Eigentumsbildung werden wir einen Rahmen schaffen, in dem Mieter
- 402 ihre Wohnungen von öffentlichen Wohnungsbauunternehmen zu vergünstigten
- 403 Bedingungen erwerben können.
- 404 Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei der Vergabe von öffentlichen Grundstücken
- 405 bevorzugt werden.

406 Einheimische fördern

- 407 Bei der Vergabe von Wohnbaugrundstücken und Wohnraum sind Einheimische nach
- 408 dem Einheimischen-Modell zu bevorzugen.
- 409 "Alles wieder zurück auf Start": Kein erleichtertes Baurecht für großflächige
- 410 Energieerzeugungsanlagen
- 411 Die meisten Deutschen wohnen im ländlichen Raum. Damit diese am gesellschaftlichen
- 412 und wirtschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben können, muss die Infrastruktur

- 413 und vor allem der ÖPNV bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausgebaut werden. Der
- 414 ländliche Raum ist durch eine hohe Selbstverantwortung und Selbstorganisation seiner
- 415 Bürger geprägt. Wenn das Heimatgefühl stärker ist als die Anziehungskräfte urbaner
- 416 Räume, werden die Menschen weiter im ländlichen Raum wohnen wollen.
- 417 Unabdingbar für den Verbleib der Menschen in ihrer Heimat ist, dass diese nicht durch
- 418 den Zubau mit Windkraftgroßanlagen zu einem Industriepark verkommt.
- 419 Größe und Häufigkeit solcher Anlagen und deren maßlose Anhäufung zu Windparks
- 420 zerstören das Landschaftsbild ganzer Regionen, während weiterhin selbst kleine
- 421 Wohngebäude im Außenbereich keine Chance auf eine Baugenehmigung haben. Möglich
- 422 wurde dies durch zahlreiche ideologiegetriebene Änderungen im Baurecht auf Bundes-
- 423 und Landesebene.
- 424 Wir werden die großflächigen Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen und
- 425 Photovoltaikanlagen in Wäldern, Feldern und auf Ackerflächen sofort beenden.
- 426 Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz sind entsprechend auf die
- 427 ideologiefreien Regelungen vor 2021 zurückzuführen. Außerdem muss Ersatz für alte
- 428 Bestandsbauten genehmigungsrechtlich im Außenbereich ermöglicht werden.

429 Eine Infrastruktur für Deutschlands Zukunft

- 430 Nicht nur Straßen, Gleise, Brücken und auch Energieversorgungseinrichtungen wie
- 431 Nord Stream 2 sind Grundlagen einer wettbewerbsfähigen und zukunftssicheren
- 432 Industrienation, sondern auch Informationskanäle und Leitungen. Die Sicherstellung
- 433 einer Versorgung mit Daten ist dabei genauso wichtig, wie die Zurverfügungstellung
- 434 eines umfassenden Leitungsnetztes für verschiedene Energieträger.
- 435 Nur ein ausgewogener Energiemix aus unterschiedlichen Bezugsquellen kann
- 436 Deutschlands energetische Unabhängigkeit garantieren. Die hierfür nötigen Leitungen
- 437 sind dauerhaft sicherzustellen.

445

- 438 Unsere Infrastruktur, welche seit Jahrzehnten vernachlässigt wurde, ist die Lebensader
- 439 von Wirtschaft und Gesellschaft und damit Grundlage des Sozialstaates. Unsere bauliche
- 440 Infrastruktur ist geprägt von maroden Bauwerken. Wir fordern die Neubewertung des
- 441 deutschen Sonderweges in der Spannbetonbauweise. Insbesondere vor dem
- 442 Hintergrund der symbolischen Wirkung des Einsturzes der Dresdener Carolabrücke
- 443 fordert die AfD die Bewilligung von Neubauprojekten zu beschleunigen sowie die
- zwingend notwendigen Reparaturen und Sanierungen aller betroffenen Bauwerke.

Energieinfrastruktur und Energiepolitik

- 446 Die jahrzehntelange Fokussierung auf die ideologiegetriebene "Klimapolitik" und die
- 447 bevorzugte Behandlung der angeblich erneuerbaren Energien haben Deutschland in
- 448 eine energiepolitisch prekäre Lage gebracht. Der von allen etablierten Parteien
- 449 betriebene Ausstieg aus der Kern- und Kohleenergie hat diese Situation verschärft. Im
- 450 Zuge der Russlandsanktionen ist die bezahlbare Energieversorgung Deutschlands
- 451 zusätzlich erheblich gefährdet. Unser Land ist damit international nicht mehr
- 452 wettbewerbsfähig. Während dies zu einer Deindustrialisierung und Verarmung der
- 453 deutschen Bevölkerung führen wird, freuen sich die ökosozialistischen "Klimaschützer"
- 454 über sinkende CO₂-Emissionen.

- 455 Keine der sogenannten erneuerbaren Energien oder der angestrebten neuen
- 456 Anwendungen wie Wärmepumpen oder Elektromobilität können ohne Subventionen
- 457 am Markt bestehen, während konventionelle Energien künstlich verteuert oder verboten
- 458 werden. Diese Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien kostet die deutschen
- 459 Steuerzahler enorme Summen, hat die Stromnetze destabilisiert und Deutschland zu
- 460 einem Stromimportland mit einem der höchsten Strompreise aller Industrieländer
- 461 gemacht. Viele Bürger müssen Wohlstandseinbußen hinnehmen und energieintensive
- 462 Unternehmen wandern ab oder melden Insolvenz an.
- 463 Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und
- 464 Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus
- 465 Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.
- 466 Zukünftig müssen Anlagen zur Erzeugung "Erneuerbarer Energien" ihre
- 467 uneingeschränkte Umweltverträglichkeit sowie ihren ökonomischen Nutzen durch den
- 468 Verzicht auf Vorrangeinspeisung und Subvention nachweisen.
- 469 Die Arbeit der Bundesnetzagentur wird die AfD, wie vom Europäischen Gerichtshof
- 470 gefordert, wieder auf ihre ideologiefreien Grundaufgaben Regulierung der Strom- und
- 471 Gasmärkte und Sicherstellung der Versorgungssicherheit zurückführen. Die
- 472 verbliebene und noch intakte Leitung von Nord Stream 2 (Strang B) soll so schnell wie
- 473 möglich in Betrieb genommen werden. Die Reparatur des beschädigten Nord Stream 1
- 474 und 2 Stränge ist zeitnah durchzuführen und die Saboteure müssen ermittelt und zum
- 475 Schadenersatz heranzogen werden. Den geplanten Ausstieg aus der
- 476 Braunkohleverstromung wird es mit der AfD nicht geben. Neben dem kurzfristig
- 477 notwendigen Ausbau von Kohlekraftwerken ist der Ausbau der Kernenergie geplant.
- 478 Dabei sollen bestehende Konzepte wieder aufgegriffen werden und neue Entwicklungen
- 479 berücksichtigt werden. Bestehende Kraftwerke sollen so schnell wie möglich wieder in
- 480 Betrieb genommen werden. Alle dafür notwendigen Techniken und Voraussetzungen
- 481 sollen wieder in deutschen Firmen, Behörden, Instituten und Universitäten angesiedelt
- 482 werden.
- 483 Bis Deutschland wieder Kernkraft einsetzt, werden Kohle und Gas eine sichere
- 484 Stromversorgung gewährleisten müssen, da Stromgroßspeicher nicht existieren oder zu
- teuer sind. In einem technologieoffenen Wärmesektor werden erneut preiswertes Gas,
- 486 bevorzugt aus Pipelines, oder Heizöl zur Verfügung stehen. Wasserstoff als Energieträger
- 487 ist nicht wettbewerbsfähig. Im Verkehrssektor wird sich die AfD auf allen Ebenen dafür
- 488 einsetzen das Verbot des Verbrennungsmotors aufzuheben.
- 489 Vertraglich zugesagte Subventionen für bestehende Anlagen bleiben bestehen. Die
- 490 Technologieoffenheit wird gewährleistet und für Industrie- und Privatleute wird die
- 491 Energieerzeugung zum Eigenverbrauch steuer- und abgabenfrei gehalten.
- 492 Die AfD wird durch Korrektur der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ermöglichen,
- 493 dass Strom wieder jederzeit in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen zur
- 494 Verfügung steht. Teure Techniken, wie Akkumulatoren, Brennstoffzellen und
- 495 Wasserstofftechnik, werden dafür nicht benötigt.

501

504

505

513

534

Verkehrspolitik - ideologiefrei und bedarfsgerecht

497 Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik

498 aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt

499 oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger

in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.

Den Motorisierten Individualverkehr schützen

502 Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste

503 Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende

Verkehrsführung schützen die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte

Maßnahmen, wie z.B. Dieselfahrverbote oder Tempo-30-Regelungen auf Hauptstraßen

506 erreichen das nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von

507 innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem

508 Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt

509 zudem Kollektivmaßnahmen wie Fahrverbote für Motorräder aufgrund Fehlverhaltens

510 Einzelner ab. Grundsätzlich setzt die AfD auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger

ein. In diesem Zusammenhang wollen wir auch das begleitete Fahren bereits ab 16 Jahren

512 ermöglichen.

Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege

514 verlagern

515 Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Stattdessen

516 wollen wir die wirklichen Probleme anpacken. Viele Autobahnen und Brücken in

517 Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instandgesetzt werden. Das geht

518 nur mit effizienten Maßnahmen in der Planung und Ausführung von Baustellen sowie

519 dem Entfall der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Ersatzbauten. Zudem fordert die AfD

520 mehr Lkw-Parkplätze sowie konsequente Anwendung bestehender Lkw-Überholverbote

521 zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Die massive CO₂-bezogene Erhöhung der Lkw-

522 Maut muss zurückgenommen werden, da sie vor allem die Waren verteuert. Um die

523 Wettbewerbsfähigkeit deutscher Spediteure zu sichern, wollen wir die Einhaltung der

524 Kabotage- und Sozialvorschriften bei ausländischen Spediteuren konsequent

525 überwachen. Hierzu sollen sowohl die Mautdaten als auch die Daten aus dem

526 intelligenten Fahrtenschreiber genutzt werden. Das Konzept der "Rollenden Landstraße"

527 und des Containerumschlages soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit

528 regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz an Verladestellen und

529 multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) ist zu

530 verdichten. Wir setzen uns für eine zukunftssichere Sanierung des stark

531 vernachlässigten Bundeswasserstraßennetzes, die Sicherung des Hafenstandortes

532 Deutschland und Anreize für Reeder ein, um wieder unter deutscher Flagge zu fahren

533 und deutsche Seeleute zu beschäftigen.

Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr

535 Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebautes und

536 abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen

537 und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert. Das Bundesschienennetz muss real

dem Gemeinwohl dienen und effizient betrieben werden. Der Bahnkonzern muss dafür

- 539 in eine GmbH umgewandelt und so strukturiert werden, dass der Bund seine 540 Infrastruktursparte wirksam steuern kann. Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit sowie eine optimale Taktung von Bus-, Bahn- und Vernetzung mit dem Flugverkehr 541 müssen gewährleistet werden. Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange 542 vernachlässigten Schienennetzes -- insbesondere die Beseitigung von Engpässen und 543 544 die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Das Deutschlandticket muss zu einem ehrlichen Preis angeboten werden; die vorhandenen Mittel sollen für die Verbesserung 545 des Angebots und des Schienennetzes ausgegeben werden und nicht für Subventionen. 546
- Die AfD setzt sich dafür ein, das überkomplexe Europäische Signalsystem ETCS auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren, um damit europaweit Kompatibilität zu gewährleisten, Kosten zu reduzieren und die Kapazität des Netzes erheblich zu erhöhen.

550 Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken

- Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und darf nicht kurzsichtig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie
- 553 geopfert werden. Deutschlands Flughäfen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken.
- Nach dem Ende der Corona-Einschränkungen haben abgesehen von Deutschland alle
- 555 Länder Europas das vor-Corona-Niveau längst wieder erreicht. Die deutschen Flughäfen
- 556 und Fluggesellschaften leiden dagegen unter überbordenden, rein ideologisch
- begründeten Nebenkosten, die sie nur begrenzt an ihre Kunden weitergeben können.
- 558 Viele Flüge werden dadurch unrentabel, weshalb es bereits zu erheblichen
- 559 Verkehrsverlagerungen ins Ausland kommt.
- 560 Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehr- und Ticketsteuer und richtet sich
- 561 gegen unrealistische EU-CO₂-Reduktionsziele.

571

581

588

Digitalisierung

- 563 Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie
- 564 bestimmt fast alle Lebensbereiche, übernimmt Regelaufgaben und demokratisiert
- 565 Informationsaustausch. Die AfD begrüßt diese Entwicklung.
- 566 Als freiheitliche Partei wendet sich die AfD allerdings gegen jede Anwendung der
- 567 Digitalisierung, die totalitäre Strukturen befördert. Aus diesem Grund hat Datenschutz
- 568 für uns einen hohen Stellenwert. Als Partei zur Wahrung des Rechts und der Demokratie
- 569 fordert die AfD die Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im Bereich der
- 570 Digitalisierung.

Analoges Leben

- 572 In einer zunehmend digitalisierten Welt müssen die Abwehrrechte der Bürger
- 573 gegenüber dem Staat gestärkt werden. Die möglichst direkte und weitgehende Kontrolle
- 574 und Verfügungsgewalt über die persönlichen Informationen, Eigentum und Vermögen
- 575 sind essenziell für die grundgesetzlich fixierten Abwehrrechte des Bürgers gegenüber
- 576 dem Staat und für das Gefühl, selbstbestimmt leben und sich frei ausdrücken zu können.
- 577 Darum setzt sich die AfD für die Anerkennung des Rechts der Bürger auf ein analoges
- 578 Leben außerhalb der digitalisierten Verwaltungs- und Alltagsabläufe als allgemeines
- 579 Bürgerrecht ein und für den uneingeschränkten Erhalt des Bargeldes als gesetzliches
- 580 Zahlungsmittel.

Datensammelkrake Staat und Social Scoring (Sozialbewertung)

- 582 In China ist ein Social-Profiling (soziale Musteranalyse) und "Social-Credit-System"
- 583 (Gesellschaftliches Bonitätssystem) für Bürger installiert worden, mit dem die Bürger für
- wohlfeiles Verhalten belohnt und bei nicht opportunem Verhalten empfindlich in ihren
- 585 Freiheiten eingeschränkt werden. Ähnliche Überlegungen sind in mehreren westlichen
- 586 Ländern unter anderem in Verbindung mit sogenannten 15-Minuten-Städten zu
- 587 beobachten. Die AfD lehnt jegliche derartige Bestrebungen ab.

Digitale Assistenzsysteme

- 589 Durch die technische Entwicklung lassen sich immer mehr elektronische Systeme
- 590 präzise lokalisieren und überwachen, auch ohne Zustimmung und Wissen der Nutzer.
- 591 Unternehmen und staatliche Institutionen nutzen diese technischen Möglichkeiten, um
- 592 das Leben der Bürger und Verbraucher bis ins letzte Detail auszuforschen. Als Beispiel
- 593 sind hier die Handyortung zu nennen, das eCall-System, automatische
- 594 Geschwindigkeitsüberwachung und die ferngesteuerte Stilllegung bei Fahrzeugen.
- 595 Dadurch lassen sich detaillierte Nutzungs- und Bewegungsprofile erstellen.
- 596 Schon das Wissen um die Aufzeichnung und Zusammenführung solcher Daten
- 597 beeinflusst die Bürger in ihrem Verhalten.
- 598 Wir fordern die Einschränkung der Ortung und Geräteüberwachung auf das geringste
- 599 notwendige Maß, sowie die verpflichtende Möglichkeit der Abschaltung durch den
- 600 Anwender. Weiterhin fordern wir vollständige Transparenz über die
- 601 Überwachungsmöglichkeiten gegenüber dem Anwender.

Kampf gegen Desinformation

602

- 603 Kritische und störende Meinungen, solange sie nicht die Grenze zur Strafbarkeit
- 604 überschreiten, gehören zum verfassungsrechtlich garantierten Recht eines jeden
- 605 Bürgers unseres Landes. Die Äußerung der freien Meinung in Medien jeglicher Art stellt
- 606 auch eine Kontrollmöglichkeit des Bürgers gegenüber dem Staat dar. Die freie
- 607 Meinungsäußerung schließt auch das Recht auf Irrtum ein.
- 608 In letzter Zeit wird jedoch durch öffentlich-rechtliche sowie "nicht-staatliche" Akteure
- 609 versucht, die Meinungsfreiheit durch direkte Verbote oder Delegitimierung kritischer
- 610 Meinungen einzuschränken. Immer mehr öffentlich-rechtliche sowie nicht-staatliche
- 611 Akteure, sogenannte "NGOs", wie zum Beispiel "Faktenchecker" oder "Correctiv", werden
- 612 über staatliche Beauftragung und Finanzierung für Desinformationskampagnen
- eingespannt. Beispielhaft sei hier an die Kampagnen für die Corona-Impfung erinnert.
- 614 Auch die Bundesregierung selbst nutzt den Einfluss auf Social-Media-Plattformen direkt
- 615 zur Überwachung und Steuerung des Gedankenaustausches ihrer Bürger. Ein
- 616 wirkmächtiges Instrument ist dabei das NetzDG, da dieses Social-Media-Plattformen
- 517 zwingt, Inhalte binnen kürzester Zeit zu löschen.
- 618 EU-Initiativen wie der "Code of Practice on Disinformation" werden in Stellung gebracht,
- 619 um legitime Meinungen als Desinformation abzustempeln und zu zensieren.
- 620 Wir fordern das sofortige Einstellen aller Desinformationskampagnen und die
- 621 Beendigung jeglicher Finanzierung von nichtstaatlichen Akteuren, die auf die freie
- 622 Meinungsbildung einwirken oder diese zu unterdrücken versuchen. Die Finanzierung
- 623 von NGOs muss offengelegt werden. Deshalb lehnen wir auch die Implementierung des
- 624 europäischen "Digital Services Act (DSA)" in Deutschland entschieden ab und werden das
- 625 NetzDG rückabwickeln. Eine Demokratie braucht kein "Wahrheitsministerium" und
- 626 muss die Meinungen ihrer Bürger ertragen sonst wird Sie zur Diktatur.

627 **DSGVO**

- 628 Die DSGVO kommt ihrem eigentlichen Ziel, nämlich Datenschutz und informationelle
- 629 Selbstbestimmung, nur schlecht nach, belastet aber gerade kleine und mittlere
- 630 Unternehmen und die Verbraucher, beispielsweise mit omnipräsenten
- 631 Einwillungsabfragen. Daher fordert die AfD die Abschaffung der DSGVO und Rückkehr zu
- einem schlanken, aber effektiven Bundesdatenschutzgesetz.
- 633 Datenschutzbehörden will die AfD in ihrer Rolle stärken und auch gegenüber staatlichen
- 634 Stellen sanktionsfähig machen, da der Staat dieselben Staatenschutzregeln wie der
- 635 Bürger einzuhalten hat.

636 **Digitale Souveränität**

- 637 Die AfD fordert die Erstellung einer Bundestrategie für digitale Souveränität, um die
- 638 Autonomie der Bürger im digitalen Zeitalter zu gewährleisten und staatliche
- 639 Institutionen, sowie kritische Infrastruktur effektiv zu schützen. Zu Elementen dieser
- 640 Strategie gehören zum Beispiel Open-Source-Techniken und dezentraler Systeme, wie
- auch die Entwicklung bundeseigener Hard- und Software für kritische Infrastruktur.

Künstliche Intelligenz

- KI-Systeme stellen einen großen Wachstumsmarkt dar, von diesen können und wollen wir uns in Deutschland nicht abkoppeln. Deshalb sind effektive gesetzliche
- Rahmenbedingungen notwendig, die den Einsatz zum Beispiel in Medizintechnik und
- 646 Verkehrswesen ermöglichen. Voraussetzung für den Einsatz von KI ist jederzeit
- 647 verfügbare kostengünstige Energie.
- 648 Gleichzeitig kann KI aber auch ein Risiko speziell für kritische Infrastruktur,
- 649 Verkehrstechnik und bürgerliche Freiheiten darstellen. Die zentralistische Regulierung
- dieser Themen durch die EU, wie durch den Cybersecurity Act, Ethik-Leitlinien für KI und
- 651 den Artificial Intelligence Act lehnt die AfD ab und fordert praxisnahe, nationale
- 652 Lösungen.

Rente, Soziales und Gesundheit

Unser Konzept für eine faire und auskömmliche

655 **Rentenversicherung**

653

654

664

677

- 656 Wir streben eine Rentenversicherung an, mit der Erwerbstätige sich wieder einen
- 657 finanziell gesicherten Lebensabend erarbeiten können. Wir halten es dabei für zwingend
- 658 erforderlich, auch unseren derzeitigen Senioren, die in einem langen Arbeitsleben unser
- 659 Land und unseren Wohlstand aufgebaut haben, einen Lebensabend in Würde zu
- 660 ermöglichen. Dazu gehört vor allem eine signifikante Erhöhung ihrer Renten. Unser
- 661 ferneres Ziel ist es, in mehreren Schritten das durchschnittliche Rentenniveau der
- 662 westeuropäischen Länder zu erreichen, das derzeit bei gut 70 Prozent des letzten
- Nettoeinkommens und damit deutlich höher liegt als das deutsche.

Die desolate Situation im deutschen Rentensystem

- Das deutsche Rentenniveau ist mit nur 53% des letzten Nettogehalts nach Eurostat eines
- der niedrigsten in Westeuropa. Dieses Niveau bedeutet für einen großen Teil der Rentner
- 667 bittere Altersarmut. In Österreich etwa bezieht ein Arbeitnehmer mit Durchschnittslohn
- 668 nach 45 Arbeitsjahren eine Rente von 2.600 €, ein vergleichbarer Rentner in Deutschland
- 669 magere 1.500 €. Schaut man sich die Differenz zwischen den beiden Renten an, so
- entstehen etwa 30% des Unterschieds durch die höheren Rentenbeiträge in Österreich.
- 671 Weitere 30% werden generiert, weil in Österreich auch Bevölkerungsgruppen in die
- 672 Rentenkasse einzahlen, die bei uns befreit sind, zum Beispiel Politiker und Beamte.
- Weitere 15% werden durch höhere Staatszuschüsse erzielt. Lediglich die etwas jüngere
- 674 Bevölkerungsstruktur lässt sich kurzfristig nicht kopieren. Durch sie entstehen die
- 675 restlichen 25% des Unterschieds. Das heißt aber auch: Eine ähnlich hohe Rente wie in
- 676 Österreich ist langfristig auch bei uns möglich.

Unser Rentenkonzept gegen Altersarmut

- 678 Wir wollen der Rentenversicherung mehr Beitragszahler zuführen, die Verrentung
- 679 flexibler und gerechter gestalten und Anreize für eine freiwillige Verlängerung der
- 680 Lebensarbeitszeit setzen und
- Verbeamtungen nur noch für diejenigen vorsehen, die mit Hoheitsaufgaben betraut
- sind, so dass die große Mehrheit der Staatsbediensteten in die Rentenversicherung einzahlt.
- oos emzamt,
- Einbeziehung der Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung,
- Ermöglichung eines flexiblen Renteneintrittsalters, abschlagsfrei nach 45 beitragspflichtigen Arbeitsjahren,
- mittelfristige Finanzierung aller nicht beitragsgedeckten Leistungen aus dem Bundeshaushalt,
- Ausgleich der anstehenden Rentenbeitragsanhebungen durch Steuersenkungen für
 Beschäftigte und Unternehmen,
- Nichtanrechnung der Zuverdienste von Witwen und Witwer auf die Hinterbliebenenrente.
- Vergütung der Elternschaft bei der Rente.

699

705

708

712 713

714 715

Weitere Bausteine, die die Rente langfristig stabilisieren

- Rationalisierungsinvestitionen zur Erhöhung der Produktivität und der Löhne durch Unternehmenssteuersenkungen erleichtern,
- Fachkräftemangel durch höhere Erwerbsanreize reduzieren, indem
- Einkommensteuern gesenkt werden und
 - das Bürgergeld unattraktiver gemacht wird,
- Arbeitsanreize für Rentner schaffen, durch einen zusätzlichen
 Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 €,
- Handwerk und Gewerbe stärken durch mehr ausbildungsfähige Schulabgänger,
 indem
- eine frühere Berufsorientierung in den Schulen praktiziert wird und
 - das Leistungsprinzip an unseren Schulen wieder gestärkt wird,
- durch früheren Berufseintritt und weniger Teilzeitarbeit einen höheren
 Lebensverdienst ermöglichen,
 - Kinderwünsche nicht mehr an Geld- und Karrieresorgen scheitern lassen durch
- ein Erziehungsgeld, das Eltern die Eigenbetreuung ihre Kinder in den ersten drei
 Lebensjahren finanziell erleichtert sowie
- Hilfen beim beruflichen Wiedereinstieg,
 - eine Willkommensprämie von 20.000 € für neugeborene Babys, sofern bereits Rentenbeiträge in derselben Höhe eingezahlt worden sind, andernfalls eine Gutschrift auf zukünftige Rentenbeiträge in dieser Höhe; die Prämie wird aus Steuermitteln finanziert und reduziert die Rente nicht,
- Bereitstellung von ausreichend Kindergarten- und Kitaplätzen in Wohnraumnähe
 mit Vorrang für Familien, in denen beide Eltern arbeiten, sowie für arbeitende
 Alleinerziehende,
- Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte, damit diese am Ende ihres Erwerbslebens nicht auf deutsche Sozialleistungen angewiesen sind.

721 Unser Konzept für eine faire Arbeitslosenversicherung

- 722 Ein Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung soll nach einer
- 723 einmaligen Ausnahme nur haben, wer die Arbeitslosigkeit nicht selbst herbeigeführt hat.
- 724 Grundsätzlich soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach drei vollen
- 725 Beitragsjahren eintreten und ist zunächst auf sechs Monate beschränkt. Für je zwei
- weitere Beitragsjahre erhöht sich der Anspruch danach um einen Monat. Zudem sollen
 Arbeitnehmer über 50 Jahre bereits zum Zeitpunkt der Kündigung durch den
- 728 Arbeitgeber Anspruch auf einen Berechtigungsschein für eine private
- 729 Arbeitsvermittlung erhalten. Da eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt umso
- 730 schwieriger wird, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, soll es auch während des
- 731 Arbeitslosengeldbezugs intensive Beratungs-, Weiterbildungs- und
- 732 Vermittlungsangebote geben.

Unser Konzept für eine Grundsicherung

- 734 Da alle erwachsenen Bürgergeldempfänger grundsätzlich als erwerbsfähig gelten, ist es
- unser Ziel, sie kurzfristig wieder in Arbeit zu bringen. Denn je länger die Arbeitslosigkeit
- 736 andauert, desto schwieriger wird die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und
- 737 desto teuer wird das Bürgergeld.

733

738

Das derzeitige Bürgergeld funktioniert nicht

- 739 Das Bürgergeld ist Teil unseres Sozialstaats und soll dazu dienen, an sich erwerbsfähige,
- 740 aber momentan arbeitslose Mitglieder unserer Gesellschaft zu unterstützen, bis sie
- 741 wieder auf eigenen Beinen stehen können. Bisheriges Ziel ist eine qualifizierte
- 742 Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt. Hierzu wurden die Aus- und
- 743 Weiterbildungsmöglichkeiten gegenüber Hartz4 stark erweitert. Tatsächlich führen
- 744 jedoch nur wenige Maßnahmen zu einer erfolgreichen Vermittlung in Arbeit.
- 745 Die höheren Regelbedarfssätze des "Bürgergeldes" gegenüber Hartz4 haben im Gegenteil
- 746 dazu geführt, dass die Zahl derjenigen massiv angestiegen ist, für die sich eine
- 747 Erwerbstätigkeit schlichtweg nicht mehr lohnt; sie verbleiben dauerhaft im
- 748 Bürgergeldbezug. Ein Elternpaar mit zwei Kindern beispielsweise bezieht ein vom
- 749 Steuerzahler finanziertes Bürgergeld von rund 3.000€ monatlich für Regelbedarfe,
- 750 Miete und Heizkosten, wozu normalerweise zwei Verdiener im Haushalt erforderlich
- 751 sind. Hinzu kommen unter anderem noch eingesparte GEZ-Gebühren, kostenlose Kitas
- 752 und Kindergärten und teilweise verbilligte oder kostenlose Tickets im öffentlichen
- 753 Nahverkehr.
- 754 Experten gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der Bürgergeldempfänger am Finanzamt
- 755 und den Sozialversicherungen vorbei schwarzarbeitet. Die hohen Kosten dafür aber
- 756 gehen zulasten der Steuerzahler, die dies in ihrer großen Mehrheit nicht länger
- 757 mittragen möchten.
- 758 Jobcenter können in vielen Fällen von Pflichtverletzungen nicht ausreichend
- 759 sanktionieren oder wenden mögliche Sanktionen nicht an, etwa wenn ein zumutbarer
- angebotener Job nicht angenommen wird. So verwundert es nicht, dass die Zahl der
- 761 Arbeitsvermittlungen von Arbeitslosen in den Jobcentern seit Einführung des
- 762 Bürgergeldes um fast 6% gesunken ist. Obwohl wir über 4 Millionen erwerbsfähige
- 763 Bürgergeldbezieher haben, konnten die den Jobcentern 2024 durchschnittlich
- 764 gemeldeten rund 700.000 offenen Arbeitsstellen nicht besetzt werden.
- 765 Viele Arbeitslose werden in Maßnahmen "geparkt", die die Arbeitslosen selbst für sinnlos
- 766 halten. Insgesamt ist die derzeitige Vermittlungsquote mit 1,8 Vermittlungen pro Jahr und
- 767 Vermittler viel zu niedrig und dadurch auch die einzelne Vermittlung viel zu teuer.
- 768 Die hohen Regelbedarfssätze im Bürgergeld stellen zudem einen der Magneten für die
- 769 Einwanderung in unsere Sozialsysteme dar. Fast die Hälfte der Bürgergeldempfänger
- 770 sind inzwischen Ausländer, von denen die meisten noch nie in unsere Sozialsysteme
- 771 eingezahlt haben. Diese Masseneinwanderung in den Bürgergeld-Bezug bedroht dessen
- 772 Finanzierbarkeit zulasten der tatsächlich bedürftigen Mitglieder unserer Gesellschaft,
- ihrer Steuerzahler und des deutschen Sozialstaates in seiner Gesamtheit.
- 774 Wir werden diesen Fehlentwicklungen durch eine grundlegende Reform des
- 775 Bürgergeldes resolut entgegenwirken.

791

792

793

794

795

796

810

Für eine funktionierende Grundsicherung für Arbeitssuchende

- 777 Wir wollen erwerbsfähige Grundsicherungsbezieher schneller wieder in Arbeit bringen,
- 778 damit sie wieder auf eigenen Beinen stehen können. Gleichzeitig senken wir so die
- 779 Kosten für die Steuerzahler, die unsere Grundsicherungssysteme finanzieren. Dabei
- 780 gehen wir vom Grundsatz aus, dass jeder, der arbeiten kann, auch arbeiten soll, anstatt
- 781 der Gesellschaft zur Last zu fallen. Dazu wollen wir
- Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, die nach 6 Monaten noch immer im
 Leistungsbezug sind, zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen,
- den gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet als Voraussetzung für den
 Grundsicherungsbezug wieder einführen und kontrollieren,
- Geflüchteten den Aufenthaltsstatus bei Reisen ins Heimatland entziehen,
- eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ohne "aufstockende"
 Sozialleistungen von mindestens fünf Jahren in Deutschland zur Voraussetzung für den Bürgergeld-Bezug ausländischer Staatsangehöriger machen und ihren
 Bürgergeld-Bezug auf ein Jahr begrenzen,
 - ukrainische Kriegsflüchtlinge unter Beibehaltung ihrer Arbeitsmöglichkeiten aus dem Bürgergeld wieder ausgliedern und im Leistungsbezug den Asylbewerbern gleichstellen,
 - die tatsächlich nicht-erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher aus den Jobcentern in die personengerechte Betreuung durch die Sozialämter überstellen bei gleichbleibender finanzieller Unterstützung, um die Jobcenter zu entlasten,
- Arbeitsagenturen und Jobcenter berufsfeldorientiert organisieren und vorrangig mit branchenerfahrenen Vermittlern besetzen,
- stellenorientierte, passgenauere "Matching"-Verfahren für Arbeitssuchende einführen,
- Weiterbildungsmaßnahmen nur noch bei Bildungsträgern durchführen, die den
 Vermittlungserfolg ihrer Maßnahmen nachweisen,
- die direkte Kontaktpflege zwischen Arbeitsvermittler und relevanten Arbeitgebern 804 organisieren,
- die persönliche Sicherheit der Mitarbeiter in den Jobcentern erhöhen,
- Verhinderung des Mehrfachbezuges von Bürgergeldleistungen durch biometrische
 Identitätsfeststellung und digitale Vernetzung der Jobcenter und Agenturen,
- die Regelbedarfssätze an die tatsächliche Inflationsentwicklung des Bürgergeld-809 Warenkorbs anpassen.

Mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau

- 811 Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der
- 812 Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den
- Steuerzahler. Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu
- unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird.
- 815 Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern
- 816 zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen. Die AfD steht für ein ausgewogenes
- 817 Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die
- 818 Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.

Hilfe für alle, die sich nicht selbst helfen können

- 820 Wir streben einen wirtschaftlichen Zustand an, in dem möglichst viele Bürger aus
- 821 eigener Kraft ein auskömmliches, selbstbestimmtes Leben führen. Für Situationen, in
- 822 denen das nicht möglich ist, existieren die Systeme der Grundsicherung: die Sozialhilfe
- 823 bei Erwerbsunfähigkeit, die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die
- 824 Grundsicherung im Alter, wenn die Rente nicht reicht und kein Vermögen vorhanden ist.
- Die monatlichen Regelsätze pro Person fallen in den drei Systemen gleich hoch aus; die
- 826 Nebenbedingungen wie Schonvermögen und Autobesitz sind jedoch unterschiedlich
- 827 geregelt. Insbesondere sind die Grundsicherungsempfänger im Alter in diesen
- 828 Positionen gegenüber Bürgergeldempfängern schlechter gestellt, was wir ändern
- 829 werden.

842

819

- Das nicht zielführende Bürgergeld wollen wir mittels unseres Konzepts "Aktivierende
- 831 Grundsicherung" neugestalten. Die übrigen Systeme der Grundsicherung behalten wir
- 832 bei wie bisher.
- 833 Wir unterstützen sinnvolle Maßnahmen, die Menschen mit Einschränkungen eine
- 834 bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Deshalb stehen wir ein für
- 835 den Erhalt spezialisierter Förderschulen, die den Lebensweg behinderter Menschen
- 836 erleichtern. Die häusliche Betreuung Behinderter durch Angehörige wollen wir besser
- honorieren und bürokratische Auflagen abschaffen, wie zum Beispiel die eingeschränkte
- 838 Nutzung des Behinderten-PKW durch pflegende Angehörige. Behinderten in
- 839 Werkstätten möchten wir durch Mittelumschichtung den Erhalt des Mindestlohns
- 840 ermöglichen; ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben für Menschen mit
- 841 Einschränkungen ist unser übergeordnetes Ziel.

Zweckentfremdung der Sozialversicherungen beenden

- 843 Während die Sozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Pflege-,
- 844 Arbeitslosenversicherung) durch Beiträge von Arbeitnehmern finanziert werden, sind
- 845 Sozialleistungen eine durch Steuern finanzierte Unterstützungsleistung.
- 846 Versicherungsfremde Leistungen sind daher nicht aus den Beiträgen zu den
- 847 Sozialversicherungen, sondern aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Dennoch wurde
- die Sanierung des Haushalts 2024 zum Teil aus den Sozialversicherungen finanziert, wie
- 849 die Finanzierung von Coronamaßnahmen aus der Pflegekasse, was einen klaren
- 850 Missbrauch der dem Staat anvertrauten Sozialversicherungs-Beiträge darstellt.
- 851 Durch das Beenden dieser Zweckentfremdung können Leistungen erhöht werden oder
- die Beiträge gesenkt werden. Für die Rentenversicherung bedeutet die Übernahme der
- 853 nicht beitragsgedeckten Leistungen durch den Bundeshaushalt, dass allein dadurch
- 854 knapp zwölf Prozent höhere Mittel für die Rentenfinanzierung zur Verfügung stünden.

855 Unser Konzept einer zukunftssicheren Kranken- und

856 Pflegeversicherung

- 857 In Deutschland sind die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung mit insgesamt
- 858 18,7 bis 20,1% etwa doppelt so hoch wie in Österreich oder der Schweiz, ohne dass dies
- 859 durch entsprechende höhere Leistungen gerechtfertigt wäre. Weitere
- 860 Beitragssatzerhöhungen sind vorprogrammiert. Das werden wir verhindern, indem die

- 861 beitragsfreie Mitversicherung der Bürgergeldempfänger, die heute zu Zweidritteln vom
- 862 Beitragszahler finanziert wird, zukünftig vollständig aus dem Bundeshaushalt
- 863 aufgebracht wird. Ein weiterer Ansatzpunkt zur Senkung der
- 864 Krankenversicherungsbeiträge sind die exorbitant hohen Verwaltungskosten, die wir
- 865 durch eine Zusammenführung von Kranken- und Pflegeversicherung, sowie die
- 866 Vereinfachung der enorm aufgesplitterten Selbstverwaltungsstrukturen bei
- 867 Kassenärzten, Krankenhaus-, Rehabilitations- und Pflegedienstleistungen massiv
- 868 senken wollen.

878

887

898

- 869 Die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wollen wir erleichtern, indem
- 870 wir die häusliche Pflege deutlich höher finanziell honorieren. So können es sich mehr
- 871 Familien leisten, ihre pflegebedürftigen Angehörigen in vertrauter häuslicher
- 872 Umgebung selbst zu betreuen. Die Unterstützung bei Krankheit oder Urlaubswunsch der
- 873 pflegenden Angehörigen durch verbesserte ambulante und befristete stationäre
- 874 Angebote ausgeweitet werden. Insgesamt werden so der Pflegebedürftige und pflegende
- 875 Angehörige bessergestellt und gleichzeitig die Pflegekasse entlastet, da weniger und
- 876 kürzere Heimbetreuungen anfallen.

Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik

Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherstellen

- 879 In der stationären Versorgung hat sich das DRG-Fallpauschalensystem nicht bewährt.
- 880 Ständige Anpassungen konnten die Grundprobleme, wie das Setzen von finanziellen
- 881 Fehlanreizen und enormer bürokratischer Aufwand, nicht beseitigen. Auch die
- anstehende Krankenhausreform ist nicht geeignet, diese Probleme zu lösen. Notwendig
- ist die vollständige Abschaffung der Fallpauschalen und mittelfristig die Rückkehr zu
- 884 individuellen Budgetvereinbarungen zwischen den Krankenhäusern und den
- 885 Spitzenverbänden der GKV auf Landesebene. Daneben lehnen wir eine weitere
- 886 Privatisierung von Akutkrankenhäusern ab.

Ambulante Versorgung verbessern

- 888 Insbesondere im Facharztbereich ist die ambulante Versorgung aufgrund der
- 889 weitgehend bestehenden Budgetierung ärztlicher Leistungen längst an ihre Grenzen
- 890 gestoßen. Terminengpässe und monatelange Wartezeiten sind für die Patienten
- 891 unzumutbar. Die Rationierung ärztlicher Leistungen durch den Zwang, Behandlungen
- 892 ohne Vergütungsanspruch zu erbringen, muss beendet werden. Um einer ungesteuerten
- 893 Leistungsausweitung durch Bagatellbehandlungen zu begegnen, sind gestaffelte Bonus-
- 894 bzw. Rückvergütungssysteme sinnvoll. Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis soll
- 895 weiterhin das Rückgrat der ambulanten Versorgung bilden. Zur Förderung der
- 896 Niederlassung von Ärzten im ländlichen Räumen sind finanzielle und organisatorische
- 897 Niederlassungshilfen zu etablieren.

Ambulante und stationäre Versorgung sichern

- 899 Seit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhaus ist ein
- 900 anhaltendes Sinken der Verweildauer zu verzeichnen, die durch eine frühzeitige
- 901 Krankenhausentlassung nichtselbständiger Patienten bewirkt wird. Dies führt zu einer
- 902 weiteren Zunahme der Arbeitsverdichtung und -belastung des Pflegepersonals, was
- 903 durch den zunehmenden Personalmangel noch verschärft wird. Eine

- 904 bundeseinheitliche, gesetzliche Personalbemessung für alle pflegesensitiven Bereiche
- 905 ist zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung unerlässlich. Eine angemessene
- 906 Finanzierung des notwendigen Personalaufwuchses ist von existenzieller Bedeutung
- 907 und sicherzustellen. Pflegekammern lehnen wir ab, da nur mit zusätzlicher Bürokratie,
- 908 staatlichem Zugriff und Zwangsbeiträgen zu rechnen ist."

Arzneimittelversorgung gewährleisten

- 910 Den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten lassen wir nicht mehr zu, da er
- 911 zu Wettbewerbsverzerrungen beiträgt. Unberührt davon bleibt der Versandhandel mit
- 912 nicht rezeptpflichtigen Medikamenten. Die weitgehende, mögliche Rückverlagerung der
- 913 pharmazeutischen Produktion nach Deutschland und in sichere Herkunftsländer ist ein
- 914 Gebot für Versorgungssicherheit und gleichbleibende Qualität. De
- 915 Arzneimittelgroßhandel in Deutschland wird verpflichtet werden, mindestens die
- 916 Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten
- 917 Arzneimitteln vorzuhalten.

918 **Organspende**

909

- 919 Die Bereitschaft zur Organspende ist deutlich zurückgegangen. Deshalb wird
- 920 zunehmend eine "Widerspruchsregelung" ins Spiel gebracht, bei der im Falle eines
- 921 "Hirntodes" grundsätzlich und ohne Rücksprache mit den Angehörigen Organe
- 922 entnommen werden können, sofern nicht ein ausdrücklicher Widerspruch des
- 923 Betroffenen zu Lebzeiten beurkundet wurde. Die Entscheidung zur Organspende kann
- 924 aber nur beim Betroffenen liegen, der diese in voller Kenntnis der hiermit
- 925 zusammenhängenden Abläufe treffen muss. Dies beinhaltet auch eine Aufklärung über
- 926 das Kriterium des "Hirntodes", welches nicht unumstritten ist. Insofern lehnen wir die
- 927 Widerspruchsregelung und jede Form eines direkten oder indirekten Zwanges
- 928 entschieden ab.

929 **Geschlechtsidentität**

- 930 Pharmakologische und operative Eingriffe bei Minderjährigen zur Verzögerung der
- 931 Geschlechtsentwicklung sowie zur Änderung des Geschlechts sind häufig
- 932 fremdgesteuert und ideologisch begründet und können lebenslang psychische und
- 933 physische Schäden bewirken. Deshalb werden wir Pubertätsblocker und nicht
- 934 medizinisch indizierte Eingriffe zur Änderung des Geschlechts verbieten.

935 Sterbehilfe

- 936 Die Sterbehilfe in der Form der "Tötung auf Verlangen" ist in Deutschland aus gutem
- 937 Grunde verboten. Ein "Rechtsanspruch", wie er auch durch die Gerichte immer wieder
- 938 thematisiert wird, ist strikt abzulehnen. Denn hierdurch könnte ein bestimmter
- 939 Personenkreis (Ärzte, Pfleger) entgegen des individuellen Gewissens zur Vornahme
- 940 entsprechender Handlungen verpflichtet werden. Stattdessen sind alle Möglichkeiten
- 941 der palliativmedizinischen Behandlung zu nutzen. Mit der Sterbehilfe kann der Druck zur
- 942 Selbsttötung auf schwerkranke Menschen erhöht werden.

943 Cannabis

- 944 Der Konsum von Cannabis kann zur Minderung der Intelligenz und schweren
- 945 medizinischen gesundheitlichen und psychischen Schäden führen. Die Freigabe des

- 946 Cannabiskonsums außerhalb bestimmter medizinischer Indikationen halten wir für
- 947 einen Fehler, der umgehend korrigiert werden muss. Unterstützend befürworten wir den
- 948 Ausbau der sucht-psychiatrischen Versorgung um die dauerhafte Abstinenz von
- 949 Drogenkranken zu erreichen

Impfpflicht

- 951 Die "Ständige Impfkommission" (Stiko) listet ein umfangreiches Tableau an
- 952 Standardimpfungen auf, die ausdrücklich nur empfohlen werden und damit der
- 953 Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger unterliegen. Ein staatlich
- 954 erzeugter Impfdruck wie in der Coronapandemie war ein erster Schritt hin zu weiteren
- 955 staatlich verordneten Pflichtimpfungen wie beispielsweise der Grippeschutzimpfung.
- 956 Damit schränkt der Staat das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der
- 957 Bürger über ihre körperliche Integrität in hohem Maße ein. Das Grundrecht auf
- 958 körperliche Unversehrtheit sowie auf das Selbstbestimmungsrecht dürfen nicht
- 959 angetastet werden. Seit dem Erstauftreten von Corona und der Schnellzulassung der
- 960 umfassenden mRNA-Impftechnologie wurden viele Berufsgruppen zu Impfungen
- 961 genötigt. Bei den nun vermehrt auftretenden Impfschäden erfolgt zumeist eine
- 962 standardmedizinische Versorgung über die jeweiligen Krankenkassen. Die
- 963 Verantwortung für die angemessene Versorgung soll zukünftig auf die
- 964 Berufsgenossenschaften übergehen, um eine deutlich verbesserte Nachbehandlung und
- 965 Rehabilitation beruflicher Wiedereingliederung sichergestellt werden. Für den
- 966 Nachweis von Impfschäden sind Beweislasterleichterungen vorzusehen.

967 **Heilpraktiker**

975

982

- 968 Der in Deutschland bestehende Berufsstand des Heilpraktikers sieht sich Bestrebungen
- 969 ausgesetzt, dieses Berufsbild abzuschaffen. Sicherlich muss das deutsche
- 970 Heilpraktikergesetz nachgebessert werden, insbesondere im Hinblick auf die
- 971 Einheitlichkeit von Qualitäts- und Prüfungsstandards. Eine Kostenerstattungspflicht der
- 972 GKV (Gesetzlichen Krankenversicherung) ist hiermit jedoch nicht verbunden.
- 973 Wir wollen, dass jeder Bürger selbst entscheiden kann, von wem er sich behandeln lässt
- 974 und lehnen eine Abschaffung des Heilpraktikers ab.

Patientendaten und Telematik

- 976 Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den
- 977 höchstmöglichen Schutz genießen. Die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der
- 978 Anbindung von Kliniken, Praxen, Psychotherapeuten und Apotheken zur Speicherung
- 979 vertraulicher Patientendaten (Telematik-Infrastruktur TI) ist abzulehnen. Wir
- 980 befürworten die Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines
- 981 Medikamentenplans und einer Patientenverfügung auf der Krankenversicherungskarte.

WHO – Reform oder Austritt

- 983 Die Finanzierung der WHO ist grundlegend zu reformieren, um die eklatante
- 984 Abhängigkeit von privaten Geldgebern zu beseitigen und deren direkte Einflussnahme
- 985 auszuschließen. Zukünftig soll der Haushalt der WHO im Wesentlichen durch
- 986 Mitgliedsbeiträge der Länder bestritten werden, was eine deutliche Anpassung der
- 987 strukturellen und der personellen Ausstattung dieser Organisation voraussetzt. Mit dem
- 988 für 2025 geplanten Pandemievertrag werden der WHO bereits bei einer angeblich

- 989 "drohenden Pandemie" unter Missachtung nationaler Parlamente umfangreiche Rechte
- 990 gegenüber den nationalen Staaten eingeräumt, die weit in die Privatsphäre der Bürger
- 991 eingreifen, bis hin zur Duldung medizinischer Eingriffe und der Beschneidung der
- 992 persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung. Dies lehnen wir grundsätzlich ab. Sollte
- 993 diese Reform nicht möglich sein, sprechen wir uns für einen Austritt Deutschlands aus
- 994 der WHO aus.

1004

Personal aus dem Ausland – nur nach deutschen Standards

- 996 Bei medizinischem Fachpersonal, das sprachliche Defizite aufweist, kann weder eine
- 997 Vertrauensbasis entstehen, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf
- 998 ausgeschlossen werden. Sowohl die fachliche als auch sprachliche Qualifikation (Niveau
- 999 C1) müssen uneingeschränkt dem deutschen Standard genügen. Es müssen vorrangig
- 1000 Studienplatzbewerber mit deutscher Staatsangehörigkeit für das Fach
- 1001 Medizin/Zahnmedizin ausgebildet werden. Wir fordern eine Ausweitung des Angebots
- 1002 an Studienplätzen in Zahn- und Humanmedizin. Derzeit besteht ein Mangel an diesen
- 1003 Studienplätzen.

Corona aufarbeiten

- 1005 Die Corona-Maßnahmen haben enorm vielen Menschen gesundheitlichen, sozialen und
- 1006 wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Nach Veröffentlichung der RKI-Protokolle müssen
- 1007 die Maßnahmen auf allen Ebenen aufgearbeitet werden. Alle Entscheidungsträger von
- 1008 interessensgesteuerten, entgegen der Wissenschaft herbeigeführten Maßnahmen
- 1009 müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dementsprechend müssen die zu Unrecht
- 1010 Verurteilten wieder vollständig rehabilitiert und entschädigt werden. Die im
- 1011 Zusammenhang mit der Corona-Krise geänderten Gesetze und Richtlinien sind zu
- 1012 überprüfen und gegebenenfalls zu streichen.

1013 Entbürokratisierung des Gesundheitswesens

- 1014 Die Bürokratie im Gesundheitswesen hat Ausmaße erreicht, die häufig von der
- 1015 Behandlung von Patienten abhält und erhebliche Kosten verursacht. Das ist Folge eines
- 1016 übertriebenen Sicherheitsbedürfnisses bei dem Aufwand und Nutzen in keinem
- 1017 akzeptablen Verhältnis stehen. Sie ist Ausdruck eines Misstrauens der Politik gegenüber
- 1018 den Leistungserbringern. Zudem ist die bisherige Regulierungsintensität die
- 1019 Begleiterscheinung eines übergriffigen und überbordenden Staatswesens, Die AfD setzt
- 1020 auf Deregulierung, Bürokratieabbau, Selbstverwaltung und auf Eigenverantwortung.

1035

1053

Finanzen und Steuern

- 1022 Der Staat erhebt Steuern auch mit dem Ziel, durch gezielte öffentliche Investitionen und
- 1023 staatliche Verwaltung die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten und die
- 1024 Lebensverhältnisse insgesamt zu verbessern. Weniger Bürokratie, mehr
- 1025 Eigenverantwortung und ein effizienterer Einsatz öffentlicher Mittel sind wichtige
- 1026 Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Deutschland.
- 1027 Trotz gegenwärtig hoher Steuereinnahmen lassen die ständig steigenden konsumtiven
- 1028 Ausgaben zunehmend weniger Raum für notwendige Investitionen. In der Folge führt
- 1029 dies zu Forderungen nach Steuererhöhungen und zusätzlichen Schulden. Wir setzen uns
- 1030 für eine Abkehr von übermäßiger Besteuerung und im Gegenzug für Ausgabendisziplin
- 1031 ein, um die Privathaushalte und unsere Unternehmen zu stärken sowie die
- 1032 Schuldenbremse einzuhalten und Verschuldung zurückführen. Wir planen, das
- 1033 komplexe deutsche Steuerrecht zu vereinfachen.

1034 Bundeshaushalt konsolidieren, Steuerverschwendung beenden,

Schuldenbremse einhalten

- 1036 Deutschland hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Trotz nach wie vor
- 1037 hoher Steuereinnahmen gelingt es der Bundesregierung regelmäßig nicht, einen
- 1038 Bundeshaushalt ohne weitere Neuverschuldung einzubringen. Wir dürfen die
- 1039 nachfolgenden Generationen nicht weiter mit Schulden und Zinsen belasten. Deshalb
- 1040 fordern wir Steuerverschwendung zu vermeiden. Als wesentliche Beispiele seien der
- 1041 Abbau von sinnlosen, der vorgeblichen "Klimarettung" geschuldeten Ausgaben genannt
- 1042 sowie die Beendigung der Finanzierung von überflüssigen Prestigeprojekten,
- insbesondere im Ausland. Unter anderem sind die Beitragszahlungen von (2023) knapp
- 1044 30 Milliarden Euro an die EU drastisch zu reduzieren. Die im Grundgesetz
- 1045 festgeschriebene Schuldenbremse ist einzuhalten.

1046 Konnexitätsprinzip einhalten

- 1047 Das Konnexitätsprinzip wird im Artikel 104a des Grundgesetzes geregelt. Es besagt, dass
- 1048 diejenige staatliche Ebene, die eine Ausgabe veranlasst, auch die damit verbundene
- 1049 Finanzierung zu leisten hat ("Wer bestellt, bezahlt"). In der Praxis wird dieses Prinzip zu
- 1050 Lasten insbesondere der Kommunen nicht durchgehend eingehalten, was dort zu
- 1051 erheblichen finanziellen Belastungen führt. Wir fordern die strikte Einhaltung des
- 1052 verfassungsrechtlich geregelten Prinzips.

Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen reduzieren

- 1054 Laut Information der Bundesregierung werden über 500 in Deutschland ansässige oder
- 1055 aktive Nichtregierungsorganisationen (NGO) direkt sowie mittelbar durch mehrheitlich
- 1056 im Eigentum des Bundes befindliche Unternehmen finanziell unterstützt. Im Rahmen
- 1057 der Haushaltskonsolidierung fordern wir eine detaillierte Prüfung dieser Organisationen
- 1058 und deren Projekte, mit dem Ziel, unnötige und ideologiebasierte Ausgaben einzusparen.

1059 Wahre Kosten der Asylpolitik freilegen

- 1060 Die Kosten der Asylpolitik verteilen sich in schwer überschaubarer Weise auf zahlreiche
- 1061 Einzelpläne der Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Nicht alle Kosten lassen sich

- 1062 dabei eindeutig beziffern, da Ausgaben im Haushalt in der Regel nicht einer
- 1063 Personengruppe zugeordnet werden. Wir fordern eine differenzierte und transparente
- 1064 Aufstellung in der Weise, dass die Kosten der Zuwanderung im Bundeshaushalt als
- 1065 eigene Position ausgewiesen werden und insbesondere auch hier das Konnexitätsprinzip
- 1066 eingehalten wird.

1067 Steuerfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung drastisch kürzen

- 1068 Der Bund der Steuerzahler stellt zurecht fest, dass steuerfinanzierte
- 1069 Öffentlichkeitsarbeit nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie nicht vordringlich der
- 1070 Imageverbesserung der jeweils amtierenden Regierung dient. Keinesfalls dürfe sie zum
- 1071 Selbstzweck werden, um politischen Aktionismus zu demonstrieren. Zudem ist die
- 1072 Regierung, wie alle staatlichen Stellen, laut ständiger Rechtsprechung des
- 1073 Bundesverfassungsgerichts zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Wir fordern
- 1074 deshalb eine Beschränkung der regierungsseitigen steuerfinanzierten
- 1075 Öffentlichkeitsarbeit auf wichtige Informationen, die nicht bereits durch Medien oder
- 1076 auf sonstige Weise zu beziehen sind.

Steuerrecht stark vereinfachen

- 1078 Das deutsche Steuerrecht ist mit über 30.000 Vorschriften eines der kompliziertesten
- 1079 der Welt. Zahlreiche Einzelfallentscheidungen der Finanzgerichte sind dadurch
- 1080 notwendig, die jedoch ihrerseits das Steuerrecht weiter verkomplizieren. Die Erhebung
- der Steuern ist zeitaufwendig und für die Beteiligten mit erheblichen Kosten verbunden.
- 1082 Unternehmen werden dadurch abgeschreckt, sich in Deutschland niederzulassen; viele
- 1083 hier ansässige Unternehmen verlagern ihren Standort ins Ausland.
- 1084 Die AfD wird das Steuerrecht durch einen geänderten Einkommensteuertarif mit
- 1085 wenigen Stufen vereinfachen. Die Steuersätze werden wir senken, im Gegenzug ebenso
- 1086 die Abschreibungsmöglichkeiten für "Steuersparmodelle". Die Unternehmensteuer
- 1087 werden wir rechtsformneutral gestalten. Durch diese Maßnahmen werden die Steuern
- 1088 übersichtlicher, die Erhebung der Steuern wird einfacher, zeitsparend und
- 1089 kostengünstig.

1077

1090

Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 %

- 1091 Entgegen vergangener Zusagen wurde zum Jahresbeginn 2024 die Mehrwertsteuer für
- 1092 Speisen und Getränke in der Gastronomie von 7 %wieder auf 19 % erhöht. Neben den
- 1093 gestiegenen Kosten für Grundnahrungsmittel und für Energie sowie den ebenfalls
- 1094 höheren Personalkosten ist die erhöhte Steuer ein weiterer Preistreiber für die Branche.
- 1095 Wirte hatten keine andere Wahl, als die Kosten auf dem Wege von Preiserhöhungen an
- 1096 die Kunden weiterzugeben. Ein Nachfrageeinbruch war die Folge. Restaurants mussten
- 1097 schließen und für viele Menschen im Lande ist ein weiteres Stück Lebensqualität
- 1098 verloren gegangen.
- 1099 Deshalb fordern wir einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie von
- 1100 7%.

1101

Abschaffung aller CO₂-Abgaben

- 1102 Die CO₂-Abgaben erhöhen die Produktionskosten und führen zu einem
- 1103 Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie. Weiterhin benachteiligen sie ländliche

- 1104 Regionen, insbesondere unsere Landwirte, die auf fossile Energien angewiesen sind. Ein
- 1105 Fahrzeug mit hohem "Emissionspotential" kann letztendlich weniger CO₂ ausstoßen als
- 1106 ein Fahrzeug mit geringerem "Emissionspotential", wird jedoch höher besteuert.
- 1107 Elektrofahrzeuge, die in der Produktion die Umwelt belasten, werden einseitig bevorzugt.
- 1108 Wir fordern eine ersatzlose Abschaffung der CO₂-Abgaben.

1109 Arbeit muss sich lohnen – Niedriglohnsektor und Mittelstand entlasten

- 1110 Die Inflation ist für viele Menschen in Deutschland ein großes Problem und belastet sie
- 1111 finanziell in einer erheblichen, teilweise sogar existenzgefährdenden Weise. Besonders
- 1112 die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln treibt die Inflation an. Der aktuelle
- 1113 Grundfreibetrag zur Freistellung des Existenzminimums ist aus unserer Sicht zu niedrig.
- 1114 Der einkommensteuerliche Grundfreibetrag soll auf 15.000 Euro erhöht werden, von der
- 1115 bisherigen Anlehnung an sozialhilferechtliche Regelungen wird Abstand genommen. Die
- 1116 Freibeträge sollen indexiert werden, um auch zukünftig heimliche Steuererhöhungen
- 1117 auszuschließen. Diese Maßnahmen tragen dem Lohnabstandsgebot Rechnung und
- 1118 motivieren am Erwerbsleben teilzunehmen. Die korrespondierende Verschiebung von
- 1119 weiteren Tarifeckwerten bis hin zum Spitzensteuersatz halten wir ebenfalls für
- 1120 erforderlich.

1121

1131

Grundsteuer abschaffen und Steuerausfälle kompensieren

- 1122 Die Erhebung der den Städten und Gemeinden zugutekommenden Grundsteuer ist
- 1123 äußerst kompliziert und mit sehr hohem Verwaltungsaufwand verbunden. Das
- 1124 Bundesmodell berechnet sich nach den Bodenrichtwerten, die oft veraltet, ungenau oder
- 1125 willkürlich sind. Die Grundsteuer verletzt zudem den Gleichheitsgrundsatz, da sie nicht
- 1126 die individuellen Merkmale der Grundstücke berücksichtigt.
- 1127 Deshalb wird sie gänzlich abgeschafft. Die Kommunen werden durch einen Zuschlag auf
- 1128 die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer vollumfänglich entschädigt. Damit
- 1129 orientiert man sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen. Für
- 1130 Mieter ergibt sich dadurch ebenfalls eine Entlastung.

Familiensplitting einführen

- 1132 Laut Artikel 6 Grundgesetz stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der
- 1133 staatlichen Ordnung. Das Bundesverfassungsgericht hat 1957 in Anwendung dieses
- 1134 Artikels die steuerliche Mehrbelastung von Ehegatten für unvereinbar mit dem
- 1135 Grundgesetz erklärt. Daraufhin hat der Gesetzgeber 1958 das Ehegattensplitting
- 1136 eingeführt, das heute nach wie vor gilt.
- 1137 Familien mit Kindern dürfen nicht schlechter gestellt werden als Kinderlose. Als eine der
- 1138 wichtigsten Maßnahmen in Anlehnung an den Wortlaut des Grundgesetzes fordern wir
- eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf das Familiensplitting. Dies hätte zur Folge,
- 1140 dass die Summe der erzielten Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der
- 1141 Familienmitglieder geteilt wird. Hierdurch werden Familien mit Kindern steuerlich
- 1142 entlastet. Angesichts der in Deutschland deutlich zu geringen Geburtenrate schaffen wir
- 1143 dadurch auch einen Anreiz für mehr Kinder.

Kein eigenes Besteuerungsrecht der Europäischen Union

- 1145 Das Recht, Steuern zu erheben, gilt als eines der Königsrechte der nationalen Parlamente.
- 1146 Nach den Europäischen Verträgen darf die EU keine Steuern erheben. Der Haushalt ist
- 1147 grundsätzlich aus Eigenmitteln zu finanzieren. Eine teilweise Übertragung der
- 1148 Steuergesetzgebung an die EU würde nach geltender Rechtslage eine Änderung des
- 1149 Grundgesetzes erfordern, die nach Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz ("Ewigkeitsklausel")
- dauerhaft verboten ist, da sie die haushaltspolitische Souveränität der Bundesländer
- 1151 einschränkt.

1144

- 1152 Zudem wäre ein Eingriff in die Souveränität und die demokratische Legitimität der
- 1153 Bundesrepublik die Folge, da sie weniger Gestaltungsspielraum über ihre eigenen
- 1154 Steuersysteme hätte. Die EU darf deshalb auch in Zukunft kein eigenes
- 1155 Steuererhebungsrecht erhalten.

1156 Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen

- 1157 Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer sowie die
- 1158 Erbschaftssteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig
- 1159 von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben.
- 1160 Substanzsteuern greifen auf Vermögen zu, die typischerweise aus versteuertem
- 1161 Einkommen entstanden sind. Sie führen somit zu einer Doppelbesteuerung. Sowohl der
- 1162 Verwaltungsaufwand für die Erhebung ist überproportional hoch als auch der Ertrag für
- die Staatseinnahmen nur marginal.
- 1164 Hinzu kommt, dass die Erbschaftsteuer Fehlanreize im Hinblick auf den nachhaltigen
- 1165 Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen beim Übergang zur nächsten Generation setzt.
- 1166 Im Erbfall kann sie zur Veräußerung von Unternehmen oder deren wirtschaftlicher
- 1167 Aufgabe sowie dem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Zudem lassen sich verschiedene
- 1168 Vermögensformen nicht rechtssicher bewerten.

Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro

- 1170 Der aktuell geltende Sparerpauschbetrag für Ledige von 1.000 Euro pro Jahr wird den sich
- 1171 ständig wandelnden Herausforderungen längst nicht mehr gerecht. Die AfD will den
- 1172 Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro erhöhen, um den Menschen in Deutschland, vor
- 1173 allem dem Mittelstand, die Möglichkeit zu geben, ihr Vermögen sicher und
- 1174 steueroptimiert aufzubauen. Mit der Erhöhung des Sparerpauschbetrages schaffen wir
- 1175 eine echte Entlastung, die vor allem diejenigen erreicht, die auch durch kleinere
- 1176 Kapitalerträge einen wirksamen privaten Vermögensaufbau erzielen wollen. Es geht
- 1177 dabei um finanzielle Selbstbestimmung, um die Stärkung der privaten Altersvorsorge
- 1178 und um die Förderung nachhaltiger Investitionen ohne die Abhängigkeit von staatlichen
- 1179 Zuschüssen.

1169

1181

1201

Währungspolitik - Das Euro-System scheitert

Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden

1182 Die AfD vertritt eine Währungspolitik, die auf Marktwirtschaft, nationaler Eigenverantwortung und freundschaftlichem Miteinander der europäischen Staaten 1183 basiert. Die Stabilitätskriterien als Geschäftsgrundlage der Euro-Währung werden 1184 permanent verletzt, der Euro illegitim "gerettet". Die schleichende Umwandlung des 1185 Staatenbundes Europa in einen EU-Zentralstaat ist von den europäischen Völkern nie 1186 demokratisch legitimiert worden. Der Euro besitzt nicht die institutionelle Grundlage, die 1187 seine zwingende verfassungsrechtliche Voraussetzung wäre. Die EU geriert sich als 1188 Bundesstaat - und nicht mehr als Staatenbund souveräner Nationalstaaten. Die 1189 1190 Geschäftsgrundlage des Euro war spätestens seit der Euro- und Finanzkrise zerstört. Seit 1191 den Schulden-Vergemeinschaftungen sind die letzten Hemmungen zum Rechtsbruch 1192 gefallen. Wir erleben vertragswidrige Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen, 1193 Verschuldung auf EU-Ebene, verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige 1194 Wirtschaftspolitik durch die EZB – meist zu Lasten Deutschlands. Der Euro ist für ein unterschiedlichen 1195 Wirtschaftsgebiet mit 20 sehr Volkswirtschaften Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren. 1196 1197 Erwirtschaften muss wieder vor Umverteilen kommen. Nur durch nationale Währungen 1198 erlangt jeder Staat seine Souveränität über die Wirtschafts- und Währungspolitik 1199 zurück. Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann, wie vor der Euro-Einführung, durch eine eigene Entscheidung über den Wechselkurs wiederherstellen. 1200

Deutschland muss aus dem Euro-System austreten

1202 Die Grundlage der Euro-Währung war: Vermeidung überbordender Schulden in allen 1203 EU-Staaten und keine Haftung der Staaten untereinander. Beide Regeln werden permanent gebrochen. Der Euro wird heute jeden Tag mit Milliardenbeträgen "gerettet". 1204 Dies geschieht über Garantien und "Fazilitäten", also direkte Geldgeschenke an 1205 EU-Gemeinschaftsfonds. 1206 ..notleidende" Staaten. über missbräuchliche 1207 Kreditmechanismen und Aufkäufe von Staatsanleihen durch das EZB-System. Jede weitere Teilnahme an der Dauerrettungspolitik kommt einer Insolvenzverschleppung 1208 auf Kosten deutscher Steuerzahler gleich. Der AfD ist bewusst, dass die 1209 nationalen 1210 Wiedereinführung stabilen einer Währung ohne 1211 Umstellungsbelastungen erfolgen kann. Diese werden jedoch niedriger sein als die dauerhaften Kosten des weiteren Verbleibs im Euro-System. 1212

- 1213 Deshalb muss Deutschland diese "Transferunion" aufkündigen und den Irrweg der
- 1214 Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden, ggf. unter
- 1215 paralleler Beibehaltung des Euro oder einer flexiblen ECU-ähnlichen
- 1216 Verrechnungseinheit.

1217 Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren und Staatsgold

- 1218 zurückholen
- 1219 Deutschland muss auch in einem währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein.
- 1220 Bei einer Wiedereinführung der Deutschen Mark (D-Mark) könnte das teilweise im
- 1221 Ausland gelagerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption dienen. Gold ist nach aller
- 1222 historischen Erfahrung eine potenzielle Deckung für Währungen, was besonders in

- 1223 Krisen und nach Einführung einer neuen Währung zum Vertrauensaufbau relevant ist.
- 1224 Das deutsche Staatsgold muss als potenziell letzte Währungsreserve ohne
- 1225 Gegenparteien- und Verwahrrisiko im eigenen Land aufbewahrt werden.
- 1226 Die wirtschaftliche Situation der Deutschen Bundesbank verschlechtert sich
- 1227 gegenwärtig: Sie wird nach einem hohen operativen Verlust in 2023 erstmals nach
- Jahrzehnten in 2024/25 einen Gesamt-Verlust ausweisen. Dies findet erneut statt wegen 1228
- Zinszahlungen in Höhe von dutzenden Milliarden Euro auf die Eurorettungs-bedingt 1229
- sehr hohen Einlagen der Geschäftsbanken. Im Jahr 2023 hatte die Bundesbank darum 1230
- 1231 bereits fast ihre komplette Risikoreserve auflösen müssen. Diese steht nun nicht mehr
- zur Verfügung. Das Eigenkapital der Bank beträgt lediglich 2,5 Milliarden Euro. Die seit 1232
- 1233 1971 entstandenen Aufwertungsgewinne auf Goldreserven der Bundesbank (derzeit über
- 250 Milliarden Euro) werden nun erstmals trickreich "rhetorisch" genutzt, damit das 1234
- ansonsten negative Eigenkapital keinen Vertrauensverlust in die Solidität der Bank 1235
- auslöst. Das offiziell wenig geschätzte Goldvermögen rettet derzeit die Bilanz der 1236
- 1237 Bundesbank und damit faktisch den Euro. Zugleich gerät damit aber unser
- 1238 Staats(bürger)gold in Ausbuchungsgefahr.
- 1239 Anderen Zentralbanken wird zunehmend die Bedeutung von Goldkäufen für ihre
- Währungsstabilität bewusst. Sie kaufen viel Gold zu und lagern es in ihren eigenen 1240
- Ländern. 1241

- Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Staatsgold 1242
- vollständig nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD die Herbeiführung 1243
- eines verfassungsrechtlich abzusichernden bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve 1244
- zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr aufgrund der sich durch die Euro-Dauerrettung seit 1245
- 2007 ständig verschlechternden Qualität der Bundesbank-Bilanz. Langfristig halten wir 1246
- 1247 eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu freiem
- Währungswettbewerb beziehungsweise einem goldgedeckten Währungssystem. 1248

Beendigung der planwirtschaftlichen Politik der EU

- 1250 Die EZB-Politik führt zur Zerstörung der Märkte für Staats- und Unternehmensanleihen.
- Die Manipulation der Anleihemärkte ist für die EZB seit 2015 das tägliche 1251
- 1252 "Geschäftsmodell". Sie hat inzwischen staatliche und private Anleihen in Höhe von
- mehreren Billionen Euro erworben. Diese suprastaatliche "Rettungspolitik" verletzt 1253
- geltendes EU-Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank 1254
- und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten. Die EU betreibt dabei
- 1255 auch verbotene Wirtschaftspolitik - über riesige zweckgebundene Garantien und über 1256
- selektive Aufkäufe von "grünen" Anleihen. Environmental-Social-Governance-1257
- Vorschriften und Taxonomie-Vorgaben, die hoch ideologisch und bürokratisch 1258
- 1259 regulieren, welche Wirtschaftstätigkeiten förderungswürdig sind, stellen eine
- planwirtschaftliche Makrosteuerung dar. Diese Vehikel führen faktisch 1260
- Geldgeschenken an "notleidende" Staaten über gemeinschaftlich behaftete EU-Schulden 1261
- (Next Generation-Fonds, Target-2, demnächst Ukraine-Bonds). Diese illegitime EZB-1262
- Politik führt zu Inflation. Sie zerstört Unternehmenskalkulationen, kapitalgedeckte 1263
- Rentensysteme und private Sparvermögen. 1264
- 1265 Die AfD fordert eine Rückkehr zum Recht und zur Marktwirtschaft: Alle Maßnahmen der
- EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden. 1266

1282

1300

Keine Schuldenaufnahme durch die EU: Kredite nur auf nationaler Ebene

- 1268 Die EU maßt sich vertragswidrig an -entgegen dem expliziten Wortlaut der EU-Verträge - eigene Schulden aufzunehmen, was zu Lasten künftiger Generationen geht. Dabei 1269 werden die Mittel durch Neuverschuldung beschafft und anschließend von EU-1270 Bürokraten über zumeist ideologisch motivierte Projekte nach Gutsherrenart 1271 ausgegeben. Haftung und Tilgung verbleiben jedoch bei den Nationalstaaten, 1272 insbesondere bei Deutschland. Solche von der EU aufgenommenen Kredite, die 1273 1274 weitgehend den Euro-Krisenländern zugutekommen, führen zu einer Verschlechterung 1275 unserer Bonität und damit zu einer Erhöhung der Zinslasten und Steuern der Deutschen.
- 1276 Ein Euro-Ausstieg wäre förderlich für unsere Wirtschaft und Steuerzahler.
- Die AfD fordert die sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme seitens der EU: Keine vertragswidrige Vergemeinschaftung von Schulden, keine ideologische und zentralistische Geld- und Wirtschaftspolitik und Rückkehr zu einer Kapitalallokation über funktionierende Märkte. Verschuldung und Steuererhebung sollen generell nur auf nationaler Ebene stattfinden.

Keine deutsche Haftung für ausländische Banken

- Mit der Europäischen Bankenunion würden die bisher kommunal verankerten 1283 1284 deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Das geplante europäische 1285 Einlagensicherungssystem wäre mit mehreren Billionen Euro 1286 gemeinschaftliche Haftungsfazilität der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden 1287 deutsche Sparer mit ihren Einlagen für marode Banken in anderen Staaten haften, die 1288 hohe und riskante Kreditforderungen in den Bilanzen haben. Riesige Ausfälle wären nur 1289 1290 eine Frage der Zeit und würden direkt eine deutsche Zahlungsverpflichtung auslösen. Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte Haftungs- und 1291 Transferunion. 1292
- Die AfD verlangt, dass deutsche Banken Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen und auch weiterhin eigene bankengruppenspezifische Instituts-, Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen unterhalten können, wie die ausschließlich regional tätigen und örtlich verankerten Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über alle Finanzdienstleistungen hinweg wiederherzustellen. Wir wenden uns gegen die europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken.

Target-2-Risiko beenden

Die Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB bzw. indirekt 1301 gegenüber einzelnen Euro-Südstaaten betragen über eine Billion Euro. Diese 1302 Forderungen sind noch immer unbesichert, nicht risikoadäquat verzinst und nicht 1303 fälligstellbar. Mögliche Abschreibungen stellen ein hohes Milliardenrisiko für den 1304 deutschen Steuerbürger dar. Es ist sicher, dass die EZB als Anspruchsgegnerin der 1305 1306 Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen Target-Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr begleichen wird. 1307 Wegen der substanzlosen Target-Forderungen kommen die in guten Zeiten durch 1308 deutsche Arbeitsleistung erwirtschafteten Außenhandelsüberschüsse innerhalb der 1309 Eurozone der deutschen Volkswirtschaft kaum noch zugute. Die uneinbringlichen 1310

- 1311 Forderungssalden müssen darum für Deutschland nutzbar gemacht werden. Eine Option
- 1312 wäre, mit dem in Form von Target bereits erwirtschafteten Forderungsguthaben über
- 1313 einen deutschen Staatsfonds ausländische Aktien, ausländisches Gold oder andere
- 1314 Sachwerte zu kaufen.

- 1315 Die AfD fordert von Bundesregierung und Deutscher Bundesbank, die Target-2-
- 1316 Forderungen zunächst abzuschmelzen, dann täglich auszugleichen und bis dahin mit
- 1317 Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist zudem offen für alle sinnvollen Optionen, die
- 1318 Target-Forderungen für deutsche Bürger zu "monetarisieren" und nutzbar zu machen.

Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung

- 1320 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit der Unterstützung von Bundesregierung,
- 1321 Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine
- 1322 schleichende Abschaffung betrieben. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle
- 1323 des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine
- 1324 faktische Abschaffung des Bargelds ermöglicht auch die Enteignung von Kontoinhabern.
- 1325 Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den
- 1326 negativen Bereich. Eine Bargeldabschaffung würde zudem bedeuten, dass
- 1327 Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und
- 1328 Banken die totale Kontrolle und sogar Steuerung aller Geldströme und
- 1329 Wirtschaftsaktivitäten über jede finanzielle Handlung der Bürger, sogar über deren
- 1330 Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch werden:
- 1331 Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Überwachungs- und
- 1332 Steuerungsmöglichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus sind elektronische Systeme
- 1333 nicht ausfall- und manipulationssicher.
- 1334 Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt des Bargeldes als uneingeschränktes gesetzliches
- 1335 Zahlungsmittel und dessen Nutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht im
- 1336 Grundgesetz zu verankern. Staatliche Stellen dürfen die Annahmepflicht von Bargeld
- 1337 nicht abbedingen.

1338

Recht auf analoges Leben: ohne Vermögensregister und digitalen Euro

- 1339 Auch wenn der Digitale Euro noch in der Versuchsphase steckt: Er soll absehbar und
- 1340 entgegen den Beteuerungen der EZB das dominante gesetzliche Zahlungsmittel werden.
- 1341 Der Digitale Euro könnte mittelfristig sogar programmierbar ausgestaltet werden.
- 1342 Vollüberwachung und Steuerung bis hinein in private, ja intime Lebensbereiche wären
- 1343 buchstäblich vorprogrammiert, ähnlich dem chinesischen "Social Credit-System". In
- 1344 Kombination mit dem ebenfalls geplanten Vermögensregister werden hier
- 1345 Voraussetzungen für umfassende Enteignungsmöglichkeiten von bereits versteuertem
- 1346 Vermögen geschaffen. All dies kann aus staatlicher und suprastaatlicher EU-Sicht nur
- durch eine faktisch verpflichtend gemachte, sogenannte digitale Identität durchgesetzt
- 1348 werden, mittels der praktisch jede menschliche Aktivität dauerhaft nachvollziehbar und
- 1349 zentral gespeichert, reguliert und sanktioniert werden kann. Dies ist eine dystopische
- 1350 Vorstellung spätestens ab dem Moment, an dem die Nutzung des Digitalen Euros faktisch
- 1351 verpflichtend wird.
- Die AfD spricht sich gegen eine von der EZB herausgegebene digitale Währung aus, die
- 1353 ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargeldes wäre. Die AfD
- 1354 widerspricht einer Totalüberwachung und -steuerung aller finanziellen Handlungen

- 1355 durch faktisch verpflichtende elektronische Zahlungsvorgänge über einen
- 1356 monopolistischen "Digitalen Euro" und über ein zentrales Vermögensregister. Wir
- 1357 fordern ein Recht auf analoges, unüberwachtes und freies Leben.

1358 Bitcoin: Erhalt von Freiheit und Staatsferne

- 1359 Der Bitcoin ist als staatsfreies Geld ein begrüßenswerter Kandidat im Wettbewerb der
- 1360 Währungen. Bei einer Marktkapitalisierung im Billionen-Bereich und einem
- 1361 signifikanten Umlauf erfüllt der Bitcoin inzwischen die meisten Geldfunktionen. Durch
- 1362 zunehmende nationale und internationale Regulierungstendenzen (EU-MiCAR) ist er
- 1363 jedoch gefährdet. Die AfD hat sich seit Jahren gegen diesen politisch-regulatorischen
- 1364 Druck gestellt.
- 1365 Die AfD fordert die weitgehende Deregulierung des Bitcoins sowie der Bitcoin-Wallets
- 1366 und der Handelsplätze. Wir setzen uns ein für die Beibehaltung der Umsatzsteuer-
- 1367 Freiheit von Bitcoin-Transaktionen, der einjährigen Frist zur Besteuerung von
- 1368 Wertzuwächsen sowie des Rechts auf Eigenverwahrung der Coins in selbstverwalteten
- 1369 Wallets. Wir fordern den Erhalt von Freiheit und Staatsferne durch Besteuerungs- und
- 1370 Regulierungszurückhaltung der Politik.

Landwirtschaft, Umwelt und Klima

- 1372 Reine Luft und sauberes Wasser, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte
- 1373 Lebensmittel sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren
- 1374 Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt. Unsere Politik orientiert sich dabei an den Zielen
- 1375 der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als konservative Prinzipien.
- 1376 Die vielen bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften in Deutschland
- 1377 sind die Grundlage für unsere Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln.
- 1378 Darüber hinaus schützen sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen und pflegen die
- 1379 deutschen Kulturlandschaften. Die Bauernfamilien halten schon seit vielen
- 1380 Generationen Traditionen und Brauchtum aufrecht und sind damit unersetzlich für die
- 1381 regionale Identität.

1371

1395

- 1382 Diese wichtigen und vielfältigen Leistungen verdienen Anerkennung es liegt deshalb
- im besonderen gesamtgesellschaftlichen Interesse, die deutsche Landwirtschaft zu
- 1384 erhalten. Heimat braucht Bauern. Dabei muss sich Landwirtschafts- und Umweltpolitik
- 1385 allem voran an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren.
- 1386 Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine
- 1387 nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz
- 1388 unserer Natur. Eine überbordende Bürokratisierung aller Lebensbereiche zerstört dabei
- 1389 die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft arbeitenden, regional
- 1390 verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums.
- 1391 Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung
- mit heimischen Lebensmitteln auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben.
- 1393 Dabei kommt es uns nicht darauf an, ob sie aus biologischer oder konventioneller
- 1394 Produktion kommen, sondern entscheidend ist die Qualität der Produkte.

Agrarpolitik in Deutschland entscheiden

- 1396 Unter dem Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik richten sich
- 1397 Lobbyinteressen gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale Bedürfnisse
- 1398 ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Durch Implementierung des "Green
- 1399 Deal" wird eine milliardenschwere Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zu
- 1400 Deindustrialisierung und Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und
- 1401 Landwirtschaft. Dabei wird das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands weiter
- 1402 unterlaufen. Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und
- 1403 marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und
- 1404 leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, landwirtschaftliche Nutztierhalter und
- 1405 Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit
- 1406 mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn geschehen. Die Gemeinsamen
- 1407 Agrarpolitik (GAP)lehnen wir aus diesem Grund auch ab.
- 1408 Die AfD wird den Landwirten wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit
- 1409 zurückgeben. Wir setzen uns für faire Erzeugerpreise und eine bessere Marktstellung u.a.
- 1410 durch Direktvermarktung ein. Die völlig aus dem Ruder gelaufene Bürokratie und
- 1411 Überregulierung fahren wir Schritt für Schritt zurück, um die bäuerlichen Betriebe
- 1412 umfangreich zu entlasten.

1431

Ländlicher Raum und Familienbetriebe

- 1414 Die verschiedenen Sparten der Flächenbewirtschaftung – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau,
- Forstwirtschaft, Gartenbau und Imkerei tragen zur Pflege der Kulturlandschaft, der 1415
- Schaffung regionaler Arbeitsplätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit 1416
- hochwertigen Lebensmitteln in Deutschland. Wir 1417 setzen uns für einen
- realitätsbezogenen Bildungsansatz in den "Grünen Berufen" ein. Bevor agrarpolitische 1418
- 1419 Maßnahmen eingeführt werden, muss geprüft werden, wie sie sich auf das Einkommen
- 1420 der Bauern auswirken und welchen ökologischen Nutzen sie erbringen. Wir setzen auf
- Anreize statt Verbote. 1421
- 1422 Die Agrarförderung muss die Leistungen von Familienbetrieben und Genossenschaften
- 1423 berücksichtigen sowie die Hofnachfolge vereinfachen. Die Landwirtschaft ist zu
- 1424 entbürokratisieren, um die Bauern zu entlasten. Weder deutsche noch EU-Behörden
- sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen, wie etwa bei der Wahl der Fruchtfolge. 1425
- Um unsere vielfältigen Agrarstrukturen zu erhalten, werden wir Junglandwirte 1426
- besserstellen, die ihre Agrarflächen selbst bewirtschaften. Wir werden Existenzgründer 1427
- steuerlich entlasten. Flankierend dazu stellen wir uns gegen die Abnahme der 1428
- 1429 landwirtschaftlichen Nutzfläche und werden außerlandwirtschaftlichen Investoren den
- Zugang zum Bodenmarkt erschweren. 1430

Verbraucherschutz

- Die Verbraucher müssen den zunehmend global agierenden Unternehmen auf 1432
- Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und 1433
- Sachgütern fehlen den Verbrauchern jedoch wesentliche Informationen über 1434
- Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine 1435
- 1436 informierte Kaufentscheidung treffen zu können.
- Die AfD unterstützt das Leitbild des mündigen Bürgers. Er soll in seinem Konsumverhalten 1437
- nicht staatlich bevormundet werden. Deshalb lehnen wir jede Form der gesonderten 1438
- 1439 Lebensmittelbesteuerung ab, wie z.B. eine Fleisch- oder Zuckersteuer. Dazu gehört die
- Aufklärung über gesundheitliche Risiken modischer Ernährungsformen und die 1440
- Bewahrung unserer traditionellen Esskultur in öffentlichen Einrichtungen. Wir schätzen 1441
- regionale und saisonale Lebensmittel aus Deutschland. Sie sichern unseren 1442
- produzierenden und verarbeitenden Betrieben ein hinreichendes Einkommen bei 1443
- zugleich hohen Standards im Tier- und Umweltschutz. Die Versorgung der eigenen 1444
- 1445 Bevölkerung sowie die Wirtschaftlichkeit heimischer Lebensmittelproduktion muss
- gewährleistet bleiben. 1446
- 1447 Wir fordern ein effizientes Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittelsicherheit.
- 1448 Bei begründetem Verdacht auf schädliche Produkte, Lebensmittelgifte oder Tierseuchen
- setzen wir uns für eine schnelle punktuelle Intervention ein. Ferner werden wir die 1449
- Kennzeichnung von Produkten mit einer klaren Deklaration über Inhalt und Gewicht mit 1450
- Bezug zum Verkaufspreis umsetzen, um Verbrauchertäuschung zu verhindern. So wird es 1451
- 1452 keine verdeckte Beimischung von Insekten in Lebensmitteln geben, sondern diese wird
- deutlich gekennzeichnet. Generell treten wir dafür ein, dass die EU-Insektenfreigabe 1453
- rückgängig gemacht wird. 1454

Düngung, Pflanzenschutz und Gentechnik

- 1456 Die derzeitigen Düngeregeln verursachen erhebliche Ertrags- und Qualitätseinbußen
- 1457 sowie massive ökologische Probleme, darunter der Verlust von Bodenfruchtbarkeit und
- 1458 Humus. Die AfD wird deshalb, die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung von
- 1459 Kulturpflanzen nach guter fachlicher Praxis wieder ermöglichen und den
- bürokratischen Aufwand auf das absolut notwendige Minimum beschränken.
- 1461 Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist ein wichtiger Faktor der
- 1462 landwirtschaftlichen Produktion. Für unsere Landwirte muss dabei die Nutzung und der
- 1463 Handel von alten Kultursorten möglich sein, um die Sortenvielfalt für den Verbraucher zu
- 1464 erhöhen.

1455

- 1465 In der Forschung sind weitere Fortschritte bei neuen genomischen Techniken (CRISPR)
- 1466 wichtig, deshalb unterstützen wir dahingehende Bemühungen. Jedoch sollte der Einsatz
- 1467 von Gentechnik in der landwirtschaftlichen Praxis streng überwacht und stets auf seinen
- 1468 tatsächlichen Nutzen überprüft werden.

1469 Tierschutz und Tierwohl

- 1470 Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland. Die AfD steht dabei für Tierschutz im
- 1471 Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Wir werden in der
- 1472 Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern.
- 1473 Eine regionale, wohnortnahe Nutztierhaltung reduziert den Bedarf an Tiertransporten.
- 1474 Wir setzen uns für den Erhalt regionaler Schlachthöfe und die Möglichkeit mobiler
- 1475 Schlachtung durch Weideschuss ein. Im Sinne des Tierwohls ist ein Transport von sechs
- 1476 Stunden nicht zu überschreiten. Zu Zwecken der Züchtung muss der Transport von
- 1477 Lebendtieren zu definierten Bedingungen unter strikter veterinärmedizinischer
- 1478 Kontrolle durch zertifizierte Unternehmen möglich sein.
- 1479 Die sich in artgerechter Haltung entwickelnden robusten und gesunden
- 1480 Nutztierbestände tragen durch eine Verminderung des erforderlichen
- 1481 Antibiotikaeinsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung bei.
- 1482 Die Schlachtung nach religiösen Ritualen (Schächten) ist nur nach ausreichender
- 1483 Betäubung zu gestatten. Die Dauer der Betäubung muss für den gesamten
- 1484 Schlachtvorgang gewährleistet sein. Der deutsche Standard für Schlachtbetriebe muss
- 1485 auch bei Importware Anwendung finden.

1486 Klima

- 1487 Klimawandel gab es zu allen Zeiten. Er ist ein komplexes Phänomen, verursacht durch
- 1488 eine Vielzahl von Faktoren. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an diesem ist
- 1489 wissenschaftlich ungeklärt. Darauf lässt sich keine tausende Milliarden Euro kostende
- 1490 sogenannte Energiewende aufbauen.
- 1491 Es gibt daher auch keinen Grund, die notwendige und sinnvolle Nutzung fossiler
- 1492 Energien (also Kohle, Erdgas, Erdöl) zu beschränken oder gar zu verbieten (z.B.
- 1493 Verbrenner-Verbot).
- 1494 Der angebliche wissenschaftliche Konsens des "menschgemachten Klimawandels" war
- 1495 schon bisher politisch konstruiert. Er fällt mit der jüngst veröffentlichten Ablehnung
- 1496 einer behaupteten "Klimakrise" durch rund 2000 Fachexperten, darunter zwei

- 1497 Nobelpreisträger, komplett in sich zusammen (World Climate Declaration,
- 1498 https://clintel.org). Die Vorhersagen des IPCC basieren auf unzureichenden Modellen. Die
- 1499 Warnungen der sogenannten "Klimawissenschaft" hat sich von der in den 1970er Jahren
- prognostizierten Eiszeit zu einer aktuell behaupteten "Erderhitzung" komplett gedreht.
- 1501 Die tatsächlichen Beobachtungen der vergangenen 30 Jahre blieben weit unterhalb der
- 1502 damals prognostizierten Katastrophenszenarien.
- 1503 Im Gegenteil erweist sich CO₂ als Treiber eines verstärkten globalen Pflanzenwachstums
- 1504 und begünstigt damit die Welternährung.
- 1505 Ein sich natürlich wandelndes Klima ist hingegen klar belegt, ebenso wie die
- 1506 Anpassungsfähigkeit des Menschen daran eine geschichtliche Tatsache ist. Gerade
- 1507 Warmperioden waren dabei meist Blütezeiten von Kulturen.
- 1508 Selbst die Häufigkeit von Extremwetterereignissen hat in den vergangenen Jahrzehnten
- 1509 nicht zugenommen, wie mittlerweile selbst das IPCC eingestehen muss.
- 1510 Die Schäden durch Extremwetterereignisse, wie beispielsweise im Ahrtal, gehen oft
- 1511 zurück auf politisches Versagen, mangelnde Instandhaltung und unzureichende
- 1512 Schutzmaßnahmen, wie fehlende Dämme und Kanalisationen. Historisch bekannte
- 1513 Überschwemmungsgebiete wurden unverantwortlich bebaut. Anstatt in die
- 1514 Infrastruktur des eigenen Landes zu investieren, wird Geld für ideologisch geprägte
- 1515 Klimaschutzprojekte wie Radwege in Peru ausgegeben, deren Umsetzung oft nicht
- 1516 überprüft wird. Ähnliches gilt für CO₂-Zertifikate und "Biodiesel" aus China. Die damit
- 1517 verbundenen Verluste in Milliardenhöhe und die daraus resultierende Korruption
- 1518 werden wir politisch und strafrechtlich aufarbeiten.
- 1519 Der Versuch, das Klima steuern zu wollen, bedroht deshalb nicht nur unseren Wohlstand
- 1520 in Deutschland, sondern lenkt auch weltweit Volksvermögen um, das für die
- 1521 Bekämpfung von Armut, Krankheit und Hunger dringend benötigt wird.
- 1522 Dass inzwischen sogar Tiere und Kinder als "Klimaschädlinge" hingestellt werden, ist ein
- 1523 lebensfeindlicher moralischer Tiefpunkt. Es wird hierbei klar, dass die derzeitige
- 1524 "Klimapolitik" gegen das Volk gerichtet ist, Angst erzeugen soll und so unsere Freiheit
- 1525 bedroht.
- 1526 Die wegen der behaupteten "Klimakatastrophe" bereits eingeleitete "Große
- 1527 Transformation" ("The Great Reset") bedroht unsere Freiheit in erschreckendem
- 1528 Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau
- 1529 vehement ab. Dazu gehört auch der "Green Deal" der EU, der die europäische Wirtschaft
- 1530 und somit unseren Wohlstand zerstört.
- 1531 Die aktuelle CO₂-zentrierte Politik zeigt aber auch jetzt schon verheerende
- 1532 Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, unsere freiheitliche Lebensweise und unseren
- 1533 Wohlstand: energieintensive Branchen wandern ab, die Automobilindustrie strauchelt
- und Arbeitsplätze fallen in beängstigendem Ausmaß weg. Diese Fehlentwicklung droht
- 1535 sich in den kommenden Jahren noch zu beschleunigen. Währenddessen sollen der
- 1536 breiten Masse wohlverdiente Annehmlichkeiten wie Urlaubsflüge und bezahlbare Autos
- 1537 genommen werden.
- 1538 Die Profiteure der derzeitigen Klimapolitik sind ausschließlich Politiker, internationale
- 1539 Konzerne mit Ihren Lobbys und politiknahe NGOs. Interessengruppen und ihre

- 1540 unterstützenden Parteien schaffen so zunehmend Tätigkeitsfelder für ihre eigene
- 1541 Klientel ohne jede Wertschöpfung.
- 1542 Die AfD lehnt daher jede Politik und jede Steuer ab, die sich auf angeblichen Klimaschutz
- 1543 beruft, denn das Klima kann der Mensch nicht schützen. Wir wollen zudem aus dem
- 1544 Pariser Klimaabkommen aussteigen.
- 1545 Die AfD wird unseren zukünftigen Generationen die Hoffnung und die Möglichkeit auf
- 1546 ein würdiges Leben in Freiheit und Wohlstand zurückbringen. Die ausufernde Plan- und
- 1547 Subventionswirtschaft der letzten Jahrzehnte werden wir in eine moderne soziale
- 1548 Marktwirtschaft zurückführen, mit der wir alle kommenden Herausforderungen
- 1549 meistern können. Es ist noch nicht zu spät, die von linksgrünen Ideologen zerstörte
- 1550 Leistungsbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten wieder herzustellen.

Umweltschutz statt Wind- und Solarausbau

- 1552 Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie
- 1553 eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar.
- 1554 Insbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten wird als Kollateralschaden
- 1555 der linksgrünen Energietransformation in Kauf genommen. Folgen daraus sind
- 1556 Bestandsrückgänge, die zum Aussterben geschützter Arten führen können. Keine andere
- 1557 Energieform fordert einen solch hohen Blutzoll in der Tierwelt wie die Windkraftindustrie.
- 1558 Die weiteren Auswirkungen durch Windkraftanlagen verursachten Bodenerosionen und
- 1559 Windschleppen sind schnellstmöglich zu erforschen. Zudem hat diese
- 1560 Energieerzeugungsart massive Auswirkungen auf den Boden- und Wasserhaushalt.
- 1561 Weitere Schädigungen unserer Natur im Namen eines vermeintlichen Klimaschutzes
- 1562 müssen unter allen Umständen verhindert werden. Deshalb lehnen wir den weiteren
- 1563 Ausbau der Windenergie ab.

1551

1569

- 1564 Den Neubau von Photovoltaikanlagen als Agro-PV auf landwirtschaftlichen Nutzflächen
- 1565 lehnen wir aufgrund ihres hohen Flächenverbrauchs ab. Zudem verstärken diese die
- 1566 Aufheizung des Mikroklimas und intensivieren den Druck auf landwirtschaftliche
- 1567 Produktionsflächen. Photovoltaikanlagen führen generell zu einer Veränderung des
- 1568 Mikroklimas und verursachen eine Temperaturerhöhung.

Jagd, Artenschutz und Fischerei

- 1570 Jagd ist gelebter Naturschutz. Die AfD unterstützt waidgerechte Jagd im Einklang mit der
- 1571 Natur. Wir stehen für den bewährten Grundsatz Wald mit Wild. Der in linksgrünen
- 1572 Kreisen vorherrschenden "Wald vor Wild"- Ideologie, die Wildarten zu Schädlingen
- 1573 degradiert, erteilen wir eine klare Absage. Denn diese steht in Widerspruch zu Tierschutz
- 1574 und Wildbiologie und damit zur waidgerechten Jagd.
- 1575 Über aktives Management werden problematische Wildtier-Bestandsgrößen zeitnah
- 1576 regional überwacht und korrigiert werden können. Wie das Beispiel Wolf zeigt, muss
- 1577 Realitätssinn Vorrang vor einer unkontrollierten Ansiedlung haben. Die Population des
- 1578 Wolfes muss als einheitlicher europäischer Bestand verstanden werden. Sie wird
- 1579 räumlich und zahlenmäßig nach schwedischem und norwegischem Vorbild
- 1580 reglementiert werden. Die AfD wird die Möglichkeit einer Bestandsregulierung und die
- 1581 Ausweisung von wolfsfreien Gebieten umsetzen.

1620

- Im Schlepptau des globalen Warenverkehrs dringen entlang der großen
 Fernhandelsstraßen und ausgehend von internationalen Häfen immer mehr
 gebietsfremde Invasoren in heimische Ökosysteme vor und stören das ökologische
 Gleichgewicht. Es zeigt sich, dass gebietsfremde Arten nicht nur negative Auswirkungen
- auf unsere hiesige Natur haben, sondern auch finanzielle und gesundheitliche Schäden
- 1587 verursachen. Wir werden größere Anstrengungen unternehmen, um die Einschleppung
- 1588 invasiver Tier- und Pflanzenarten zu verhindern und ihre Ausbreitung einzudämmen.
- 1589 Dabei müssen Prävention und Früherkennung eine noch wichtigere Rolle spielen. Eine invasive
- 1590 Eigenschaft wird als Entnahmegrund gesetzlich verankert.
- 1591 Fischerei ist ein Kulturgut. Die AfD weist alle ideologisch begründeten Einschränkungen
- der Berufsfischerei und des Angelsports zurück. Wir unterstützen die Beseitigung von
- 1593 Wettbewerbsnachteilen und stehen für eine pragmatische Fangmengenfestlegung. Ein
- 1594 Verbot der Stellnetzfischerei in der Ostsee, die Ausweitung der Naturschutz-Kernzonen
- 1595 und die Bindung der Fangquote an den Kutter lehnen wir ab. Kleinere Fischereibetriebe
- 1596 dürfen nicht in den Ruin getrieben und auch das Hobbyangeln wird nicht stärker
- 1597 reglementiert werden. Wir setzen uns für echte Nachhaltigkeit in enger Abstimmung mit
- 1598 unseren heimischen Fischern und Anglern ein. Dies geschieht selbstverständlich im
- 1599 Sinne des Naturschutzes, um die Ressourcen langfristig zu erhalten.

Waldpflege und Forstwirtschaft

- 1601 Über ein Drittel der Gesamtfläche unseres Landes ist bewaldet. Um einen gesunden Wald
- mit Wild zu erhalten, braucht es waldbauliche Maßnahmen im Einklang mit Ökonomie,
- 1603 Ökologie und Naherholung., Die AfD setzt sich für eine Förderung des Baumaterials und
- 1604 Energieträgers Holz ein, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder
- 1605 zu erreichen. Wir werden den Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation
- 1606 in der Forstwirtschaft umsetzen.
- 1607 Unstrittig ist der Nutzen des Waldes als Wasserspeicher, Lieferant natürlicher Baustoffe
- 1608 und von Holz als Energieträger. Dabei muss die nachhaltige Bewirtschaftung über
- 1609 Generationen hinweg das unverrückbare Ziel sein. Die weitere Stilllegung
- 1610 forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnen
- 1611 wir ab. Deutschland benötigt aufgrund seiner dichten Besiedlung eine vernunftorientierte
- 1612 Interessenabwägung bei der Waldnutzung. Für den Erhalt des Waldes ist eine
- 1613 professionelle Bewirtschaftung unabdingbar. In diesem Zusammenhang steht die AfD für
- 1614 den nachhaltigen Waldumbau.
- 1615 Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit
- 1616 selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss
- 1617 schnellstmöglich beendet werden., Wir lehnen die Abholzung des Kulturgutes Wald für
- 1618 Windkraftanlagen entschieden ab, um die wildlebenden Arten zu schützen und unseren
- 1619 Kindern eine intakte Natur zu übergeben.

Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung

- 1621 Der Gewässerschutz gehört nicht in die Hände der EU, sondern nach Deutschland und in
- 1622 die einzelnen Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit
- 1623 Vertretern von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich effektiver
- 1624 den Gewässerschutz sicherstellen.

1625 Die AfD befürwortet die regionale Wasserversorgung durch Kommunen und 1626 Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Leitungsnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den 1627 Händen der Bürger verbleiben. In diesem Zusammenhang lehnen wir die Einführung 1628 weiterer Steuern und Abgaben für Wasserentnahmen ab. 1629 Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts ist unter allen 1630 Umständen zu verhindern. Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der 1631 Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, darf es nicht geben. Brunnen 1632 privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon 1633 1634 ausgenommen.

1625	Zeit für S	licherl	<u> 1eit</u>
1635	Zcitiui 5		ICIC

1636	Außere Sicherheit
1637	Außenpolitik muss Realpolitik in deutschem Interesse sein
1638 1639	Voraussetzung deutscher Außenpolitik ist ein souveränes Deutschland, das Freiheit Recht und Wohlstand sowie Sicherheit seiner Bürger garantiert.
1640 1641 1642	Die "wertebasierte" Außenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Welt nicht sicheren gemacht und konnte den Ausbruch des größten Krieges in Europa seit 1945 nicht verhindern.
1643 1644	Die Alternative für Deutschland versteht sich als Partei, in der Diplomatie und friedliche Konfliktbewältigung vorrangig sind.
1645 1646	Wir stehen für ein Europa der Vaterländer und lehnen die zentralistischen Bestrebunger der Europäischen Union (EU) entschieden ab.
1647 1648 1649 1650 1651	Dieser Bund europäischer Nationen, den wir als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die weitgehende Souveränität seiner Mitgliedsstaaten nach innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen Richtschnur deutscher Außenpolitik müssen wieder realpolitische Erfordernisse statt wirklichkeitsfremder Ideologien sein.
1652 1653 1654	Die Vergemeinschaftung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (Hoher Vertreter GASP / EU Verteidigungs-Kommissar) lehnt die AfD ab.
1655 1656 1657	Die AfD bekennt sich zu den Grundsätzen des Völkerrechtes, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen (UN). Die AfD stimmt im Geiste des Vertrages von Helsinki dafür dass sich kein Land in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischen darf.
1658 1659 1660	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht durch die Agender zwischenstaatlicher Organisationen, von Nichtregierungs-Organisationen (NGO) und durch den Machtzuwachs global agierender Konzerne ausgehöhlt werden.
1661 1662	Wir fordern, dass in Deutschland tätige ausländische NGOs ihre Finanzierungsqueller offenlegen.
1663 1664 1665	Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit auf Basis legitimer Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten. Eine Osterweiterung der EU und der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) lehnen wir ab.
1666 1667 1668 1669	Die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung. Deutschland darf dabei nicht zum Objekt fremder Interessen werden. Gemeinsam mit unserer europäischen Partnern wollen wir eine künftige stabile Friedensordnung gestalten und gewährleisten. Wir müssen unsere Souveränität ausbauen, unsere nationalen

Interessen selbstbewusst formulieren und diese stringent verfolgen.

- 1671 Die AfD unterstützt das sicherheitspolitische Konzept einer strategischen Autonomie
- 1672 Europas und seiner Ausprägung zu einem eigenen Machtzentrum in der sich
- 1673 verändernden Weltordnung.
- 1674 Eine stabile Friedensordnung in Europa und der Welt sichert auch die lebenswichtigen
- 1675 Außenhandelsbeziehungen und den Primärenergiebedarf für Deutschland. Wir
- 1676 verfolgen daher ein interessengeleitetes Verhältnis mit den großen Mächten der Welt,
- 1677 mit China und den USA, genauso wie mit der Russischen Föderation.
- 1678 Bis zum Aufbau eines unabhängigen und handlungsfähigen europäischen
- 1679 Militärbündnisses bleiben die Mitgliedschaft in der NATO sowie eine aktive Rolle
- 1680 Deutschlands in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
- 1681 zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.

1682 Verteidigungspolitik - Wiederherstellung der Wehrfähigkeit

1683 **Deutschlands**

- 1684 Die deutschen Streitkräfte sind nicht verteidigungsfähig. Mit der im Februar 2022
- ausgerufenen "Zeitenwende" wurde das auch von der Bundesregierung anerkannt.
- 1686 Trotzdem bleiben die erforderlichen Maßnahmen für den Wiederaufbau der
- 1687 Bundeswehr aus. Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung über Jahrzehnte sowie
- 1688 der fortlaufenden Abgabe von einsatzfähigem Material und Waffensystemen aus
- 1689 Beständen der Bundeswehr an die Ukraine und der Dauerbelastung der Truppe durch die
- 1690 Ausbildung von ukrainischen Soldaten, befinden sich die deutschen Streitkräfte in einem
- desolaten Zustand. Es fehlt an Personal und einsatzfähiger Ausrüstung.
- 1692 Damit dem Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung wieder Rechnung
- 1693 getragen werden kann, muss unsere Bundeswehr nicht nur finanziell gut ausgestattet
- 1694 sein, sondern muss ihr auch die Einsatzbereitschaft insbesondere bei Material und
- 1695 Personal zurückgegeben werden.
- 1696 Um Loyalitätskonflikte zu vermeiden, soll der Dienst in den Streitkräften ausschließlich
- 1697 deutschen Staatsbürgern vorbehalten bleiben.
- 1698 Privatisierungen und Zentralisierungen dürfen nur noch dort Anwendung finden, wo sie
- 1699 nachweisbar notwendig sind, um die Einsatzfähigkeit der Truppe zu erhöhen. Die
- 1700 Verantwortung muss zurück in die Hände der Inspekteure und Kommandeure, die für
- die Auftragserfüllung verantwortlich sind, gegeben werden.
- 1702 Die AfD fordert den Ausbau einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen
- 1703 Industrie in Deutschland.
- 1704 Den neuen hybriden Bedrohungen und den Cyberattacken staatlicher und nicht-
- 1705 staatlicher Akteure muss durch eine massive Stärkung der Bundeswehr auf diesem
- 1706 Gebiet Rechnung getragen werden. Wir fordern auch den Aufbau von offensiven Cyber-
- 1707 Fähigkeiten, um potenzielle Gegner von Angriffen auf kritische Infrastruktur
- 1708 abzuschrecken.
- 1709 Neben der Stärkung der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft muss die
- 1710 Bundeswehr auch ideell revitalisiert werden. Motivation und Bindung unserer Soldaten
- 1711 zu Deutschland entscheiden im Verteidigungsfall maßgeblich über Sieg und Niederlage.
- 1712 Die Bundeswehr soll deshalb wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und

- 1713 deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft
- 1714 und Tapferkeit. Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen
- 1715 Militärgeschichte leben. Diese helfen soldatische Haltung und Tugenden auch in der
- 1716 Öffentlichkeit zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon.

1717 Zivilschutz in Deutschland ausbauen

- 1718 Mit Ende des Kalten Krieges wurden Zivilschutzmaßnahmen in Deutschland sukzessive
- 1719 abgebaut, so dass der Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfalle nicht mehr
- 1720 gewährleistet ist. Einsatz- und betriebsbereite Schutzräume stehen nicht ausreichend
- 1721 zur Verfügung. Hier fordern wir daher den Auf- und Ausbau einer einsatzbereiten
- 1722 Infrastruktur für die zivile Bevölkerung.

Deutschland in Europa und der Welt

- 1724 Wir begrüßen die Entwicklung hin zu einer multipolaren Welt, wollen dabei ihre Chancen
- 1725 nutzen sowie ihre Risiken minimieren.
- 1726 Die Vereinten Nationen sind so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in
- 1727 der Welt Rechnung getragen wird.
- 1728 Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat sowie die
- 1729 Streichung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel aus der Charta der
- 1730 Vereinten Nationen an und wollen den UN-Migrationspakt (Global Compact for
- 1731 Migration) sowie den UN-Flüchtlingspakt (Global Compact on Refugees) aufkündigen.

1732 Eine neue Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent

- 1733 Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit
- 1734 aller europäischen Staaten, deren legitime Sicherheitsinteressen dabei zu
- 1735 berücksichtigen sind.
- 1736 Die Rolle der OSZE bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner
- 1737 Peripherie muss weiterentwickelt werden. Alle Möglichkeiten zum Dialog müssen
- 1738 genutzt werden. Es darf keinen neuen "Eisernen Vorhang" in Europa geben.
- 1739 Wir setzen uns für die Stärkung und Erweiterung der Kontrollmechanismen in der
- 1740 nuklearen und konventionellen Rüstung ein sowie für die Neuverhandlung ausgesetzter
- 1741 Verträge (INF, START, ABM, MBFR u.a.).
- 1742 Reparationsforderungen, wie etwa von Polen und Griechenland vorgetragen, lehnen wir
- ab, weil diese Fragen völkerrechtlich bereits abschließend geklärt sind. Die in Europa
- 1744 entstandene Rechts- und Friedensordnung darf nicht durch inakzeptable Forderungen
- 1745 infrage gestellt werden.

1746 Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten

- 1747 **USA**
- 1748 Gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (USA) sind für Deutschland und Europa
- 1749 von wesentlicher Bedeutung, insbesondere die der wirtschaftlichen, technologischen
- 1750 und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.
- 1751 Die geopolitischen und ökonomischen Interessen der USA unterscheiden sich in
- 1752 zunehmendem Maße von denen Deutschlands und anderer europäischer Staaten. Ein

- 1753 Beispiel dafür ist die Energieversorgung, so etwa der massive Versuch der USA, die
- 1754 Inbetriebnahme der Nord Stream-Ferngasleitung zu verhindern. Deutschland darf sich
- 1755 nicht durch weichenstellende Entscheidungen der USA gegenüber anderen Mächten in
- 1756 Konflikte hineinziehen lassen.
- 1757 Wir lehnen die geplante Stationierung von weitreichenden US-Waffensystemen
- 1758 (Marschflugkörpern, Drohnen und Raketen) in Deutschland ab.
- 1759 Russland
- 1760 Russland war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer
- 1761 erschwinglichen Energieversorgung, die aufgrund unserer energieintensiven Industrie
- die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Zur Wiederherstellung des
- 1763 ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der
- 1764 Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord Stream-
- 1765 Leitungen.
- 1766 Die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen Wirtschaftsunion sollen ausgebaut
- 1767 werden.
- 1768 Ukraine
- 1769 Der Krieg in der Ukraine hat die europäische Friedensordnung aus den Angeln gehoben.
- 1770 Die Zukunft der Ukraine sehen wir als neutralen Staat außerhalb von NATO und EU.
- 1771 Europäischer Nachbarraum
- 1772 Die Türkei gehört kulturell zwar nicht zu Europa, ist aber für uns ein wichtiger
- 1773 strategischer und wirtschaftlicher Partner.
- 1774 Die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten mittels ideologischer oder
- 1775 finanzieller Förderung islamistischer und nationalistischer Gruppen aus dem Ausland
- 1776 lehnen wir ab.
- 1777 Der Weg zum Frieden im Nahen Osten führt nicht über Terror, Krieg oder internationale
- 1778 Einmischung, sondern über vertrauensbildende Maßnahmen. Ziel ist ein gerechter
- 1779 Frieden, der auf Völkerrecht, Gleichberechtigung und gegenseitiger Anerkennung
- 1780 beruht.
- 1781 Unsere primären Interessen sind die Verhinderung neuer Massenmigration und eines
- 1782 kriegerischen Flächenbrands im Nahen Osten.
- 1783 **China**
- 1784 Das Verhältnis zur Volksrepublik China muss sich an den realpolitischen Interessen
- 1785 Deutschlands orientieren.
- 1786 Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte zu China wollen wir
- 1787 ausbauen. China ist als Handelspartner für Deutschland von herausragender Bedeutung,
- 1788 als Wettbewerber und Partner zugleich.
- 1789 Die Beziehungen weiter zu fördern, liegt in unserem Interesse, allerdings nur unter
- 1790 strikter Einhaltung von Gleichberechtigung und Fairness im Wettbewerb und unter
- 1791 Schutz vor Abschöpfung und Ausverkauf deutscher Technologie.

- 1792 Die chinesische Führung hat ein weltweites Infrastrukturprojekt begonnen, das als
- 1793 "Neue Seidenstraße" bekannt geworden ist und der Stärkung des chinesischen
- 1794 Einflusses in der Welt dient. Soweit sich hieraus Chancen für die deutsche Wirtschaft
- 1795 ergeben, wollen wir diese nutzen.
- 1796 Jegliche Entwicklungshilfe an China ist mit sofortiger Wirkung einzustellen.

1797 Handelspolitik – Deutschland muss wirtschaftliche Stärken

- 1798 ausbauen
- 1799 Die Weltwirtschaft befindet sich heute im Spannungsfeld zwischen einem weiteren
- 1800 Ausbau der globalen Verflechtungen und ihrer maßvollen Rückführung in dezentrale,
- 1801 regional fokussierte Wertschöpfungsstrukturen.
- 1802 Die deutsche Außenhandelspolitik muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu
- ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten.
- 1804 Das schließt den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein.
- 1805 Ihre Kernaufgabe ist es daher, verlässliche Handelsregeln zu erhalten und gemäß den
- 1806 Interessen unseres Landes weiterzuentwickeln. Ideologisch motivierte Alleingänge, wie
- 1807 das Lieferkettengesetz, lehnen wir ab.
- 1808 Wir unterstützen die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und fördern die
- 1809 Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten sowie regionalen Organisationen wie ASEAN
- 1810 und Mercosur.
- 1811 Wir fordern außerdem eine stärkere Kontrolle und Berücksichtigung
- 1812 gesamtwirtschaftlicher und verteidigungspolitischer Interessen Deutschlands bei der
- 1813 Übernahme deutscher Unternehmen durch ausländische Konzerne und
- 1814 Finanzinvestoren. Sicherheitsrelevante und grundversorgungsrelevante Bereiche
- 1815 müssen dabei vor Übernahmen geschützt werden.
- 1816 Entscheidungen ausländischer Gerichte und Behörden, die extraterritoriale Wirkung
- 1817 entfalten, betrachten wir als nichtig, einseitig verhängte Sanktionen gegen
- 1818 Wirtschaftsprojekte unseres Landes als völkerrechtswidrig.

1819 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands

- 1820 Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands muss es sein, Brücken zu anderen
- 1821 Völkern zu bauen, das Wissen, um die deutsche Kultur und Geschichte zu vertiefen und
- 1822 die heimische Wirtschaft sowie den Tourismus durch Herstellung und Pflege
- 1823 internationaler Kontakte zu unterstützen.
- 1824 Die deutschen Auslandssender, die Goethe-Institute und verschiedenen Kulturprojekte
- sollen ein positives Bild Deutschlands in der Welt vermitteln und für unser reiches
- 1826 kulturelles Erbe werben. Ein besseres Verständnis für unsere kulturellen Werte,
- 1827 Traditionen und Geschichte schafft Vertrauen.
- 1828 Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber den
- 1829 deutschen Minderheiten im Ausland. Deshalb muss ein Schwerpunkt unserer
- 1830 auswärtigen Kulturpolitik in der Unterstützung dieser Minderheiten bei der Bewahrung
- ihrer kulturellen und sprachlichen Identität liegen.

- 1832 Die AfD setzt sich dafür ein, dass die europäische Charta der Regional- und
- 1833 Minderheitensprachen eingehalten wird.
- 1834 In den EU-Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen Stellung
- 1835 und ihrer Verbreitung auch tatsächlich den Verfahrenssprachen Englisch und
- 1836 Französisch gleichgestellt werden.

Entwicklungspolitik neugestalten

- 1838 Die deutsche Entwicklungspolitik ist gescheitert. Die AfD fordert eine
- 1839 Entwicklungspolitik, welche deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen
- 1840 Rechnung trägt. Insbesondere ist die Gewährung von Entwicklungshilfe ausnahmslos an
- 1841 die Bereitschaft der Partnerländer zur Rücknahme ihrer aus Deutschland
- 1842 ausreisepflichtigen Staatsbürger und ihre schnelle und wirksame Kooperation bei der
- 1843 Feststellung der Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit zu knüpfen.
- 1844 Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein und keine Unterstützung von korrupten Systemen.
- 1845 Eine lückenlose Kontrolle über die Verwendung der bereitgestellten Mittel ist die
- 1846 Grundlage jeder Entwicklungszusammenarbeit. Wir fordern eine Stärkung der
- 1847 Sachleistungen (zum Beispiel Ausbildungshilfen vor Ort, Infrastrukturprojekte) und
- 1848 einen Abbau von Finanzleistungen.
- 1849 Die Förderung von fragwürdigen gender- und WOKE-ideologiebasierten
- 1850 Entwicklungsprojekten ist zu beenden.
- 1851 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Entwicklungshilfepolitik der EU auf die
- 1852 Ebene der Mitgliedsstaaten zurückgeführt wird, um die Eigeninteressen der
- 1853 Nationalstaaten besser zu vertreten.
- 1854 Entwicklungshilfe an China und Indien, oder an Atommächte wie z.B. Pakistan, ist zu
- 1855 streichen.

1837

- 1856 Generell sehen wir aufgrund der außerordentlich schwierigen Haushaltslage die
- 1857 Notwendigkeit, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu reduzieren.

1885

Asyl-und Migrationspolitik

- In den vergangenen Jahrzehnten wurden die politischen Rahmenbedingungen in 1859 Deutschland so ausgestaltet, dass das Land zum Hauptanziehungspunkt insbesondere 1860 für Armutsmigranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geworden ist. 1861 Zusätzlich entfalten deutsche Sozialsysteme eine enorme Sogwirkung und setzen 1862 gewaltige Migrationsströme in Bewegung. In Verbindung mit der unverantwortlichen 1863 Politik der offenen Grenzen, die die unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung noch 1864 befeuert, sendet die Bundesregierung damit den Interessen unseres Landes völlig 1865 1866 entgegengesetzte Signale aus. Die Folgen davon sind ungesteuertes Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigende 1867 1868 Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes.
- Während einige unserer europäischen Nachbarn das Problem erkannt und wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen haben, die Massenzuwanderung auf ein absolutes Minimum zu reduzieren, bleiben deutsche Politiker weiter untätig. Statt das Asylrecht zu reformieren, hat sich die Regierung die Legalisierung der illegalen Einwanderung auf die Fahnen geschrieben.
- Eine existentielle Frage wie die Zuwanderung, muss in freier Selbstbestimmung auf nationaler Ebene entschieden werden. Das bedeutet, allein Deutschland entscheidet, wer nach Deutschland kommen darf. Kontrollen und damit verbundene Zurückweisungen an der Grenze müssen als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden.
- Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und die Staatsgrenzen wieder kontrollieren. Die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU bleiben davon unberührt. Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist. Alle in den letzten Jahren angestoßenen migrationspolitischen Regelungen, die nicht im Interesse Deutschlands liegen, werden zurückgenommen. Wer kein Bleiberecht besitzt und sich illegal in Deutschland aufhält, wird abgeschoben.

Zuwanderung wieder national regeln

- 1886 Deutsches Recht schließt die Einreise zum Zweck der Asylgewährung aus, sofern 1887 Antragsteller aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Entgegen dieser Rechtslage 1888 werden solche Einreisen seit Jahren jedoch geduldet. Dublin-Rücküberstellungen ins zuständige EU-Ersteinreiseland scheitern meist an der Unwilligkeit dieser EU-1889 Mitgliedstaaten. In der Realität bleibt deshalb fast jeder auch illegal eingereiste 1890 Asylbewerber dauerhaft hier. Dieser Zustand ist untragbar. Der Verweis auf eine 1891 angeblich notwendige Zuständigkeitsüberprüfung für das Asylverfahren greift hierbei 1892 1893 ausdrücklich nicht, da diese auch im bereits sicheren, zuvor durchquerten EU-Nachbarstaat möglich wäre. 1894
- 1895 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz der inneren Sicherheit haben zudem Vorrang vor den europäischen Vorschriften über das 1896 1897 Asyl- und Ausländerrecht. Hinzu kommt, dass dem Verzicht auf Binnengrenzkontrollen seinerzeit nur Voraussetzung zugestimmt 1898 der Außengrenzsicherheit gewährleistet ist und alle EU-Mitgliedstaaten die Standards für 1899 die Durchführung der Asylverfahren und die Dublin-Vorschriften beachten. Zudem war 1900

- 1901 die Massenmigration in die EU seit 2015 bei Ratifizierung des EU-Vertrages 1993 nicht
- 1902 vorhersehbar.
- 1903 Somit ist die Geschäftsgrundlage der europäischen Asylregelung entfallen, weshalb sich
- 1904 für Deutschland keinerlei Verpflichtung in dieser Hinsicht mehr ergibt.
- 1905 Das "Gemeinsames europäisches Asylsystem" (GEAS) ist vollständig gescheitert, weshalb
- 1906 wir diesen Irrweg nicht weiterverfolgen werden. Stattdessen werden wir uns analog zu
- 1907 Dänemark im Rahmen eines "Opt-Outs" nicht länger an der gemeinsamen Politik der
- 1908 EU im Bereich Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz beteiligen.
- 1909 Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die
- 1910 Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen um illegale Einreisen wirksam zu
- 1911 unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen
- 1912 zu können. Dies dient auch der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Den
- 1913 Pendler-, Urlaubs- und Warenverkehr werden wir dabei weiterhin gewährleisten.
- 1914 Weiterhin werden wir folgende Maßnahmen unter Beachtung rechtstaatlicher
- 1915 Standards umsetzen:
- Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze zur Sicherstellung
- 1917 aufenthaltsbeendender Maßnahmen
- 1918 Aufkündigung von UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspakt
- Anstoßen einer Reform der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) als auch der
- 1920 Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Ziel der Anpassung an 1921 aktuelle Gegebenheiten seit 2015
- Umwandlung des individuellen Asylrechts hin zu einer institutionellen Garantie
 oder einer einfachgesetzlichen Regelung
- oder einer einfachgesetzlichen Regelung
- Der Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens wird auf
- 1925 Personen, die unmittelbar und konkret bedroht sind, beschränkt

1926 **Asylparadies Deutschland schließen**

- 1927 Deutschland trägt aufgrund seiner Regierungspolitik und ihrer gesetzlichen
- 1928 Auswirkungen seit 2015 die Hauptlast der illegalen Zuwanderung nach Europa. Die AfD
- 1929 wird diesem Missstand mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zur
- 1930 Wiederherstellung geordneter Verhältnisse begegnen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären
- 1932 Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden
- Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, egal ob im
- 1934 nationalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen
- Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan
- Aufarbeitung des "Ortskräfteskandals Afghanistan" im Rahmen eines
- 1937 parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer "europäischen Lösung", die durch
- 1939 Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen. Vielmehr muss gemäß dem
- internationalen Seerecht immer eine Ausschiffung der Betroffenen am
- 1941 nächstgelegenen Seehafen erfolgen

- Wir werden die Förderung für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer
 sofort einstellen und mit den Maghreb-Staaten Abkommen abschließen, welche die
 Verbringung von geretteten Migranten in die betreffenden Staaten sicherstellen
- Beantragung von Asyl und einem sonstigen Schutzstatus nur bei nachgewiesener
 Identität und Staatsangehörigkeit
- Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität im Asylverfahren
- 1948 Deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten
- Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung
 durch eine Verschärfung der VISA-Verfahren mit den entsprechenden Staaten
- Verlust des Schutzstatus und Wiedereinreiseverbot nach Reisen von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland
- Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär
 Schutzberechtigter
- Dauerhaftes Bleiberecht für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren,
 verbunden mit einer jährlichen Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über
 zehn Jahre
- Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und Betreuung. Eine
 Verfahrensberatung darf nur nach geltendem Recht erfolgen. Die staatliche
 Förderung von NGOs in diesem Bereich ist einzustellen
- Keine Arbeitserlaubnis außerhalb verpflichtender gemeinnütziger
 Arbeitsgelegenheiten mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber
- Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des
 Asylverfahrens
- Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wir im Rahmen
 rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen. Zum Abbau von Altfällen werden wir das
 Personal erhöhen

Ökonomische Anreize senken

1968

- Die materiellen Leistungen für Asylbewerber in Deutschland sind, wie internationale 1969 Vergleiche zeigen, zu hoch. Sie entfalten eine Anziehungswirkung und überfordern die 1970 1971 finanzielle Leistungskraft unseres Landes. Auch abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber verursachen durch ihren Aufenthalt Kosten in zweistelliger 1972 1973 Milliardenhöhe, die vom Steuer- und Beitragszahler getragen werden müssen. 1974 Asylanerkennung führt derzeit zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen 1975 Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Eigenleistung. Das ist sozial- und abgabepolitisch ungerecht. 1976
- 1977 Die AfD fordert daher zur Senkung von Anreizen und zur Wahrung der sozialen 1978 Gerechtigkeit:
- Sozialleistungen für Asylbewerber sind nach Möglichkeit als Sachleistungen zu erbringen, ansonsten durch eine Bezahlkarte, sofern die Erbringung von
 Sachleistungen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist.
- Leistungen für Ausreisepflichtige sind auf ein menschenwürdiges
 Existenzminimum abzusenken

- Zusätzlich darf die Anerkennung nicht länger den automatischen, sofortigen,
 zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des
 Wohlfahrtsstaates bedeuten.
- Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten.

Deutschland braucht eine umfassende Rückführungsoffensive

- 1989 Das deutsche Rückführungsversagen ist nicht länger hinnehmbar. Das gilt gleichsam für
- 1990 Abschiebungen ins Herkunftsland, als auch für Dublin-Rücküberstellungen ins EU-
- 1991 Ersteinreiseland. Der aktuelle Zustand ist das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit und ist
- 1992 Ausdruck des fortgesetzten, migrationspolitischen Staatsversagens.
- 1993 Rückführungsmaßnahmen werden mit Hilfe alter und neuer Bleiberechtsregelungen
- 1994 unterlaufen, der illegale Aufenthalt wird somit also verstetigt. Dem dient auch das
- 1995 vielfach genutzte Instrument der Duldung ausreisepflichtiger Personen, einer Praxis, mit
- 1996 der diese Menschen zum Teil in Form einer Kettenduldung eine sich stets verlängernde
- 1997 Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dabei ist eine Duldung grundsätzlich nur eine
- 1998 Bescheinigung über die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Keinesfalls aber
- 1999 sollte die Erteilung eine Duldung einen dauerhaften Aufenthalt begründen. Mit dem neu
- 2000 eingeführten sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht bekamen Geduldete, die mit
- 2001 Stichtag 01. Januar 2022 seit 5 Jahren in Deutschland lebten, gar die Chance innerhalb von
- 2002 18 Monaten bei Erfüllung geringster Anforderungen doch noch eine
- 2003 Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.
- 2004 Als Fazit ist festzuhalten, dass die Grundintention des Aufenthaltsrechts, die Steuerung
- 2005 und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern seit Jahren ins Gegenteil verkehrt und
- 2006 geradezu pervertiert wird. Dabei entkernen sich verfestigende Aufenthalte abgelehnter
- 2007 Asylbewerber den Sinn des eigentlichen Schutzgedankens fundamental.
- 2008 Eine AfD-geführte Bundesregierung wird dieses Staatsversagen beenden, nicht
- 2009 bleibeberechtigte und ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und zur
- 2010 Behebung der eklatanten Vollzugsdefizite in diesem Bereich folgende Maßnahmen
- 2011 umsetzen:

1988

- konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen im Sinne einer
 strikten Anwendung geltenden Rechts;
- 2015 Strikten Anwendung gertenden kecitts,
- Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen,
- 2015 insbesondere auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung und des
- 2016 Chancenaufenthaltsrechts;
- Ersatz der Duldung durch eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht
- massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer z.B. durch
- 2019 Wirtschaftssanktionen, Aussetzung der Entwicklungshilfe und den Visahebel
- 2020 Förderung der freiwilligen Rückkehr.
- Wegfall humanitärer Aufenthaltstitel nach Entfall des Fluchtgrunds
- Unverzügliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und
- 2023 Schwerkrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite
- 2024 Drittstaaten.
- Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs

- Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den
 internationalen Flughäfen.
- Abschaffung des Kirchenasyls. Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des
 Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen.
- Diesen Kurswechsel werden wir nach dem Syrien-Urteil des OVG Münster vom Juli 2021 (Urt. V. 16.07.2024, Az 14A 2847/19.a) ausdrücklich auch bei der größten seit 2014/15 eingewanderte Gruppe den Syrern vollziehen. Dem Urteil folgend besteht für Zivilpersonen in Syrien keine ernsthafte, individuelle Bedrohung ihres Lebens oder ihrer
- $2034 \quad \text{k\"{o}rperlichen Unversehrtheit infolge eines B\"{u}rgerkrieges \, mehr. \, Vor \, diesem \, Hintergrund$
- 2035 werden wir im Rahmen einer Rückführungsoffensive folgende Maßnahmen umsetzen:
- Einleitung der Rückführung von Straftätern, Gefährdern sowie aller nicht mehr
 schutzberechtigten syrischen Staatsbürger
- Einleitung von Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt 2039 anerkannte Syrer
- Aufnahme von Verhandlungen mit der syrischen Regierung, bilateral und im
 Verbund der EU-Mitgliedstaaten, über die Rückkehr von syrischen
 Staatsangehörigen
- Offensive Bewerbung der freiwilligen Rückkehr in Verbindung mit der Ausweitung
 von Bundesprogrammen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien
- 2045 Analog werden wir, wenn die Voraussetzungen vorliegen, dann auch bei Personen aus 2046 anderen Asyl-Herkunftsländern verfahren.

2047 **Integration**

- 2048 Leitgedanke bei jeder Form von Zuwanderung müssen die Integrationsfähigkeit und
- 2049 Integrationswilligkeit von Migranten sein und die Integrationsmöglichkeiten der
- 2050 Aufnahmegesellschaft und ihres Staates. Die klassischen Einwanderungsländer wie z. B.
- 2051 Kanada oder Australien handeln seit langem nach diesem Prinzip. Trotz
- 2052 millionenfachem Wanderungsdruck auf Deutschland in den zurückliegenden Jahren –
- 2053 Zuzüge seit 2010 etwa 15 Millionen, vielfach auf illegale Weise und mit illegalen Motiven -
- hat die Politik die hierdurch entstandenen und entstehenden Probleme ignoriert und
- verdrängt. Der Anteil der Unionsbürger an dieser Immigration lag bei rund 40%. Nach
- 2056 Saldierung der Einwanderungen mit den Auswanderungen im gleichen Zeitraum verbleibt immer noch ein Einwohnerzuwachs von etwa 5 Millionen Menschen.
- 2058 Integration wurde ursprünglich von den sogenannten Arbeiterverbänden gegenüber der
- 2059 Politik als Forderung nach mehr Akzeptanz und Menschlichkeit für Gastarbeiter
- 2060 aufgestellt. Doch haben sich tausende Zuwanderer seither in unserem Land erfolgreich
- 2061 integriert, ohne dass die Politik jenseits der kommunalen Ebene viel dazu beigetragen
- 2062 hätte. Angesichts der massiven Entfremdung in unseren Städten und gewachsenen
- 2063 Parallelgesellschaften muss die Integrationsfähigkeit unseres Landes erst
- 2064 wiederhergestellt werden.
- 2065 Falsche Anreize in der Sozialpolitik, die bisher nur einen geringen Beitrag zur Integration
- 2066 geleistet hat, werden wir beenden. Die Teilhabe an unserer freiheitlich demokratischen
- 2067 Gesellschaft ist an Voraussetzungen geknüpft. Dazu gehören das Erlernen der deutschen
- 2068 Sprache und das Anerkennen unserer Werte bzw. unseres Rechtsstaates.

- 2069 Leistungsbereitschaft, Anpassungswille und eine bewusste Bejahung der deutschen
- 2070 Lebensverhältnisse sind Voraussetzung, um voll akzeptiert zu werden und einen
- 2071 Mehrwert für alle zu bilden. Es bedarf daher einer radikalen Wende der deutschen
- 2072 Migrationspolitik, um weiteren Schaden von unserem Land abzuwehren und die
- 2073 vorhandenen Probleme auf ein erträgliches Maß zu vermindern.
- 2074 Die AfD fordert daher:

- Die Integrationsfähigkeit ist durch eine strikte Begrenzung des Zugangsgeschehens wieder herzustellen.
- Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Asylindustrie 2078 eingrenzen
- Aktive Beteiligung aller Migranten an einer gelingenden Integration. Dazu gehört
 der angemessene Spracherwerb, mindestens auf B 2 Niveau, in angemessener Zeit,
 in der Regel innerhalb von 2 Jahren, in Ausnahmefällen innerhalb von 5 Jahren
- Kosten für selbstverschuldet fehlgeschlagene Integrationsmaßnahmen (z.B.
 abgebrochene Sprachkurse) sind zurückzuerstatten
- Die Akzeptanz der Grundprinzipien des Gemeinschaftslebens in Deutschland,
 welche sich in ihrem rechtlichen Kern aus der Verfassung des Landes und seiner
 darauf aufbauenden Rechtsordnung ergeben.

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verschenkt werden

- 2088 Die AfD wird die immer laxeren Voraussetzungen zur Erlangung der deutschen
- 2089 Staatsangehörigkeit umkehren und stattdessen zu dem Rechtszustand zurückkehren,
- 2090 wie er bis 1990 bestanden hat, also dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch
- 2091 Geburt als Kind zumindest eines deutschen Elternteils sowie als
- 2092 Ermessensentscheidung im Interesse des Gemeinwesens.
- 2093 Folgende Maßnahmen sind im Zuge dessen erforderlich:
- Bei der Ermessenseinbürgerung muss die einbürgernde Behörde im Rahmen von
 Einzelfallentscheidungen davon geleitet sein, dass nur solche Einbürgerungen
 vorzunehmen sind, durch die das Gemeinwesen durch Hinzufügung eines loyalen
 Neubürgers gestärkt wird.
- Mehrfache Staatsangehörigkeiten, abgesehen von begründeten Ausnahmen,
 insbesondere des gemeinsamen Unionsrechts, bergen die Gefahr von
 Loyalitätskonflikten und sind daher zukünftig wieder auszuschließen.
- Den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland für Kinder
 ausländischer Eltern werden wir ebenso wie den Einbürgerungsanspruch wegen
 längeren Aufenthalts im Inland wieder abschaffen.

Migration und Wohnungsmarkt

- 2105 Um die Wohnungsnot in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten insbesondere
- 2106 auch für junge Familien zu begrenzen, ist die Zuweisung von Wohnungen an
- 2107 Asylberechtigte und erst recht an Asylbewerber in diese Wohnquartiere maximal zu
- 2108 begrenzen.

2104

- 2109 Ebenso sollte in Brennpunkt-Quartiere, die bereits heute über Parallel- bzw. gar
- 2110 Gegengesellschaften von über 25 % Nicht-EU-Migranten verfügen oder unter einer
- 2111 erhöhten Kriminalität leiden, in denen die Integration folglich bereits gescheitert ist,

- 2112 keine weitere Zuweisung von Asylbewerbern oder Asylberechtigten erfolgen,
- 2113 insbesondere nicht in Form von Großunterkünften.
- 2114 Eine Aushebelung des Deutschen Baurechts durch Sonderregelungen wie z.B. im §246
- 2115 BauGB für die Errichtung von Unterkünften für zuvor meist illegal eingereiste Migranten
- 2116 lehnen wir ab.

Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte

- 2118 Wir begrüßen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, die zum Erfolg unseres Landes
- 2119 beitragen können. Das gilt für alle Berufsfelder, in denen bei uns Mangel herrscht,
- 2120 beispielsweise im Handwerk, im Gesundheitswesen, in naturwissenschaftlichen und IT-
- 2121 Berufen. Beenden werden wir dagegen den Irrweg der Vermischung von qualifizierter
- 2122 Zuwanderung auf Dauer und humanitärem Schutz auf Zeit.
- 2123 Vor jeglicher weiterer außereuropäischer Fachkräfteeinwanderung werden wir
- 2124 zunächst die heimischen Potentiale ausschöpfen. Geeignete außereuropäische
- 2125 Arbeitskräfte werden wir danach bedarfsgerecht nach strikten Kriterien auswählen.
- 2126 Folgende Maßnahmen werden wir in diesem Zusammenhang umsetzen:
- Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften muss genauso, wie die Abwanderung ganzer Unternehmen mit aller Kraft verhindert werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir Rückgewinnungsprogramme für abgewanderte Leistungsträger.
- Auch technologische Lösungen wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und
 Digitalisierung oder ökonomische Produktivitätssteigerungen sind zur Bekämpfung
 eines etwaigen Fachkräftemangels konsequent umzusetzen.
- Bei ungelernten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die 2135 bereits heute legal in Deutschland leben.
- Wir begrüßen die Aufnahme europäischer Arbeitskräfte, die insbesondere im
 Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland kommen, werden
 zugleich aber den hierbei vorhandenen Missbrauch entschieden bekämpfen.
- Für außereuropäische Fachkräfte ist das Fachkräfteeinwanderungsrecht zu reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem mit klaren Auswahlkriterien, wie z. B. Berufserfahrung, bereits bestehende Arbeitsverhältnisse bzw. vorhandene -verträge, ausreichende Sprachkenntnisse, etc. einführen und bedarfsgerecht entsprechende Branchen und Quoten festlegen.
- Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen wir das bewährte
 Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig insbesondere
 Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und
 Technik) sowie Facharbeiter ansprechen.

Innere Sicherheit

2148

- Eine der Grundvoraussetzungen für die innere Sicherheit in Deutschland sind 2149
- kontrollierbare Grenzen. Die Menschen sind seit dem Terroranschlag auf dem Berliner 2150
- 2151 Weihnachtsmarkt täglich einer Vielzahl von Messerangriffen,
- Terroranschlägen wie in Mannheim und Solingen und einer deutlich steigenden 2152
- Gewaltkriminalität wie auch Gruppenvergewaltigungen ausgesetzt. Linksradikale 2153
- Gewaltexzesse wie von der Antifa sowie zunehmende Gewaltkriminalität durch Clans, 2154
- 2155 Banden und ausländischer Mafia haben die innere Sicherheit erodieren lassen. Wir
- 2156 werden diese unhaltbaren Zustände wirksam bekämpfen.

Wirksame Bekämpfung der Kriminalität 2157

- Ausländerkriminalität: Der weitere Anstieg des Anteils von Ausländern an Gewalt-, 2158
- Sexual- und Drogendelikten wird immer deutlicher erkennbar. Zur wirksamen 2159
- Bekämpfung sind über Maßnahmen der Strafverfolgung hinaus sämtliche 2160
- 2161 ausländerrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und zu erweitern. Wir fordern daher
- die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für: 2162
- 2163 Verweigerung eines Aufenthaltsrechts für ausländische Gewalttäter und Terroristen in Deutschland 2164
- Konsequenter Vollzug der zwingenden Ausweisung verurteilter ausländischer 2165
- Straftäter sowie die Feststellung der Verpflichtung hierzu bereits im Strafurteil 2166
- 2167 Präventivhaft für ausländische Gefährder und Terroristen
- Unzulässigkeit der Einbürgerung verurteilter Straftäter 2168
- 2169 Organisierte Kriminalität: Die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte, nicht selten
- 2170 international vernetzte, planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer
- Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, untergräbt Gesellschaft und Wirtschaft in 2171
- 2172 nicht hinnehmbarem Maße.
- Clan- und Bandenkriminalität: Mittlerweile haben sich ethnisch abgeschottete 2173
- Subkulturen aus dem arabischen Kulturkreis mit eigenen Strukturen und 2174
- Wertvorstellungen in Deutschland gebildet, die in Parallelgesellschaften mit No-Go-2175
- Areas leben. Diese sowie national und international agierende Banden sind eine enorme 2176
- 2177 Herausforderung für unseren Rechtsstaat.
- 2178 Den beschriebenen Erscheinungsformen der Kriminalität ist der Kampf anzusagen; sie
- 2179 sind zu zerschlagen. Wir fordern daher:
- 2180 Erhebliche Aufstockung der Ermittlungsbehörden hinsichtlich Personal und
- Ausstattung sowie eine attraktivere Gestaltung des Berufsbildes mit Gewährleistung 2181
- 2182 hinreichenden Schutzes der ermittelnden Beamten
- durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen konsequent eingezogen 2183
- 2184 werden. Dazu fordern wir die Einführung einer gesetzlich normierten
- Nachweispflicht hinsichtlich der Herkunft von erheblichen und nicht 2185
- 2186 nachvollziehbar erworbenen Vermögenswerten bei Straftätern und deren
- 2187 Familienmitgliedern nach italienischem Vorbild

- Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine unverzügliche Abschiebung
 von ausländischen Straftätern sowie des vorherigen Einzugs von Vermögen zur
 Schadensregulierung
- Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen für den Ausschluss der gezielten
 Unterwanderung von Ermittlungsbehörden
- Unterstützung der Staatsanwaltschaften und der Gerichte in den Bundesländern zur
 Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe durch Erhöhung des Anteils
 am Steueraufkommen

2196 **Jugendstrafrecht**

- 2197 Die Anzahl jugendlicher und heranwachsender Straftäter hat in den letzten Jahren
- 2198 deutlich zugenommen; besonders auffällig sind hierbei Personen mit
- 2199 Migrationshintergrund. Vermehrt werden Kinder bei der Begehung von Straftaten
- 2200 festgestellt. Das jetzige Jugendstrafrecht wird den Anforderungen nicht mehr gerecht.
- 2201 Wir fordern daher:
- Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre
- Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts nur noch auf Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs
- Zeitnahe Inhaftierung von Personen, die als Mehrfach- und Intensivtäter eingestuft
 werden
- Regelmäßige Durchführung einer biologischen Altersfeststellung: bei Zweifeln, ob
 noch Jugendstrafrecht anzuwenden ist, bei Straftaten von erheblicher Bedeutung
 und bei Mehrfachtätern

2210 Stärkung der Polizei

- 2211 Die Polizeibeamten in Bund und Ländern gewährleisten die öffentliche Sicherheit unter
- 2212 großem persönlichen Einsatz. Dem wird die Politik mit dem bestehenden
- 2213 Personalmangel, strukturellen Unzulänglichkeiten, unzureichender Ausrüstung und
- 2214 Bewaffnung bei schlechter Bezahlung und miserabler sozialer Absicherung nicht
- 2215 gerecht. Durch die gezielte Verschärfung des Beamten- und Disziplinarrechts wurde ein
- 2216 Instrument zur politischen Beeinflussung der Beamten geschaffen.
- 2217 Wir fordern deshalb:
- Keine Leitung von Sicherheitsbehörden durch politische Beamte
- Grundsätzliche Ablehnung von Gesinnungsüberprüfungen und daraus
 resultierender Konsequenzen
- Abschaffung aller politisch installierten Polizeibeauftragten, innerbehördlichen
- 2222 Denunzierungsstellen sowie der Beweislastumkehr im Disziplinarverfahren, da
- diese allen demokratischen Grundsätzen und dem freiheitlichen Menschenbild
- 2224 zuwiderlaufen
- Streichung der Möglichkeit zur sofortigen Entlassung von Beamten aus politischen Gründen
- Bundeseinheitliche Besoldung und angemessene Vergütungen mit
- 2228 Gefährdungszulagen sowie weitere Zulagen für Überstunden und Sondereinsätze
- für Polizei und Rettungskräfte. Verbesserung von Bewaffnung und Ausrüstung

- Übernahme der Kosten für die Dienstunfähigkeits- und
- 2231 Diensthaftpflichtversicherung durch den Dienstherrn sowie Sicherstellung des
- 2232 Rechtsschutzes der Beamten in dienstlichen Angelegenheiten
- Anpassung der Hinterbliebenenversorgung in Höhe der Versorgungsansprüche des
- 2234 letzten Amtes bei Tod durch qualifizierten Dienstunfall
- Anpassung der Strafverfolgungsbefugnisse und der Fahndungsmöglichkeiten der
- 2236 Polizei an die jeweils aktuelle Kriminalitätsentwicklung

2237 Justiz, Strafvollstreckung und -vollzug verbessern

- 2238 Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine
- 2239 Stärkung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein.
- 2240 Neben der Modernisierung der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden
- 2241 Prozessordnung fordern wir die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für:
- Strafaussetzung zur Bewährung bei Haftstrafen nur nach erfolgter
- 2243 Mindestverbüßung
- Getrennte Unterbringung von Kurzzeithäftlingen und Personen, die eine
- 2245 Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, vom regulären Strafvollzug
- Aufstockung des Justizpersonals
- Schwere der Tat und deren Folgen als weiteren Haftgrund

2248 Waffenrecht überarbeiten

- 2249 Das unstrukturiert gewachsene Waffenrecht benötigt dringend eine Neufassung. Mit
- 2250 den Änderungen des Waffengesetzes aus dem Oktober 2024 werden nun alle Bürger
- 2251 kriminalisiert, die z.B. ein kleines Obst- oder Taschenmesser mitführen. Die aktionistisch
- 2252 geschaffene Rechtslage ist für Ämter, Fachleute und erst recht Bürger undurchsichtig.
- 2253 Sie führt an den eigentlichen Problemen komplett vorbei. Statt Legalwaffenbesitzer und
- 2254 Bürger unter Generalverdacht zu stellen, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein
- 2255 Riegel vorzuschieben.

2256

Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen

- 2257 Die AfD bekennt sich zum antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik
- 2258 Deutschland. Die streitbare Demokratie muss sich ihrer Feinde erwehren egal, welcher
- 2259 Herkunft sie sein mögen. Das gilt sowohl für den Rechtsextremismus als auch für den
- 2260 Linksextremismus sowie den religiösen meist islamistisch geprägten Extremismus.
- 2261 Die Bekämpfung des Linksextremismus, welcher immer wieder blanke Gewalt, Angst
- 2262 und Terror verbreitet, wird staatlicherseits momentan sträflich vernachlässigt. Diesen
- 2263 Missstand wird die AfD beenden.
- 2264 Bei Organisationen, die dem gewaltsamen Linksextremismus zuzuordnen sind, reicht
- 2265 eine mögliche Streichung der Zuwendung öffentlicher Fördermittel nicht aus. Diese
- 2266 Organisationen sind zu verbieten, ebenso wie die Verwendung derer Symbole und
- 2267 Zeichen unter Strafe zu stellen ist.
- 2268 Die sogenannte Antifa ist als terroristische Vereinigung einzustufen.
- 2269 Anschläge auf die kritische Infrastruktur (z.B. Gas, Wasser, Strom) und die Sicherheit des
- 2270 Verkehrs haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, insbesondere durch
- 2271 Aktionen der Klimaextremisten. Wir fordern eine konsequente Strafverfolgung unter

- 2272 Einschluss freiheitsentziehender Maßnahmen sowie die Erleichterung der
- 2273 Geltendmachung und Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche gegenüber den
- 2274 Verursachern.
- 2275 Vereine und Verbände, die Extremisten unterstützen, sind von staatlichen
- 2276 Mittelzuwendungen auszuschließen.

2277 Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

- 2278 Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach
- 2279 Art. 4 Grundgesetz. Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die
- 2280 Grundrechte anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der
- 2281 politische Islam stellt allerdings in seiner teils gewaltbereiten Ausprägung die größte
- 2282 Gefahr für die christlich-abendländische Kultur in Deutschland dar.
- 2283 Wenn in einer liberalen westlichen Gesellschaft vor den Gefahren, die der politische
- 2284 Islam für die innere Sicherheit mit sich bringt, die Augen verschlossen werden, dann
- 2285 werden diese Gefahren nicht kleiner, sondern regelrecht existenzbedrohend für die
- 2286 freiheitliche Gesellschaft. Dem werden wir entgegentreten.

Strafbarkeit der Forderung nach einem Kalifat

- 2288 Die von Teilen der in Deutschland lebenden Muslime auf Veranstaltungen und
- 2289 Demonstrationen erhobene öffentliche Forderung nach der Einrichtung eines Kalifats
- 2290 läuft der freiheitlich demokratischen Grundordnung diametral entgegen und ist
- 2291 verfassungsfeindlich; sie ist unter Strafe zu stellen. Hinsichtlich ausländischer
- 2292 Teilnehmer sind die gesetzlichen Voraussetzungen für aufenthaltsbeendende
- 2293 Maßnahmen zu schaffen und durchzusetzen; sie sind abzuschieben. Der Betrieb von
- 2294 sogenannten Koranschulen, die verfassungsfeindliche Inhalte lehren, ist einzustellen
- 2295 und zu verbieten.

2287

2303

- 2296 Terroristische Vereinigungen verfolgen das Ziel, mit ihren Handlungen demokratische
- 2297 und rechtsstaatliche Strukturen zu beseitigen. Wir fordern daher die Tätigkeit
- 2298 sogenannte Friedensrichter im Strafgesetzbuch als Straftatbestand einzuführen. Eine
- 2299 Betätigung dieser "Friedensrichter" ist die tatsächliche Beseitigung der Rechtsordnung.
- 2300 Als nötige Rechtsfolgen sehen wir die Beendigung von Aufenthaltstitel, gegebenenfalls
- 2301 Asylgewährungsbeendigung und die Einziehung des durch die Tätigkeit erworbenen
- 2302 Vermögens. Beauftrager werden als Anstifter gewertet.

No-go-Areas und Parallelgesellschaften

- 2304 Nicht nur in deutschen Großstädten sind mittlerweile muslimisch geprägte Stadtteile
- 2305 mit entsprechenden Parallelgesellschaften entstanden, in welchen immer weniger der
- 2306 Rechtsstaat und die Exekutive eine Rolle spielen, sondern sogenannte Friedensrichter
- 2307 auf der Grundlage der Scharia das gesellschaftliche Leben bestimmen.
- 2308 Es sind weiter die erforderlichen Mittel bereitzustellen und Maßnahmen (wie z.B. Razzien
- 2309 und Kontrollstellen) durchzuführen, damit der Rechtsstaat in den sogenannten No-go-
- 2310 Areas wieder durchgesetzt werden kann.
- 2311 Die Tätigkeit der sogenannten Friedensrichter entspricht einer Selbstjustiz und ist mit
- 2312 der Justizhoheit und dem Gewaltmonopol des Staates nicht vereinbar; sie ist unter Strafe

zu stellen. Der Friedensrichter ist kein Organ der Rechtspflege. Seine Entscheidungen dürfen keine Rechtswirkung entfalten.

Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen

2315

2341

- Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Körperschaftsstatus des
 öffentlichen Rechts zu verleihen.
- Die AfD fordert, islamistische Vereine bzw. Moscheegemeinden konsequent zu verbieten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.
- Eine Kritik des Islams ist wie jede andere Religionskritik legitimiert durch das
 2321 Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Es ist inakzeptabel, die Kritik am Islam
 2322 durch den Vorwurf der "Islamophobie" oder des sogenannten antimuslimischen
 2323 Rassismus zu unterdrücken.
- Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von juden- und israelfeindlichen
 Muslimen bedroht. Angriffe auf Juden sowie antisemitische Beleidigungen müssen
 konsequent strafrechtlich geahndet werden. Die Al-Quds-Tage in Berlin, wo
 Demonstranten die Zerstörung Israels fordern, sind dauerhaft zu verbieten.
- Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen sowie Organisationen in Deutschland durch ausländische Staaten wollen wir gesetzlich verbieten.
- In Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen,
 möglichst in deutscher Sprache predigen und in Deutschland ausgebildet sein. Sie
 müssen bei der Zulassung ein Zertifikat C1 für die deutsche Sprache des
 Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen können.
- Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen sind der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.
- Den Jobcentern sind die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich zu
 machen, um missbräuchliche Inanspruchnahme von Bürgergeld durch Zweit- oder
 Drittfrauen zu verhindern.
- Eheverträge zu güter- und unterhaltsrechtlichen Angelegenheiten sollen nur nach deutschem Recht geschlossen werden dürfen.

Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen

- 2342 Die Ehen von in Deutschland lebenden Muslimen, die auf Polygamie, Zwangsheirat und
- 2343 Kinderehen beruhen, laufen der deutschen Rechtsordnung und der öffentlichen
- 2344 Ordnung entgegen. Sie sind zu annullieren. Hierfür sind die gesetzlichen Normen zu
- 2345 schaffen, welche die Folgen einer solchen Annullierung unter den Beteiligten regeln.
- 2346 Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen
- 2347 Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

2348 Körper- und Gesichtsbedeckung

- 2349 Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland
- 2350 untersagen ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und
- 2351 der Schweiz. Das Vermummungsverbot ist diesbezüglich durchzusetzen.

Bundespolizei für nationalen Grenzschutz rüsten

- In Zeiten fast ungehinderter Migration sowie grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus kommt dem Schutz der europäischen Binnengrenzen eine existenzielle
- 2355 Bedeutung zu.
- 2356 Die Bundespolizei muss rechtlich, personell und technisch in die Lage versetzt werden,
- 2357 diese Aufgabe zu erfüllen. In personeller Hinsicht ist durch eine Verbesserung der
- 2358 Besoldung und Versorgung ein Anreiz zur Ergreifung dieses Berufes zu setzen.
- 2359 Einsatzkräfte sollten bereits mit Erreichung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand
- 2360 versetzt werden, Führungskräfte je nach Verwendung nach Dienst- und Lebensjahren
- 2361 gestaffelt. In technischer Hinsicht fordern wir den Einsatz modernster
- 2362 Fahndungstechnik sowie elektronischer Überwachungssysteme. In rechtlicher Hinsicht
- 2363 fordern wir eine Erweiterung der Befugnisse der Bundespolizei, insbesondere auch in
- 2364 Form einer Erweiterung des § 71 des AufenthG um eine generelle Zuständigkeit der
- 2365 Bundespolizei als Grenzbehörde auch außerhalb von Grenzübergangsstellen.

Zeit für Zusammenhalt

Demokratie und Rechtsstaat - Das Volk ist der Souverän

Bund und Länder haben mit ihrer Europa-, Migrations-, und Corona-Politik die 2368 Prinzipien der deutschen Verfassung und des Rechts vielfach verletzt. Selbst das 2369 Bundesverfassungsgericht musste feststellen, dass die Bundesregierung ihrer Pflicht, 2370 2371 Vertragsbrüchen und Selbstermächtigungen durch supranationale Institutionen 2372 entgegenzutreten, nicht nachkommt. Eine breite Mehrheit der Bürger vertraut nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, 2373 Islamisierung oder zur sicheren Energieversorgung tragfähige Lösungen finden werden. 2374 Die Parteien sollen an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken (Art. 21, Abs. 2375 2376 1 GG), sie aber nicht beherrschen. In unserem Land hat sich jedoch eine politische Klasse 2377 herausgebildet, die nicht nur den Umbau des Staates im Sinne ihrer linksgrünen Ideologie verfolgt, sondern gleichzeitig auch die Erhaltung ihrer Macht, ihres Status und 2378 2379 ihres materiellen Wohlergehens anstrebt. Sie zerstört die soziale und kulturelle Zukunft 2380 unseres Volkes, unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand. Instrumente der 2381 Zerstörung sind Globalisierung, Kulturrelativismus, Diversität und vermeintliche 2382 "Gendergerechtigkeit". Dazu nutzt sie die Schalthebel der staatlichen Macht, der

Für eine Sicherung der Bürgerrechte

2386 Staaten und nichtstaatliche Organisationen wirken darauf hin, auf Grundlage von

politischen Bildung und ihres informationellen und medialen Einflusses auf die

- 2387 einseitig bevorzugten naturwissenschaftlichen Theorien die Bürger- und
- 2388 Freiheitsrechte systematisch einzuschränken. Dazu zählen z.B. die
- 2389 Klimafolgenforschung, die Geschlechterforschung und die Pandemieforschung.
- 2390 Wir wollen nicht in einem Staat leben, in dem die Grundrechte der Bürger als
- 2391 Abwehrrechte gegen den Staat untergraben werden. Deswegen werden wir den
- 2392 unverhältnismäßigen Einschränkungen und der Gefährdungen unserer Freiheitsrechte
- 2393 entschlossen entgegentreten.

Bevölkerung.

2366

2367

2383

2384

2385

2394 Supranationale Organisationen und die deutsche Souveränität

- 2395 Supranationale Organisationen wie die UNO und die WHO sind zunehmend bestrebt,
- 2396 souveräne Staaten zu entmachten und auf dem Weg zu einer "Weltregierung"
- 2397 nationalstaatliche Kompetenzen einzuschränken.
- 2398 Der schon 2018 von der UNO-Generalversammlung beschlossene Migrationspakt -
- 2399 "Global Compact for safe, orderly and regular Migration" ist ein bekanntes Beispiel,
- 2400 dessen verheerende Auswirkungen für Deutschland durch weitere Förderung der
- 2401 Migration auf der Hand liegen.
- 2402 Im Jahr 2024 wurden weitere derartige Verträge vorbereitet unter den Bezeichnungen
- 2403 "Compact of the Future" und "Global Digital Compact" vom 23. September 2024, bei deren
- 2404 Ausarbeitung die Bundesregierung ebenfalls eine tragende Rolle spielte. Vorgeblich sind
- 2405 diese überstaatlichen Vereinbarungen nicht rechtlich bindend, tatsächlich werden sie

- 2406 wie geltendes Recht behandelt und räumen dem UN-Generalsekretariat
- 2407 Weisungsrechte ohne demokratische Kontrolle durch die Parlamente ein.
- 2408 Der geplante "Pandemievertrag" der WHO setzt die Reihe der Vereinbarungen zur
- 2409 Abtretung von Weisungsrechten an supranationale Einrichtungen fort.
- 2410 Die AfD lehnt diesen Weg der Eingriffe in die nationalstaatliche Souveränität
- 2411 entschieden ab und fordert eine Ablehnung bzw. Kündigung dieser Verträge.

2412 Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild

- 2413 Wir fordern Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland. Denn die
- 2414 uneingeschränkte Volkssouveränität in ihrer fast 200 Jahre bewährten Gestaltung hat
- 2415 dem eidgenössischen Bundesstaat eine fortwährende Spitzenstellung in Wohlstand,
- 2416 Frieden und Freiheit gesichert.
- 2417 Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für
- 2418 ebenso mündig wie das der Schweiz und anderer europäischen Staaten.
- 2419 Erfahrungsgemäß entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger,
- 2420 friedfertiger und gemeinwohlorientierter als Berufspolitiker. Deshalb fordert die AfD, die
- 2421 rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung der im Art. 20 Abs. 2 GG vorgesehenen
- 2422 Volksabstimmungen zu schaffen.
- 2423 Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des "EU-
- 2424 Verfassungsvertrags" durch das französische und das niederländische Volk und der
- 2425 Entscheidung der Bürger des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union
- 2426 auszutreten.
- 2427 Wesentliche Voraussetzungen für die Qualität von Volksentscheiden sind ein
- 2428 ausgeprägter und autonomer Prozess der Willensbildung, Informationspflichten, -
- 2429 rechte und eine breite gesellschaftliche Debatte.
- 2430 Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein
- 2431 bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wir wollen dem Volk das
- 2432 Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament
- 2433 beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen.
- 2434 Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per
- 2435 Volksabstimmung auch zu beschließen.
- 2436 Volksabstimmungen auf Bundesebene müssen zentraler Gegenstand jeder
- 2437 Koalitionsverhandlung sein. Der Souverän soll das Recht haben
- vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Und so unsere
- 2439 Volksvertreter zu sorgfältiger Arbeit zwingen,
- Grundgesetzänderungen und wichtigen völkerrechtlichen Verträgen zustimmen zu
- 2441 müssen und
- unter Beachtung der Grenzen des Art. 79 Abs. 3 GG Verfassungsänderungen
- einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.

2444 Grundrecht der Meinungsfreiheit – keine Zensur in der öffentlichen Debatte

- 2445 Jede Zensur von Meinungsäußerungen stellt einen Angriff auf das Grundrecht der
- 2446 Meinungsfreiheit dar. Eine Vormachtstellung in den sozialen Medien und im
- 2447 Bildungswesen darf nicht dazu genutzt werden, die politische Willensbildung einseitig zu
- 2448 beeinflussen. Als Quasi-Oligopol sollen die großen Anbieter sozialer Medien verpflichtet
- 2449 werden, die Meinungsfreiheit ihrer Nutzer zu respektieren.
- 2450 Das Internet muss als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten bleiben. Staatliche
- 2451 Zensurvorschriften und staatlich aufgezwungene Abkommen mit privaten
- 2452 Unternehmen, die Zensurmaßnahmen durchführen, werden wir umgehend abschaffen.
- 2453 Selbst ernannte "Faktenprüfer" und Meinungswächter dürfen keine staatliche
- 2454 Finanzierung erhalten.
- 2455 Wir lehnen die zunehmende Kontroll- und Verbotspolitik der Bundesregierung im
- 2456 Bereich der Medien und sozialen Netzwerke ab. Insbesondere darf es keine Zensur durch
- 2457 staatlich ernannte Berufsdenunzianten geben.
- 2458 Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische
- 2459 Werbefinanzierung übt die Regierung auch Einfluss auf private Medien aus.
- 2460 Diese parteipolitische Medienbeeinflussung lehnen wir ab. Zum Schutz der freien und
- 2461 unabhängigen Meinungsbildung wollen wir Beteiligungen von Parteien ar
- 2462 Medienunternehmen verbieten.

2463 **Gewaltenteilung gewährleisten**

- 2464 Das parteienstaatliche parlamentarische Regierungssystem hat die Gewaltenteilung
- 2465 ausgehöhlt und zu einer Verlagerung der Staatsgewalt in die Parteizentralen geführt.
- 2466 Deshalb fordern wir, dass Abgeordnete nicht gleichzeitig Mitglied einer Regierung sein
- 2467 dürfen.
- 2468 Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für
- 2469 die "politischen Beamten" in der Staatsverwaltung vom Ministerialdirektor bis zum
- 2470 Polizeipräsidenten.
- 2471 Der Bundespräsident, als höchster Repräsentant des Staates, soll direkt vom Volk
- 2472 gewählt werden.

2473 Reform des Parlamentsrechts

- 2474 Deutschland leistet sich eines der größten Parlamente der Welt. Wir streben 500
- 2475 Abgeordnete an, die je zur Hälfte über die Erst- bzw. Zweitstimme gewählt werden. Mit
- 2476 der Erststimme sind die Wahlkreiskandidaten direkt zu wählen. Mit der mehrfachen
- 2477 Zweitstimme kann der Bürger eine Partei wählen und die Reihenfolge auf deren
- 2478 Wahlvorschlagsliste ändern.
- 2479 Quotierungen der Wählerschaft nach Geschlecht oder anderen Eigenschaften lehnen wir
- 2480 als Eingriff in das Prinzip "Ein Mensch, eine Stimme" ab. Ebenso die Absenkung des
- 2481 Wahlalters unter 18.
- 2482 Einer Verlängerung der Wahlperiode stimmen wir nicht zu, weil sie die Entfremdung
- 2483 zwischen Parlament und Wählern vergrößern würde.

- 2484 Zur Stärkung des freien Mandats der Abgeordneten gegenüber ihrer Partei oder Fraktion
- 2485 treten wir für das die Ermöglichung geheimer Abstimmungen im Parlament ein.
- 2486 Zur Sicherstellung der Gleichbehandlung aller Parlamentsfaktionen tritt die AfD dafür
- 2487 ein, dass die Bestellung der Präsidien im Parlamentsbetrieb nicht durch Wahl, sondern
- 2488 durch Benennung der Fraktionen zu erfolgen hat.
- 2489 Den direkten Einfluss der politisch aktiven Nichtregierungsorganisationen und
- 2490 sogenannter Bürgerräte auf die staatliche Willensbildung lehnen wir ab.

2491 Freie Listenwahl und freies Mandat

- 2492 Das geltende Bundestagswahlrecht hat gravierende demokratische Mängel. Dem Wähler
- 2493 werden derzeit starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. Über die
- 2494 "sicheren Listenplätze" bestimmen de facto die Parteivorstände die Zusammensetzung
- 2495 des Parlaments. Mit einer demokratischeren Gestaltung des Wahlsystems will die AfD
- 2496 dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente
- 2497 zurückgeben. Deshalb treten wir für die "freie Listenwahl" ein, mit der Möglichkeit des
- 2498 Kumulierens und Streichens von Kandidaten.
- 2499 Briefwahl soll wieder begründungspflichtig auf Ausnahmefälle beschränkt werden.

2500 **Die Selbstbedienung der Parteien beenden**

- 2501 Die Parteien entscheiden auch in eigener Sache. Dazu zählen die Diäten, Fraktions- und
- 2502 Parteienfinanzierung sowie die Finanzierung von "parteinahen" Stiftungen.
- 2503 Allein diese Stiftungen haben im Jahr 2024 659 Millionen Euro erhalten. Bereits die Höhe
- 2504 dieses Betrages, der sich auf mehr als das Dreifache der jährlichen Parteienfinanzierung
- 2505 beläuft, muss Anlass sein, die Höhe der Stiftungsfinanzierung radikal zu begrenzen.
- 2506 Alle Entscheidungen in eigener Sache sind der unbeschränkten Kontrolle der
- 2507 Rechnungshöfe zu unterstellen. Öffentlichkeit ist herzustellen. Unabdingbar ist auch
- 2508 eine restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen.

2509 Kampf der Parteibuchwirtschaft

- 2510 Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt
- 2511 werden (Art. 3 Abs. 3 GG). Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig
- 2512 und loyal ihren Dienst zu verrichten. Öffentliche Ämter, Beamten- und Richterstellen
- 2513 sind ausschließlich nach "Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung" zu vergeben
- 2514 (Art. 33 Abs. 2 GG), Quotenregelungen sind abzulehnen.
- 2515 Grundsätze der fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das
- 2516 Spitzenpersonal des Staates zu gelten. Dies gilt auch für die Geschäftsführungen aller
- 2517 Unternehmen, die von der öffentlichen Hand beherrscht werden.
- 2518 "Parteibuchwirtschaft" und Ämterpatronage müssen beendet werden.

2519 Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen

- 2520 Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht
- 2521 Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig
- 2522 vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus
- 2523 sind die Folge. Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir

- 2524 eine Begrenzung der Mandatszeit für Bundeskanzler auf drei und für Abgeordnete auf
- 2525 insgesamt vier Legislaturperioden in EU-Parlament, Bundestag oder Landesparlament.

2526 **Lobbyismus kontrollieren**

- 2527 Die Beratung unserer Bundestagsabgeordneten durch Experten und Sachverständige ist
- 2528 notwendig und zulässig.
- 2529 Der Lobbyismus hat sich aber stark verändert. Er ist heute durch EU-Recht
- 2530 institutionalisiert und hat supranational neue Wege gefunden, z. B. durch private
- 2531 Spenden für die WHO. Diese Entwicklung betrachtet die AfD als inakzeptabel.

2532 Entpolitisierung der Justiz

- 2533 Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern
- 2534 und Staatsanwälten verhindern und so die Politisierung der Justiz beenden.
- 2535 Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes einen
- 2536 Justizwahlausschuss einzurichten. Wir fordern eine Besetzung nach spezieller
- 2537 Qualifikation, um so insbesondere die Verfassungsgerichte vor parteipolitischer
- 2538 Einflussnahme zu schützen.
- 2539 Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft wollen wir abschaffen und damit die
- 2540 Abhängigkeit von den Justizministerien beenden. Die Unabhängigkeit der Justiz muss
- 2541 durch eine Selbstverwaltung wiederhergestellt werden, so wie es in vielen anderen
- 2542 europäischen Ländern üblich ist.

2543

Verfassungsschutz grundsätzlich reformieren

- 2544 Der behördlich organisierte Verfassungsschutz ist zum Regierungsschutz degeneriert
- 2545 und wird in seiner jetzigen Form seinen ursprünglichen Aufgaben nicht mehr gerecht. Er
- 2546 ist grundsätzlich zu reformieren. Bis dahin ist die parlamentarische Kontrolle durch jede
- 2547 der im Parlament vertretenen Fraktionen zu gewährleisten.
- 2548 Aufgaben wie Terrorabwehr und Schutz vor Spionage bzw. Sabotage sind Aufgaben des
- 2549 Bundesnachrichtendienstes und der Polizeibehörden.

2550 Hinweisgeber (Whistleblower) schützen

- 2551 Verstöße gegen geltendes Recht durch Regierung und staatliche Einrichtungen wie in
- 2552 der Corona-"Pandemie" und der Migrationskrise haben in Deutschland mittlerweile ein
- 2553 unerträgliches Maß angenommen. Hintergründe staatlichen Handelns werden oftmals
- 2554 verschleiert, die "vierte Gewalt" versagt als Kontrollorgan, Untersuchungsausschüsse
- 2555 werden häufig verweigert. Oft bleiben nur alternative Medien und Hinweisgeber zur
- 2556 Offenlegung regierungsamtlichen Unrechts und seiner Hintergründe, beispielsweise
- 2557 wie bei den RKI-Protokollen offengelegt oder bei der Analyse des Corona-
- 2558 Krisenmanagements (BMI-Papier KM4-51000/29#2), sowie der Finanzbeamtin der
- 2559 Finanzverwaltung Hamburg im Zusammenhang mit dem Warburg-Cum-Ex-Skandal.
- 2560 Wir fordern eine Revision des Hinweisgeberschutzgesetzes vom 02. Juli 2023 mit dem
- 2561 Ziel, Fälle von Staatsversagen und regierungsamtlichem Unrecht einzubeziehen.

2562 EU: Entrechtung von Nationalstaaten und Bürgern

- 2563 Die Transformation der EU zu einem den EU-Verträgen widersprechenden
- 2564 supranationalen Bundesstaat ist in den letzten Jahren in allen Bereichen weiter
- 2565 vorangetrieben worden. Wir erleben eine von Brüssel ausgehende illegitime
- 2566 Entdemokratisierung, Zentralisierung, Überregulierung und Planwirtschaft. Die
- 2567 faktische Euro-Transferunion bricht die Verträge zur Euro-Währungsgemeinschaft.
- 2568 Deutschland ist in dieser der größte Nettozahler.
- 2569 Die Dauerkrise des Euro ist auch Folge der mangelnden Durchsetzung der
- 2570 Stabilitätskriterien im Euroraum und vertragswidriger Schuldenaufnahme. In wichtigen
- 2571 vergemeinschafteten Politikfeldern wie Gemeinschaftswährung, Migrationspolitik und
- 2572 Kohäsion der Einzelstaaten hat die EU versagt.
- 2573 Beispiele dafür sind:
- der umfassend planwirtschaftliche "Green Deal" auf Basis der CO₂-Ideologie,
- die Ukraine-Militärhilfe-Fonds inkl. der "European Peace Facility" zur
- 2576 Waffenfinanzierung sowie
- die anhaltende und durch Regierungen befeuerte Migrationskrise wodurch eine
- 2578 manifeste Bedrohung der europäischen Demokratie entsteht.
- 2579 Auch eine programmierbare Währung ist geeignet, die Bürgerrechte zu untergraben;
- 2580 daher lehnen wir den "Digitalen Euro" ab.

2581 Unser Ziel: Ein Europa der Vaterländer als Bund souveräner Staaten

- 2582 Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum
- 2583 planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der
- 2584 Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht
- 2585 verwirklichen lassen. Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen
- 2586 Union und die Gründung einer neuen europäischen Gemeinschaft für notwendig.
- 2587 Wir wollen die Europäische Union samt ihren Bürokratien und Institutionen durch eine
- 2588 Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (WIG) ersetzen, durch einen Staatenbund,
- 2589 dessen Mitglieder konstruktiv und friedlich miteinander kooperieren und auf all jenen
- 2590 Gebieten eng zusammenarbeiten, die besser gemeinsam gestaltet werden können und
- 2591 für alle Beteiligten von Vorteil sind.
- 2592 Aus unserer Sicht sind dies der gemeinsame Markt, der wirksame Schutz der
- 2593 Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung, die Erlangung strategischer Autonomie im
- 2594 sicherheitspolitischen Handeln und die Bewahrung der europäischen Kultur und ihrer
- 2595 verschiedenen Identitäten.
- 2596 Voraussetzung dafür wäre eine Anpassung der Europaartikel des Grundgesetzes auf
- 2597 Basis einer Volksabstimmung.
- 2598 Uns ist klar, dass ein harter Bruch kontraproduktiv wäre. Der Übergang in die neue WIG
- 2599 wäre darum sowohl mit den alten EU-Partnerstaaten als auch neuen Interessenten im
- 2600 Konsens zu verhandeln.
- 2601 Deshalb wollen wir wieder selbstverantwortliche und souveräne Nationalstaaten haben,
- 2602 die in Freiheit und Selbstbestimmung zusammenleben.

Familie und Demografie

2603

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie wird gem. Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz 2604 vom Staat geschützt und muss gefördert werden. Eine intakte Familie bietet vor allem 2605 den Kindern einen geschützten Raum der Liebe und Geborgenheit. Sie ist ein fester 2606 Anker in den Stationen des Lebens, von der Geburt an über die Schulzeit, das Berufsleben, 2607 2608 die Gründung einer eigenen Familie bis hin zum Ruhestand und Lebensende. Es ist dabei unerheblich, ob das Zusammenleben zwei oder mehr Generationen umfasst, die sich 2609 2610 gegenseitig unterstützen und fördern. In einer unsteten Zeit und einer auseinanderbrechenden Gesellschaft bedeutet Familie, einen festen Anlaufpunkt, also 2611 2612 ein Zuhause zu haben. Aus Sicht der AfD steht die Familie deshalb für Geborgenheit, 2613 Vertrauen, gegenseitige Fürsorge, Schutz und Rückhalt. Eine Familie ist der Ort, um 2614 Freude zu teilen, Trost zu finden, Kraft zu tanken sowie Liebe zu empfangen und zu geben. 2615 Die Familienpolitik der AfD ist darauf ausgerichtet, diese Art des Zusammenlebens zu ermöglichen, zu unterstützen und gezielt zu fördern.

2616

Zur Realität gehört leider auch, dass nicht jede Familie harmonisch zusammenlebt und 2617 dass Beziehungen scheitern. Die AfD unterstützt ausdrücklich auch alle, die nicht das 2618 Glück haben, in einer lebenslangen, tragfähigen Beziehung zu leben und alle, die in ihrer 2619 Familie Leid erfahren haben. Das gilt insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter 2620 2621 sowie deren Kinder, für Stieffamilien (Patchworkfamilien) sowie Pflege- und 2622 Adoptivfamilien. Auch für diese Gruppen sieht das familienpolitische Programm der AfD umfassende Unterstützungen vor. 2623

Eines der wichtigsten Ziele der AfD-Familienpolitik ist es deshalb, Rahmenbedingungen 2624 zu schaffen, unter denen Beziehungen und Familien sich gut entwickeln und 2625 Belastungen gut verkraften können. Eltern setzen sich für ihre Kinder ein: zeitlich, 2626 2627 persönlich und finanziell. Die genannten Aufgaben beanspruchen Zeit, weshalb idealerweise Vater oder Mutter zumindest in der Kleinkindphase ohne finanzielle 2628 2629 Einbußen die Möglichkeit haben sollten, zu Hause zu bleiben oder nur Teilzeit zu 2630 arbeiten, wenn sie dies wünschen. Die Familienpolitik der AfD enthält entsprechende 2631 Förderprogramme und Unterstützungsleistungen, die dies ermöglichen und damit das

2632 Band der Familie stärken.

2641

2633 Kinder sichern nicht nur den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder 2634 zwischen der Folge der Generationen sind. Sie sind für die Eltern auch sinnstiftend und geben dem Leben jenseits materieller Güter eine Bedeutung. Kinder stehen sowohl für 2635 2636 eine sich stetig ändernde Zukunft als auch für die Weitergabe der eigenen Kultur, der Traditionen und der Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik 2637 2638 strebt die AfD eine Geburtensteigerung und damit die demografische Wende in 2639 Deutschland an, die nicht nur das individuelle Glück der Eltern, sondern auch unsere 2640 Kulturweitergabe sicherstellt und die Sozialsysteme stabilisiert.

Starke Familien für eine starke Gesellschaft

Familien sind heute massiven Belastungen ausgesetzt. Durch Trans-Gender-Hype, 2642 Frühsexualisierung und ein als Kinderrechte-Aufklärung getarntes Ausspielen der 2643 2644 Jugendlichen und Kinder gegen ihre Eltern wird der Zusammenhalt in den Familien 2645 gefährdet. Die Arbeit im Haushalt wird stark abgewertet und der Wert der Familien- und

- 2646 Erziehungsarbeit völlig unterschätzt. Mütter zählen in der "woken" Gesellschaft nur,
- 2647 wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihre Kinder möglichst schon im
- 2648 Babyalter in staatliche Ganztagsbetreuung geben.
- 2649 Familien sollen ein sicherer Hafen sein und müssen wieder wirtschaftlich und sozial im
- 2650 Mittelpunkt der Gesellschaft stehen. Der Staat darf nicht in die Familien hineinregieren,
- 2651 sondern muss für gute und gesunde Rahmenbedingungen sorgen.
- 2652 Forderungen der AfD:
- Kinderrechte sollen nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden, da Kinder bereits
- 2654 Träger aller Grundrechte sind. Letztlich stellen "Kinderrechte" auch
- 2655 Durchgriffsrechte des Staates gegen die Erziehungsrechte der Eltern dar. Genau
- 2656 davor soll das Grundgesetz jedoch schützen.
- Kinder sollen in der Schule zu Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt
- 2658 unterrichtet werden, um später stabile Familien gründen zu können.
- Der generationenübergreifende Zusammenhalt mit Großeltern und Urgroßeltern soll gefördert werden.

Demografische Wende für Deutschlands Zukunft

- 2662 Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des
- 2663 Niveaus zur Bestandserhaltung. Inzwischen gibt es dringenden Handlungsbedarf, weil
- 2664 damit nicht nur ein Kulturabbruch droht, sondern auch der Zusammenbruch unserer
- 2665 Sozialversicherungen. Die Ursachen für den Geburtenrückgang sind vielfältig: Mit der
- 2666 Rentenreform von 1957 wurde die Altersvorsorge endgültig von der Kinderzahl
- entkoppelt. Mit Sorge beobachten wir, dass Teile der Gesellschaft ihren Kinderwunsch zurückstellen, zugunsten von Einkommen, Karriere oder Selbstverwirklichung. Eltern,
- 2669 die für Familienarbeit ganz oder teilweise zu Hause bleiben, werden in unserer
- 2005 die für fühlmendibeit guitz duch tehweise zu fluube bieben, werden in diberer
- 2670 Gesellschaft abgewertet. Insbesondere bei doppelberufstätigen Eltern sind Arbeit und
- 2671 Familie nur schwer vereinbar. Hinzu kommen kinderbezogene Mehrkosten für
- 2672 Wohnraum, Versorgung und Ausbildung, die bei der Bemessung von Steuern und
- 2673 Sozialversicherungen nur minimal ausgeglichen werden. Gerade Familien der mittleren
- 2674 Einkommensschicht werden dadurch massiv belastet, so dass deren Geburtenrate
- 2675 erschreckend gering ist. Schließlich sind immer weniger Paare wirtschaftlich in der Lage,
- 2676 Erziehungsarbeit zu leisten. Das alles führt zu durchschnittlich kleineren Familien oder
- 2677 zu einer gewollten Kinderlosigkeit.
- 2678 Die AfD wird diesen kinderfeindlichen Faktoren mit einem positiven Familienbild und
- 2679 einer aktivierenden Familienpolitik begegnen. Zahlreiche Umfragen belegen, dass sich
- 2680 viele junge Eltern in Deutschland statt Mehrfachbelastung und Rollenkonflikten mehr
- 2681 Zeit für ihre Kinder wünschen. Darüber hinaus streben insbesondere Jugendliche eine
- 2682 stabile Ehe und mehrere Kinder an (JID24 Trendstudie Jugend in Deutschland). Die AfD
- 2683 wird ein Umfeld schaffen, in dem sich Paare diesen Wunsch ohne große
- 2684 Einschränkungen erfüllen können. Durch familienpolitische Impulse soll Paaren die
- 2685 Möglichkeit gegeben werden, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen bzw. mehr Kinder zu
- 2686 bekommen.
- Neben der finanziellen Förderung von Kindern wird auch eine zeitliche Entlastung der
- 2688 Eltern angestrebt. Länder und Kommunen sollen angeregt werden.
- 2689 Mehrgenerationenkonzepte zu fördern. Arbeitgeber sollen durch Telearbeit, flexible

- 2690 Arbeitszeiten und Betriebskindergärten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern
- 2691 Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können, so sie es wünschen.
- 2692 Familien sollten idealerweise von einem Gehalt leben können und nicht auf eine
- 2693 Doppelberufstätigkeit angewiesen sein.
- 2694 Forderungen der AfD:
- Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit soll bei der Geburt jedes Kindes eine
 Rückzahlung von 20.000 € an Rentenbeiträgen oder eine entsprechende
 Freistellung von künftigen Zahlungen erfolgen. Die spätere Leistung wird nicht gekürzt.
- Mit einem Betreuungsgehalt bis zum 3. Geburtstag sollen Eltern echte Wahlfreiheit zwischen Fremd- und Selbstbetreuung erhalten. Mehrere Studien belegen, dass sich Kinder unter drei Jahren bei ihren Eltern am wohlsten fühlen (z.B. Großstudie "The NICHD Study of Early Child Care and Youth Development", 1991 und 2007). Das Betreuungsgehalt für Eltern bzw. Großeltern soll etwa dem durchschnittlichen Nettolohn vor Geburt des ersten Kindes entsprechen.
- Eine kinderfreundliche Gesellschaft soll als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden.
- Durch soziales Marketing sollen Paare ermutigt werden, ihre Kinderwünsche zu erfüllen.
- Die AfD möchte mit dem steuerlichen Familiensplitting und einer Anhebung des
 Kinderfreibetrages insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen entlasten.
- Die Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs soll auf 7 % reduziert werden.
- Junge Paare erhalten für die Erstanschaffungen bei Familiengründung unter
 bestimmten Voraussetzungen einen Ehe-Start-Kredit. Mit jedem Kind wird ein Teil
 des Kredits erlassen.
- BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung nach erfolgreichem Abschluss erlassen werden.
- Für Studenten mit Kindern soll die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu 6 Semester verlängert werden.
- Der Wildwuchs an teilweise unsinnigen Beauftragten soll auf ein sinnvolles
 Minimum gekürzt werden. Dabei sollen Familienbeauftragte geschaffen werden.

2721 Willkommenskultur für Kinder

- Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Ohne dieses Recht kann kein
 anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Durch die Befruchtung wird
- 2724 aus der Eizelle ein menschlicher Embryo. Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes steht
- 2725 aber einem Wunsch der Mutter auf Abtreibung diametral entgegen. Beim sorgfältigen
- 2726 Abwägen der Interessen muss Abtreibung die absolute Ausnahme bleiben, z.B. bei
- 2727 kriminologischer oder medizinischer Indikation. Bei jährlich etwa 100.000 (davon nur
- 2728 3.000 aufgrund kriminologischer und medizinischer Indikation) gemeldeten 2729 Abtreibungen in Deutschland ist weder das Lebensrecht der Kinder ausreichend
- 2730 geschützt, noch kann davon ausgegangen werden, dass die Schwangeren hinreichend
- 2730 geschutzt, noch kann davon ausgegangen werden, dass die Schwangeren ninreich 2731 über schwere Abtreibungsfolgen und über Hilfsangebote aufgeklärt wurden.
- 2732 Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem
- 2733 formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung dieses

- 2734 schwerwiegenden Eingriffs. Sie muss stattdessen dem Schutz des ungeborenen Lebens
- 2735 dienen. Wie vom Bundesverfassungsgericht zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die
- 2736 Wirksamkeit der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Trotz der weiterhin extrem
- 2737 hohen Abtreibungszahlen ist das bis heute nicht erfolgt. Die Beratungspraxis wird somit
- 2738 aktuell nicht mehr durch das Grundgesetz gedeckt (Untermaßverbot lt. Az. 2 BvF 2/90).
- 2739 Die hohe Zahl der Abtreibungen zeigt, dass diese im Laufe der Jahre für viele Menschen
- 2740 zu einer Normalität geworden sind. In vielen Fällen wird von außen Druck auf die Mütter
- 2741 ausgeübt. Angst um die Zukunft, Angst vor der Verantwortung und die Sorge, dass ein
- 2742 Kind oder ein weiteres Kind die Partnerschaft überfordern könnte, veranlassen viele
- 2743 Frauen zu diesem gravierenden Schritt.
- 2744 Forderungen der AfD:

- Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der
 Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen
 Lebenslagen.
- Die Gewissensfreiheit für Ärzte, Abtreibungen zu verweigern, muss erhalten bleiben.
- Es darf keine Werbung von Ärzten für Schwangerschaftsabbrüche geben.
- Während der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen den Müttern
 Ultraschallaufnahmen des Kindes gezeigt werden, damit diese sich über den
 Entwicklungsstand des Kindes im Klaren sind.
- Wir wollen die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter
 ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen und
 Adoptionen erleichtern.
- Die AfD lehnt jede Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die Abtreibungen forciert oder verharmlost werden.
- Wir lehnen alle Bestrebungen ab, Abtreibungen zu einem Menschenrecht zu erklären.
- Bezahlte Leihmutterschaft ist eine Form von Kinderhandel. Dies lehnen wir ab.

Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache

- 2763 Durch die aktuelle Regierung wird das Geschlecht nicht mehr als biologische Tatsache
- definiert, sondern als ein soziales Konstrukt, welches austauschbar und erweiterbar ist.
- 2765 Männer und Frauen können laut "Selbstbestimmungsgesetz" ohne Weiteres ihr
- 2766 Geschlecht nach Belieben definieren und per Gesetz einmal im Jahr formell ändern
- 2767 lassen. Die Benennung einer Person nach dem tatsächlichen Geschlecht kann demnach
- 2768 inzwischen sogar angezeigt und mit bis zu 10.000 € Strafe geahndet werden.
- 2769 Kinder und Jugendliche werden durch einen Trans-Kult in Kita, Schule, Medien, im
- 2770 Internet und durch Gleichaltrige manipuliert. Daraus kann eine falsche Wahrnehmung
- 2771 folgen. Vorschnelle Diagnosen führen dann zur Gabe von Hormonen wie
- 2772 Pubertätsblockern, die ein hohes Risiko für Herzinfarkt, Unfruchtbarkeit und Depression
- 2773 bis hin zum Selbstmord bergen. Zusätzlich können Stimmungsschwankungen,
- 2774 Essstörungen, Psychosen, eine verringerte Libido, Knochen- und Leberschäden und eine
- 2775 verkümmerte Gehirnentwicklung auftreten. Die Bewerbung und Verabreichung von
- 2776 Pubertätsblockern und Hormonen stellt eine Kindeswohlgefährdung dar. In der weiteren

- 2777 Folge kommt es als logische Konsequenz zur Einleitung einer Geschlechtsumwandlung
- 2778 und damit zu einer unumkehrbaren Verstümmelung von jungen Menschen.
- 2779 Die Realität der Zweigeschlechtlichkeit muss wieder anerkannt werden, auch wenn dies
- 2780 bei einer verschwindend geringen Anzahl von Menschen nicht eindeutig zugeordnet
- 2781 werden kann. Weiblichkeit und Männlichkeit und mit ihren unterschiedlichen
- 2782 Potentialen sind etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer hervorragend
- 2783 ergänzen.
- 2784 Forderungen der AfD:
- Es darf keine Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch Trans-Kult,
 Frühsexualisierung und Genderideologie geben. Jede staatliche Förderung dafür muss eingestellt werden.
- Die Behandlung hinsichtlich einer Geschlechtsumwandlung darf nur unter strenger
 ärztlicher Betreuung und erst ab Volljährigkeit stattfinden. Zuvor müssen
 psychologische Beratungsgespräche erfolgen.
- Die Verwendung von Pubertätsblockern zur Einleitung einer
 Geschlechtsumwandlung muss verboten werden.
- Die Benennung der Wirklichkeit darf nicht strafbewehrt sein. Jeder hat das Recht, sich auf wissenschaftliche Tatsachen zu berufen.
- Das Selbstbestimmungsgesetz, welches am 01. November 2024 das
 Transsexuellengesetz von 1980 abgelöst hat, ist vollumfänglich zurückzunehmen.

2797 Verantwortungsvolle Kinderbetreuung

- 2798 Linke Ideologen versuchen in den letzten Jahren verstärkt, Kinder möglichst früh zu
- 2799 beeinflussen. Zum Beispiel werden heute Trans-Kult und Klimahysterie Kindern schon
- 2800 im Vorschulalter nähergebracht. Die "Sexualpädagogik der Vielfalt" versucht, Kinder in
- 2801 Bezug auf ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen. Sie
- 2802 werden dadurch massiv in ihrer Entwicklung gestört.
- 2803 Kinder haben das Recht, ohne Verletzung ihrer Intimsphäre und ihrer Schamgrenzen
- ihre eigene Sexualität zu entwickeln. Kinder sollten frei von Indoktrination aufwachsen,
- 2805 bis sie vornehmlich in der Familie gefestigt und alt genug sind, sich den Problemen
- 2806 unserer Welt zu stellen.
- 2807 Forderungen der AfD:
- Kitas und Schulen sind von Angst und Hysterie freizuhalten; den Kindern ist eine positive Lebenseinstellung zu vermitteln. Auch bei der Ausbildung zum Erzieher muss jede Indoktrination in Bezug auf Gender-Mainstreaming und andere Ideologien unterbunden werden.
- Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen. Der
 bestehende Fachkräftemangel kann vor allem durch das von uns geforderte
 Betreuungsgehalt reduziert werden, das die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich senken wird.
- Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund muss Deutsch als
 verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. In den Ländern sind
 entsprechende Fachaufsichten einzurichten.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sind
 Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.

Trennungsfolgen mindern

- 2822 Leider spielen Trennungen der Eltern in der Lebensrealität von Kindern eine immer größere Rolle. Für sie ist der Verlust der Kernfamilie ein existenzieller Einbruch, mehr 2823 2824 noch als für das Paar, das sich trennt. Sie fühlen sich oft ohnmächtig und alleingelassen. Ein Drittel aller Trennungskinder erleidet den Kontaktabbruch zu einem Elternteil, sie 2825 verlieren oft eine ihrer innigsten Bezugspersonen. Dabei braucht jedes Kind Vater und 2826 Mutter in der gesamten Kindheit. Sie helfen ihm jeder auf seine Weise, ihr Umfeld 2827 emotional und intellektuell zu begreifen, in gesunde Beziehung zu treten und seinen 2828 2829 Platz in der Welt zu finden.
- Leider leistet das aktuelle Sorge- und Unterhaltsrecht einer Verhärtung des Trennungskonflikts massiv Vorschub. Wegen starrer Betreuungsregeln im Gesetz wird die Barunterhaltspflicht abweichend von der tatsächlichen Betreuungszeit einseitig zugeteilt. Dies ist nicht zeitgemäß und führt oft zu finanzieller Überforderung des zahlenden Elternteils und zu unnötigen Konflikten.
- Die AfD will Rahmenbedingungen für stabile Ehen und Partnerschaften schaffen, damit 2835 es möglichst gar nicht erst zu Trennungen kommt. Anderenfalls sollen beide Eltern auch 2836 2837 nach Trennung für Erziehung und emotionale Bindung ihrer Kinder aktiv bleiben. Wir 2838 wollen Unterhaltspflichten gleichmäßig an die zeitliche Intensität der Betreuung binden und so Kosten und Lasten gerechter aufteilen. Unterhalt darf Erwerbsarbeit nicht 2839 unattraktiv machen. Wir wollen Mechanismen entschärfen, die über das Sorgerecht 2840 einseitige Manipulationsmacht erteilen und dem Schutz des Kindeswohls zuwiderlaufen. 2841 Sollte ein Elternteil dennoch bei der Erziehungsarbeit ausfallen, muss dem 2842 Alleinerziehenden größtmögliche Unterstützung zukommen. 2843

2844 Forderungen der AfD:

2845

2846

2847

2857

- Vor Familiengerichtsverfahren soll Mediation verpflichtend sein, die das Kindeswohl in den Vordergrund stellt und bei Verweigerung zeitnah wirksame Sanktionen vorsieht.
- Nach Trennung sollten Kinder möglichst abwechselnd bei beiden Eltern leben und
 den Alltag mit beiden Eltern teilen (Wechselmodell als Regelfall), unter der
 Voraussetzung, dass sich die Eltern einig sind und im gleichen Schulbezirk wohnen.
- Beim Wechselmodell muss das Existenzminimum von Eltern und Kindern in beiden Haushalten gesichert werden.
- Unbewiesene Behauptungen dürfen nicht zu einem Kontaktabbruch führen, der
 dann Tatsachen für eine Entfremdung schafft.
- Eine Umgangsverweigerung muss zeitnah und wirkungsvoll sanktioniert werden.
 Bei Wiederholungsfällen muss das Sorgerecht in Frage gestellt werden.

Inobhutnahmen einheitlich regeln und Familien schützen

Leider nimmt in Deutschland die Zahl der Familien ständig zu, die mit ihrer Erziehungsund Pflegeaufgabe massiv überfordert sind und daher Unterstützung von außen brauchen. Damit einher geht ein kontinuierlicher Anstieg von Inobhutnahmen durch die Jugendämter. Oft traumatisieren Inobhutnahmen Kinder weiter, die bereits zuvor in der

- 2862 Familie traumatisiert wurden, vor allem wenn sich die Entscheidungsverfahren in die
- 2863 Länge ziehen. Hierbei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern und
- 2864 innerhalb derer zwischen verschiedenen Kommunen.
- 2865 Meist ist die Inobhutnahme die letzte und einzige akut wirksame Maßnahme, um
- 2866 weiteren, größeren Schaden von Kindern abzuwenden. Doch immer wieder zerstören
- 2867 Fehlentscheidungen auch weitgehend intakte Familien, die aus teils banalen Gründen in
- 2868 den Fokus des zuständigen Jugendamts geraten. Hierzu tragen neben teils
- 2869 unzureichender Ausbildung und Missbrauch begünstigenden Machtstrukturen die
- 2870 fortwährende Konfrontation mit versagenden Familien und die oft prekäre
- 2871 Personalsituation in der Jugendhilfe bei. Fehlende Qualitätsstandards für Gutachten
- 2872 erhöhen das Risiko einer gerichtlichen Fehlentscheidung zusätzlich. Hinzu kommt seit
- 2873 einigen Jahren die Überlastung durch die Massenmigration.
- 2874 Eine Inobhutnahme darf nur erfolgen, wenn der Schaden beim Verbleib in der Familie
- 2875 größer wäre. Es muss mehr getan werden, um Fehlentscheidungen zu verhindern und
- 2876 Eltern möglichst immer in Maßnahmen einzubinden und in ihren Rechten, die Kinder zu
- 2877 beschützen, nicht zu verletzen.
- 2878 Forderungen der AfD:

2897

- Es müssen einheitliche Kriterien für Inobhutnahmen auf Bundes- und Länderebene definiert werden.
- Die Anforderungen an Gutachten und Gutachter müssen klar und einheitlich definiert und durch ein Zulassungsverfahren sichergestellt werden.
- Kompetente Familienmitglieder zum Beispiel die Großeltern sind der Übergabe an Pflegefamilien oder stationäre Einrichtungen immer vorzuziehen.
- Inobhutnahmen sollen so kurz wie irgend möglich sein, die Bindung an die Eltern und Geschwister ist zu pflegen.

Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit

- 2888 Das Menschenbild der AfD sieht jedes Individuum bestimmt durch seine persönliche
- 2889 Freiheit, durch sein Recht auf umfassende Entfaltung und durch seine persönliche
- 2890 Verantwortung gegenüber Mitmenschen und Gemeinwesen. Es gründet sich auf
- 2891 humanistische und abendländische Werte und Normen, in deren Zentrum die
- 2892 Chancengerechtigkeit steht. Nur durch eine adäquate Leistungsorientierung können
- 2893 Stärken herausgebildet und Schwächen überwunden werden. Dabei muss die
- 2894 Heranführung der Schüler an den Leistungsgedanken alters- und begabungsgerecht
- 2895 erfolgen. Die Schule leistet so einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Schüler
- 2896 und ihrer Befähigung, ihr Leben eigenständig zu gestalten.

Mut zur Leistung

- 2898 Ein leistungsorientiertes, mehrgliedriges Bildungswesen ist die Grundlage unseres
- 2899 Wohlstands und wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Während seit Jahrzehnten die
- 2900 Zahl der Abiturienten immer weiter steigt und die Noten auf dem Papier immer besser
- 2901 werden, fehlen den Auszubildenden und Studienanfängern jedoch mittlerweile
- 2902 grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten. Statt einer Senkung der
- 2903 Leistungsanforderungen müssen die Bildungsstandards aller Schulformen und

- 2904 Bildungseinrichtungen wieder auf das Niveau einer führenden innovativen
- 2905 Wissenschafts- und Industrienation angehoben werden.

2906 Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

- 2907 Die AfD befürwortet ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem
- 2908 unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Gleichzeitig soll aber
- 2909 eine Durchlässigkeit gewährleistet werden. Hochbegabungen sind besonders zu fördern.
- 2910 An allen Schulformen sollen die Klassenstärken verringert werden.
- 2911 Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden; der Haupt- oder
- 2912 Realschulabschluss zur Berufsausbildung befähigen. Wir werden verbindliche Kriterien
- 2913 für den Übergang auf das Gymnasium festlegen.
- 2914 Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) sind eine sinnvolle Ergänzung des
- 2915 staatlichen Bildungswesens.

2916 Schulpflicht zur Bildungspflicht umwandeln

- 2917 Kinder haben ein Recht auf Bildung und der Staat ist verpflichtet dies sicherzustellen. Er
- 2918 kommt dieser Verpflichtung aber nur noch unzureichend nach. Deshalb wollen wir die
- 2919 im internationalen Vergleich sehr strenge deutsche Schulpflicht lockern und zu einer
- 2920 Bildungspflicht umwandeln. Das Wohl der Schüler muss dabei immer im Vordergrund
- 2921 stehen.

2922

Wiedereinführen von Vorschulklassen

- 2923 Die schulischen Leistungen in Deutschland sind seit Jahren rückläufig. Ein Hauptgrund
- 2924 hierfür sind Entwicklungsrückstände und zu geringe deutsche Sprachkennnisse. Wir
- 2925 setzen uns für die Einführung einer bedarfsorientierten Vorschule ein, um alle Kinder so
- 2926 weit zu fördern, dass sie dem regulären Unterricht folgen können.

2927 Förderschulen als Bildungschance erhalten

- 2928 Eine Inklusion muss mit Augenmaß erfolgen, den Kindern Erfolgserlebnisse
- 2929 ermöglichen, darf aber Schüler und Lehrer nicht überfordern und die Mitschüler nicht
- 2930 am Lernfortschritt hindern.
- 2931 Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende
- 2932 Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann.
- 2933 Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förderschulen ein. Die Förderschule sollte
- 2934 wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.

2935 Meinungsvielfalt statt einseitiger Ideologie

- 2936 Schule ist kein Ort für politische Propaganda. Sie muss den Schülern die Freiheit geben,
- 2937 eigene politische Denkweisen ohne Vorgaben durch Lehrpläne und Unterrichtswerke
- 2938 zu entwickeln. Schüler haben das Recht, ihre politischen Ansichten ohne Angst vor
- 2939 Repressionen und Diskriminierung durch Lehrer oder Mitschüler äußern zu können.
- 2940 Die Lehrer selbst sind unbedingt zur Neutralität verpflichtet. Weder dürfen Sie zur Wahl
- 2941 bestimmter Parteien noch zur Teilnahme an Demonstrationen aufrufen.

2942	Sinnvolle	Digital	isierung
ムノサム	DITITION	DISILUI	IDICI UIIZ

- 2943 Grundsätzlich benötigen Schulen eine moderne, zeitgemäße IT-Ausstattung. Dies ist vor
- 2944 allem für den Informatikunterricht, für die Berufsausbildung in technischen Fächern
- 2945 sowie für den verantwortungsvollen Umgang mit den KI-Systemen notwendig.
- 2946 Allerdings muss Digitalisierung stets unter den Prämissen der Sinnhaftigkeit und der
- 2947 Arbeitserleichterung betrachtet werden. Eine ausschließliche Verwendung von Tablets
- 2948 im Unterricht stellt eine Einschränkung der Methodenvielfalt dar. Online-Unterricht
- 2949 sollte möglichst vermieden werden.
- 2950 Die ersten vier Schuljahre sollten vorwiegend digitalfreie Räume sein, da sie der
- 2951 Aneignung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Rechnen und Schreiben dienen.
- 2952 Disziplinarrechte der Lehrer und Schulen stärken
- 2953 Um den Auftrag der Schule gerecht zu werden, bedarf es einer Stärkung der rechtlichen
- 2954 Sicherheit und der Disziplinarrechte.
- 2955 Berufliche Bildung stärken: mehr Meister statt Master
- 2956 Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch
- 2957 gefährdet das Streben nach immer höheren Abiturientenquoten den Nachwuchs in den
- 2958 Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend
- 2959 qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden, zu viele Lehrlinge brechen die
- 2960 Ausbildung ab.
- 2961 Die beruflichen Schulen müssen als tragende Säulen der beruflichen Bildung sowie des
- 2962 lebenslangen Lernens gestärkt und der Wert der beruflichen Bildung stärker gewürdigt
- 2963 werden. Die Haupt- und Realschulen sollen durch Kooperationen mit Unternehmen
- 2964 sowie den Industrie- und Handwerkskammern attraktiver werden.

2965 Migration und Bildung

- 2966 Die Integration von Migranten ist eine Herausforderung für das deutsche
- 2967 Bildungssystem, da viele von ihnen anderen Kulturkreisen und zudem oft
- 2968 bildungsfernen Schichten entstammen. Fehlende Vorbildung, mangelnde
- 2969 Sprachkenntnisse und kulturelle Differenzen verhindern in vielen Fällen eine
- 2970 erfolgreiche Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt.
- 2971 Solange die Migranten nicht hinreichend Deutsch sprechen, um am Regelunterricht
- 2972 teilzunehmen, muss verpflichtender Deutschunterricht im Vordergrund stehen.

2973 Islamisierung an deutschen Schulen beenden

- 2974 Dem politischen Islam darf an deutschen Schulen kein Vorschub geleistet werden.
- 2975 Muslimische Schüler dürfen keine Sonderrechte aufgrund ihres Glaubens wie z.B. die
- 2976 Befreiung vom Schwimm- und Sportunterricht gewährt werden.
- 2977 Den Islamunterricht lehnt die AfD ab.
- 2978 Nur so können wir der Herausbildung von Parallelgesellschaften entgegenwirken.

Hochschulsystem und Wissenschaft

2980 Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wiedereinführen

- 2981 Die EU-weite Vereinheitlichung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer
- 2982 Verschulung des Studiums geführt. Die akademische Freiheit wurde beschnitten, ein
- 2983 Studienplatzwechsel erschwert. Arbeitgeber kritisieren die geringe Qualifikation von
- 2984 Bachelor-Absolventen.
- 2985 Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wiedereinführen. Die
- 2986 Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsbürokratie sollen abgeschafft
- 2987 werden

2988 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre

- 2989 **bewahren**
- 2990 Wissenschaft und Forschung müssen unabhängig von politischen, ideologischen,
- 2991 wirtschaftlichen und finanziellen Interessen sein. Wir wollen eine höhere
- 2992 Grundfinanzierung der Hochschulen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu
- 2993 verringern. Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter sollen ihre Zeit für die
- 2994 Forschung und Lehre verwenden und nicht für das Schreiben von Drittmittelanträgen.
- 2995 Das Spektrum von Forschungsgebieten darf nicht durch eine Abhängigkeit von
- 2996 Fördermitteln und Geldgebern eingegrenzt werden. Die AfD setzt sich für die
- 2997 Technologieoffenheit in Forschung und Entwicklung ein.
- 2998 Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber mittels standardisierter Eignungstests
- 2999 und Aufnahmeprüfungen auszuwählen. Hochschulen haben zu gewährleisten, dass
- 3000 Lehrveranstaltungen und Vorträge frei von politisch motivierten Störungen ablaufen.
- 3001 Das Promotionsrecht muss Universitäten vorbehalten bleiben. Die Freiheit von Lehre
- 3002 und Forschung ist unbedingt zu gewährleisten. Die zunehmende Einflussnahme "woker"
- 3003 Ideologie auf die Universitäten und die Repression gegen unliebsame Dozenten ist zu
- 3004 beenden.
- 3005 Der durch politische Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen
- 3006 Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden. Gleichstellungsbeauftragte sind
- 3007 abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des
- 3008 Bewerbers entscheiden.
- 3009 Für internationale Studenten aus Ländern, die nicht Teil des Abkommens über den
- 3010 Europäischen Wirtschaftsraum sind, sollen angemessene Studiengebühren erhoben
- 3011 werden.

3012

Forschung und Technik

- 3013 Die AfD vertraut auf die menschliche Innovationskraft, die für jede Herausforderung
- 3014 Lösungen gefunden hat. Wir fordern technikoffenes Denken und Handeln, um
- 3015 Wohlstand, gute medizinische Versorgung und hohe Lebensqualität zu fördern.
- 3016 Techniken müssen danach bewertet werden, ob sie dem Wohl unserer Bürger, der
- 3017 Wirtschaft und der Umwelt dienen. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die
- 3018 auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik basieren. Sicherheit sowie
- 3019 Wirtschaftlichkeit werden in der Anwendung gewährleistet.

- 3020 Neue Techniken werden oft aus ideologischen Gründen ohne wissenschaftliche
- 3021 Grundlage abgelehnt. Die AfD wird die Aufklärung über den positiven Einfluss von
- 3022 Techniken auf Mensch und Umwelt vorantreiben.
- 3023 Eine Entpolitisierung der Forschungslandschaft ist dringend erforderlich, beispielsweise
- 3024 bei den Fraunhofer- und Max-Planck-Instituten. Staatliche Forschungsförderung ist
- 3025 entscheidend für deren Überleben, wodurch politische Vorgaben die
- 3026 Forschungsschwerpunkte bestimmen und die Unabhängigkeit gefährden.

3027 Subventionen, Dirigismus und Halbleiterindustrie

- 3028 Die AfD lehnt Subvention von Techniken ab. Die staatliche Planung versagt regelmäßig
- 3029 gegenüber dem Markt und schadet unserer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit,
- 3030 wie es z.B. der Niedergang der deutschen Solarindustrie, der e-Mobilität, das
- 3031 Verbrennerverbot und das Heizungsgesetz zeigen. Techniken, welche der strategischen
- 3032 Unabhängigkeit dienen, sollen vom Staat direkt finanziert werden.
- 3033 Technologien, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen, setzen sich von selbst
- 3034 durch, wie das Internet, Smartphones und der motorisierte Individualverkehr beweisen.
- 3035 Produktionsstandorte entwickeln sich dort, wo Regulierungen, Infrastruktur, Bildung
- 3036 und Kosten eine marktfähige Fertigung ermöglichen.
- 3037 Die staatliche Subventionierung der Halbleiterindustrie ist ein aktuelles Beispiel für
- 3038 verschwendete Steuermittel.

3039 Kerntechnik

- 3040 Die AfD wird in Deutschland neue, dringend benötigte Kernforschungszentren und
- 3041 Kernkraftwerke schaffen, um seine führende Position in der Kerntechnik
- 3042 zurückzugewinnen. Nach dem Ausverkauf deutschen Fachwissens sind gezielte
- 3043 Investitionen notwendig, um innovative Technologien zu entwickeln und neue
- 3044 Fachkräfte auszubilden. Dies dient der Energiesicherheit und dem Wohlstand künftiger
- 3045 Generationen, als auch dem Umweltschutz.

3046 Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft

- 3047 Recyclingtechnologien können ein effektives Mittel für einen verantwortungsvollen
- 3048 Umgang mit Ressourcen und Abfällen sein. Sie setzen sich durch, wenn es energetisch
- 3049 effizient und damit kostengünstig ist, Materialien sortenrein zu verarbeiten, und die
- 3050 Verwertung von Reststoffen einen Wettbewerbsvorteil bietet. Deutschland ist in diesem
- 3051 Bereich bereits gut aufgestellt.
- 3052 Die Forschung an solchen Technologien in staatlichen Instituten, in Kooperation mit der
- 3053 Industrie, könnten dabei helfen, Innovationen voranzutreiben. Pauschale Verbote, wie
- 3054 bei Strohhalmen oder das in der EU diskutierte Verbot ganzer Stoffgruppen wie Teflon
- 3055 und PFAS, lehnt die AfD ab. Stattdessen fordern wir eine evidenzbasierte Bewertung der
- 3056 Risiken einzelner Stoffe.
- 3057 Die Vermüllung der Weltmeere hat ihren Ursprung nicht in Deutschland, sondern
- 3058 überwiegend in Ländern mit geringem Wohlstand. Hier hat die Politik anzusetzen.

3059 **Gentechnik**

- 3060 Die Verwendung von Produkten aus der gentechnischen Industrie in Nahrung, Kosmetik
- 3061 oder Kleidung, ist im Alltag weit verbreitet. Statt diese Realität zu leugnen, muss
- 3062 Deutschland, als rohstoffarmes Land, technologieoffen sein. Hemmend wirken
- 3063 hierzulande Gesetze wie das Gentechnikgesetz (GenTG), das strenge Auflagen für Anbau
- 3064 und Forschung macht, sowie die EU-Verordnung 1829/2003, die den Einsatz
- 3065 gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Lebensmitteln einschränkt.
- 3066 Die AfD wird eine offene Debatte über die Vorteile der Gentechnik führen und einen
- 3067 pragmatischen rechtlichen Rahmen durchsetzen. Dazu muss auch das GenTG einer
- 3068 kritischen Überprüfung unterzogen werden. Insbesondere in der Medizintechnik muss
- 3069 eine freiwillige und bewusste Entscheidung der Bürger möglich sein.

Luft- und Raumfahrt

- 3071 Die Luft- und Raumfahrt sind Schlüsseltechnologien, in denen private Unternehmen wie
- 3072 SpaceX durch Innovationen, etwa mit wiederverwendbaren Raketen, die Raumfahrt
- 3073 revolutionieren. Im New Space-Zeitalter treiben private Firmen wie SpaceX und
- 3074 Eutelsats OneWeb mit Projekten wie Starlink die Kommerzialisierung des Weltraums
- 3075 voran, etwa durch globale Internetversorgung. Dies schafft Chancen, aber auch
- 3076 Herausforderungen wie Weltraummüll.
- 3077 Die AfD unterstützt Wettbewerb und Innovation, aber auch staatliche Programme zur
- 3078 Erschließung und Erforschung des Weltalls. Die deutsche Raumfahrtwirtschaft muss
- 3079 konkurrenzfähig bleiben. Durch einen pragmatischen Rechtsrahmen, wie z.B. ein
- 3080 Raumfahrtgesetz, und die Senkung von Arbeitsplatz- wie Energiekosten kann dies
- 3081 unterstützt werden.

Kultur und Medienpolitik

3083 Deutsche Leitkultur statt "Multikulturalismus"

- 3084 Unsere Identität bestimmt die grundlegenden Werte, die von Generation zu Generation
- 3085 weitergegeben werden.

3082

- 3086 Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere
- 3087 Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden u.a. mit dem Christentum,
- 3088 der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Die deutsche
- 3089 Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und
- 3090 uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist
- 3091 Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende
- 3092 Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht
- 3093 durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.
- 3094 Die Alternative für Deutschland hält an den positiven Werten der Aufklärung und des
- 3095 Humanismus fest und fordert eine geistig-kulturelle Erneuerung und Wende auf allen
- 3096 Ebenen. Wir wollen die Errungenschaften der deutschen und europäischen Kultur
- 3097 bewahren und die grundlegenden Werte der Menschenwürde, der Freiheit und
- 3098 Selbstbestimmung in Deutschland und darüber hinaus hochhalten.

3099 Brauchtum und Gedenken

- 3100 Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser
- 3101 Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen
- 3102 Beitrag leisten. Das Leid der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden.
- 3103 Baudenkmäler und heimische Architektur prägen Heimatgefühl und kulturelle Identität.
- 3104 Die Schönheit historischer Innenstädte muss bewahrt und bei Bedarf durch
- 3105 Rekonstruktionen wiederhergestellt werden.
- 3106 Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur
- 3107 darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch
- 3108 die Höhepunkte im Blick haben. Ein Volk ohne Nationalbewusstsein kann auf die Dauer
- 3109 nicht bestehen.
- 3110 Wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch
- 3111 geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von
- 3112 Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht.
- 3113 Die Debatte um eine angeblich notwendige "Dekolonisierung" unserer Kultur, die mit
- 3114 einer Verteufelung des "weißen Mannes" einhergeht, stellt das Selbstverständnis
- 3115 unserer kulturellen Identität insgesamt infrage. Die AfD stellt sich als einzige politische
- 3116 Kraft dieser Demontage unserer historisch-kulturellen Identität entgegen. Die
- 3117 sogenannte "Critical Race Theory", wonach Rassismus gegen Weiße nicht möglich sei,
- 3118 lehnen wir ab.
- 3119 Die AfD wendet sich auch gegen eine pauschale Rückgabe von Sammlungsgütern aus
- 3120 kolonialen Kontexten.
- 3121 Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, den Beschluss des Bundestages endlich umzusetzen,
- 3122 ein Mahnmal und ein Informationszentrum für die Opfer der kommunistischen

- 3123 Gewaltherrschaft zu errichten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die SED-
- 3124 Opferrente deutlich erhöht wird und verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden analog
- 3125 der Regelung für geschädigte Soldaten leichter anerkannt werden können.

3126 Schutz der deutschen Sprache

- 3127 Der Schutz und die Pflege der deutschen Sprache liegt uns besonders am Herzen: Wir
- 3128 fordern, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz als Staats- und Amtssprache
- 3129 festgeschrieben und damit ihrer Bedeutung für die Einheit der Deutschen Ausdruck
- 3130 verliehen wird. Anerkannte Minderheitensprachen sollen selbstverständlich weiterhin
- 3131 gleichberechtigt bleiben.
- 3132 Ideologische Verrenkungen wie die angeblich gendergerechte Sprache haben dagegen
- 3133 in Deutschland nichts verloren; ihr Gebrauch soll in öffentlichen Einrichtungen und
- 3134 staatlichen Stellen zur Wahrung einer ideologiefreien Verständigung untersagt werden.

3135 Kulturförderung

- 3136 In der Kulturförderung muss die künstlerische Freiheit gewahrt bleiben. Politische
- 3137 Vorgaben der staatlichen Kulturförderung sind abzulehnen.
- 3138 Projekte, Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur
- 3139 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.
- 3140 Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen
- 3141 Aktivitäten des Bundes begrenzen.
- 3142 Eine ausgewogene Gedenk- und Erinnerungskultur ist zentral für die Identitätsbildung
- 3143 in Deutschland. Die Gedenkstätten werden durch den Bund und Länder auskömmlich
- 3144 finanziert und behalten ihre politische Unabhängigkeit.

3145 Keine Umsatzsteuerpflicht für Musiker, Künstler und freie Pädagogen

- 3146 Künstler, Musiker und freie Pädagogen sind oft als Freiberufler schwierigsten
- 3147 finanziellen Bedingungen ausgesetzt. Eine Umsatzsteuerpflicht ist nicht realistisch
- 3148 umzusetzen und drängt diese Personen in illegale Beschäftigungsverhältnisse. Wir
- 3149 werden künstlerische und pädagogische Tätigkeiten im Kunst- und Kulturbereich bis zu
- 3150 einer sinnvollen Einkommensgrenze von der Umsatzsteuerpflicht befreien. Als
- 3151 Pädagogen sind sie oftmals in prekären Anstellungsverhältnissen stundenweise an
- 3152 Volks- oder Musikschulen beschäftigt. Die Möglichkeit einer Sozialversicherung z.B. über
- die Künstlersozialkasse muss in jedem Fall gewährleistet sein.

Medienpolitik

3154

3155

GRUNDFUNK statt GEZ-Zwangsabgabe

- 3156 Mit rund 9 Milliarden Gebührenaufkommen zuzüglich Werbeeinnahmen ist der
- 3157 deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur der teuerste der Welt, sondern er
- 3158 verfügt auch über ein Vielfaches an Finanz- und Personalressourcen aller privaten
- 3159 Medien insgesamt. Der strukturell, personell und finanziell eng mit den etablierten
- 3160 Parteien vernetzte Apparat nutzt diese Macht entgegen den Anforderungen des
- 3161 Medienstaatsvertrags gezielt zur Meinungsmache bis hin zur Manipulation.
- 3162 In seiner jetzigen Form ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht mehr zeitgemäß. Er
- 3163 muss grundlegend reformiert, verschlankt und entideologisiert werden.

3164 Die AfD setzt sich vehement für eine nachhaltige Strukturreform des öffentlich-3165 rechtlichen Rundfunks ein, dessen Aufgabe allein eine gebührenfreie Grundversorgung mit Informations-, Kultur- und Regionalprogrammen sein soll. 3166 **Filmförderung** 3167 Viele der Filmklassiker würde es unter den heutigen Bedingungen nicht mehr geben. 3168 3169 Deshalb muss in der Filmförderung die künstlerische Freiheit wieder der Maßstab sein. Vorgaben der staatlichen Filmförderung, die darauf abzielen, ideologische Themen wie 3170 "Gender", "Klimaschutz" oder die "Vielfalt" thematisch in Filmen zu verankern, um sie 3171 3172 gesellschaftspolitisch durchzusetzen, lehnen wir ab. 3173 Filmproduzenten sollen zudem in der Lage sein, wirtschaftlich zu handeln und Projekte 3174 nach Markt- und Publikumsinteressen umzusetzen, ohne durch staatliche Richtlinien in

ihrer kreativen und wirtschaftlichen Freiheit eingeschränkt zu werden.

3175